

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnement - Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3.30 Mk., monatlich 1.10 Mk.,  
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 Nummer mit Illustration, Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 Abonnement: 1.10 Mark pro Monat,  
 eingetragene in der Post-Betriebs-  
 Verhältnisse für 1901 unter Nr. 7871.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich, Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Bedingungen**  
 Derzeit für die Leihzeitung des Monats  
 teils oder deren Raum 40 Pf. für  
 politische und geschäftliche Vereins-  
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.  
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.  
 (nur das erste Wort frei). Inserate für  
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
 Festtagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:  
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.  
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Sonntag, den 29. September 1901.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.  
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

### Der Ertrag.

Am Sonnabendnachmittag ist nach einer Woche harter Arbeit, nach erregten Eifer und fruchtbaren Entschlüssen der Lübecker Parteitag der deutschen Socialdemokratie beendet. Die Kampf-geführten gingen in Frieden und Einheit, hochgemut und zukunfts- stolz, auseinander, um, jeder an seinem Teil, weiter zu schaffen an dem Gedeihen der Partei, die im Verein mit den Brüdern der civilisierten Erde, die Gesellschaft neu gestalten wird. Auf festem Boden stehend, Menschen nur, die auch menschlich fehlen und irren, keine Arbeit verschmähend, auch die geringste nicht, keinem Kampf ausweichend, und wäre er noch so schwer — so läßt doch die große Sache diese winzigen Menschen gewaltig empor- wachen zu Trägern einer geschichtlichen Mission. Mögen die Feinde draußen zittern und rasen, mögen sie uns tot zu schlagen oder tot zu schwächen suchen, verlastern oder verhöhnen, was schiert das uns! Wir treiben unsere Sache, so wie wir unter dem ehernen Zwang unserer Erkenntnis und Einsicht handeln müssen.

Vielleicht klarer wie jeder frühere Parteitag bewies der von Lübeck, welchen großen sachlichen Wert unsere Kongresse für die Weiterentwicklung der Partei haben. Während die ähnlichen Veranstaltungen der bürgerlichen Parteien bloße nutzlose Schaustellungen sind, werden hier wirkliche ernste Aufgaben bewältigt, Schwierigkeiten gelöst, Erkenntnisse geklärt und Erfahrungen fruchtbar gemacht. Was das Jahr über von Zeitung zu Zeitung, in Versammlungen und Organisationen an Diskussionsstoff in ganz Deutschland zusammengetragen ist, was an Problemen und Meinungsverschiedenheiten aufgetaucht, das findet in der persönlichen Aussprache der erwählten Vertreter der Gesamtpartei Erleuchtung und Ausgleich. Innere Parteidiskussionen entstehen nicht nur, wenn die Anschauungen auseinandergehen, sondern ebenso werden durch die Diskussionen erst Differenzen geschaffen. Im Ungestüm des täglichen Kampfes, in der Erregung des Augenblicks, die Ungehebel und Mißverständnisse der Stürmer und Dränger leicht verschärfen, und bei der Vereinigung der Beteiligten geschieht es nur zu oft, daß die Debatte die Fragen nicht zur Erleuchtung, sondern zur Verwirrung bringt, daß die Differenzen wachsen, der unüberbrückbare Spalt zum klaffenden Spalt wird. Auf dem Parteitag löst sich dann wohl zunächst die Spannung in jenen leidenschaftlichen Auseinandersetzungen aus, für die unsere Gegner so gar kein Verständnis zeigen wollen, und, ist das Gewitter vorüber, so zeigt es sich plötzlich, daß die Gegensätze weit geringfügiger gewesen als man wähnte, und daß es leicht sei, sie völlig zu verschönen. Und die Entscheidungen, in denen man sich einigt, bedeuten dann fast immer einen inneren Fortschritt der Partei.

Gerade in Lübeck, wo die Köpfe und Temperamente nicht selten mit übergroßer Leidenschaft aneinander gerieten, war schließlich der bedeutsame Ertrag, daß alle wichtigen Beschlüsse mit überwältigender großer Majorität gefaßt wurden. Eins und rechts gelegentlich ein paar Dissidenten, im ganzen aber eine feste und kraftvolle Einheit in Prinzip und Taktik.

Die Verurteilung der Debatte, über die wir bereits das Notwendige gesagt haben, geben in ihrem glücklichen Ausgang denen recht, die von Anfang an, unbeirrt durch die literarischen Zusätzungen, die Meinung hatten, daß ihre Bedeutung bei weitem nicht so groß wäre, als daß sie notwendig zu ernstlichen Differenzen führen müßten. Jetzt ist der Frieden geschlossen, den Schwarzseher eben noch für unmöglich halten wollten. Die Kritik wird und soll weiter gehen, aber sie wird in einer Weise geführt werden, daß sie nicht durch Unklarheiten, verfräht, halb ausgereiste Zweifeln und persönliche Herabsetzungen das theoretische Interesse erstickt und statt Förderung Verwirrung stiften. Daß Nebel eine Revision des Erfurter Programms ankündigt, ist die schlagendste Widerlegung des Gerüchtes, daß die Socialdemokratie in Dogmen erstarrt sei. Freilich sind die guten Leute sehr im Jertum, die bei einer solchen Revision auf eine Verwässerung des Socialismus hoffen. Das Gegenteil wird der Fall sein. Die Socialdemokratie bildet sich fort, weil sie lebt.

Daß die Partei über gelegentliche Abirrungen von unsren erprobten Grundfragen schnell und leicht hinwegkommt, zeigt der Ausgang der Debatte über die Wadenser Budgetbewilligung. Genau in der Richtung, die wir vor acht Tagen hier andeuteten, kam der Parteitag fast einstimmig zu einem Beschluß, der die Pflicht grundsätzlicher Budgetverweigerung feststellt, indem er zugleich für Zwangslagen den notwendigen Spielraum zuläßt. Dieser Beschluß beweist, daß die Socialdemokratie durchaus nicht Gegenläge verleiht. Wo wirklich ein Verstoß gegen unsre Principien greifbar ist, da wird sofort ein deutliches Wort gesprochen, und dem Appell an die vernünftige Einsicht entzieht sich niemand. Was in Frankfurt formell unabgeschlossen blieb, ist in Lübeck endgültig erledigt: in den deutschen Parlamenten wird hinfür von der Einheit der socialdemokratischen Handlung nicht mehr abgewichen werden.

Fast wider Erwarten einheitlich gelang auch die Lösung der heißen Angelegenheit des Schiedspruchs in Sachen der Hamburger Accordmaurer. Die entscheidende Resolution wurde mit allen gegen drei Stimmen zum Beschluß erhoben. Den Schiedsrichtern wie der Partei wurde ihr Recht, zugleich aber den Gewerkschaften wertvolle Weisheit geleistet.

Die Erleuchtung der inneren Angelegenheiten beanspruchte den weitaus größten Teil der Zeit. Der „Vorstandsbericht“ gelangte erst am Freitagmittag zur Erleuchtung. So blieb für die wichtigen zuderen Fragen nur eine bescheidene Zeit übrig. Dennoch gewannen auch die Anträge zur Zollfrage durch Vebels flammenden Protest und das Referat über die Wohnungsnot in dem gehaltvoll erschöpfenden Vortrag des Genossen Sabelkam der Wert einbruchsreichster Manifestationen. Die Anklage Vebels gegen die Wucherpolitik wird den regierenden Leuten hart in den Ohren klingen und das bedrohte Volk zu immer wachsendem Widerstand aufrütteln.

Auch das schier unsagbare Urteil der Gumbinner Militärjustiz wurde vor dem Gericht dieser freien Volksvertretung in schlichten, knappen Worten verworfen. Daß dieses Urteil der Gerechtigkeit nicht ungehört verfallen möge!

Der Lübecker Tag ist zu Ende! Sein Ertrag ist, daß er die Partei, durch die glückliche Lösung zeitlicher Schwierigkeiten, geklärt entläßt zu neuer, rüstiger Arbeit!

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 28. September.

#### Die sächsischen Wahlen.

Aus Sachsen wird uns geschrieben:  
 Troz des verzweifelnden Groles vieler Wähler gegen das Dreiklassen-Wahlrecht hat doch das Gros der Wählerschaft 3. Klasse seine Pflicht getan und die Wahl zu einem gewichtigen Protest gegen die Regierung und die wahrrechtbräuberischen Kartellparteiern gestaltet. Wenn unter den gegebenen Umständen 50 Proz. der Wähler 3. Klasse an die Wahlurne treten, obwohl die Menge weiß, daß sie von den Geldkassawählern 1. und 2. Klasse überstimmt wird, so ist das geradezu als eine heroische Willenskundgebung zu betrachten, kein Mittel unversucht zu lassen, das die Bewegung gegen die Vergeilung und Ausbeuterpolitik der herrschenden Klassen in Fluß erhält. Traten doch unter dem früheren Wahlrecht oft weit weniger als 50 Proz. der Wähler an die Wahlurne. Desto bedeutsamer ist die jetzige Beteiligungsziffer.

Charakteristisch ist die an manchen Orten zu Tage getretene Furcht der Gegner, es könnte der Socialdemokratie gelingen, die 2. Wählerklasse zu erobern. In einzelnen Orten ist das ja erfreulicherweise der Fall gewesen, aber ein Mandat war nicht zu erringen.

Es sei hier bemerkt, daß alle zwei Jahre ein Drittel der Abgeordneten der 2. Kammer gewählt wird und das diesmal zur Wahl stehende Drittel der Wahlkreise von je das ungünstigste für die Socialdemokratie war, abgesehen von einigen Wahlkreisen, wie Leipzig IV, Chemnitz II und Dresden-Land, links der Elbe. Auch unter dem früheren Wahlrecht mußte die Partei schwer um dieses Drittel kämpfen.

Ertragen wir jetzt in diesem Drittel überwiegende Stimmenzahlen, so ist dies ein Maßstab für das Vorbringen der Partei. Speziell die in der 2. Wählerklasse für uns abgegebenen Stimmen geben einen Einblick, wie unsre Anhängerzahl auch in den Kreisen dieser Wähler wächst. So haben wir z. B. im 4. Leipziger Wahlkreise ein Viertel aller abgegebenen Stimmen der 2. Wählerklasse erhalten. Dieses Resultat ist in Anbetracht des Umstandes, daß gerade in Leipzig der Gros gegen die Wahlbeteiligung immer noch nachwirkt und jetzt zum erstenmal unter dem Dreiklassensystem gewählt wurde, gewiß günstig für uns. Es unterliegt keinem Zweifel, daß in solchen Kreisen später ein Mandat für uns zu haben ist. Uebrigens haben die Leipziger Genossen brav gewirkt und den Spalt zwischen ihnen und den Befürwortern der Wahlbeteiligung überbrückt.

Ferner dürfen wir mit großer Befriedigung auf den Ausfall der Wahl im Wahlkreise R i m m i t s c h a u - B e r d a u b l i d e n, wo ein Uebergewicht der socialdemokratischen Stimmen in der 3. Wählerklasse erzielt wurde, das die frühere Wahlhaltung als verfehlt erscheinen läßt. Auch in Chemnitz wie Chemnitz-Land können sich die Genossen rühmen, durch den erzielten Erfolg — in einigen Landbezirken fielen uns die Wahlmänner der 2. Klasse zu — dem Dreiklassensystem einen schweren Stoß veretzt zu haben.

Der Ausgang der Wahlmännerwahlen beweist also, daß die Socialdemokratie selbst bei der gegenwärtigen Unmöglichkeit, ein Mandat zu erringen, die Wahlbewegung agitatorisch ausnützen und der Regierung mitamt ihrem Kartellstolz schwere Verlegenheiten bereiten kann. Die Regierung sieht zu ihrem Leidwesen die Massen in gährender Bewegung und selbst bürgerliche Kreise im Widerstand gegen die Regierungspolitik immer schärfer hervortreten.

Aber mit den Wahlmännerwahlen ist die Wahlbewegung noch nicht zu Ende. Nun treten die Wahlmänner in Aktion. Ist es auch schwer oder unmöglich, die Wahlmänner der Gegner ihren Parteien abtrünnig zu machen, so hat unsre Partei nunmehr die Aufgabe, diese Handlanger der herrschenden Klassen den entrechteten Massen im rechten Lichte zu zeigen. Sie sind die Stützen der reaktionären Mäcker, die erst die Ungerechtigkeit des Wahlrechts, raubes und der Rechtsmache der Bevölkerungsmehrheit vollziehen müssen. Und darunter befinden sich viele, die in ihrer Erstarrung lediglich von den Massen abhängen. Heute hat eben die Wahl einen andren Charakter, als unter dem früheren Wahlrecht. Die treue Vergewaltigung seitens der Wahlrechtbräuber muß den Haß gegen sie verstärken und es wäre sentimentale Harmoniebusel, wollte man dem skrupellosen Gegner, der unser Recht mit Füßen tritt, irgendwie Schonung andeuten lassen. Durch ihr Eintreten für die Wahlrechtgebung demunzieren sich die Wahlmänner unsrer Gegner selbst vor allem Volke. Haben sie etwa Anspruch auf unsre Achtung und Schonung? Wer sich zur Rechtsmache der werktätigen Bevölkerung hergiebt, ist auch fähig, mehr am Volke verüben zu helfen. Kampf, ununterbrochener Kampf gegen diese Helfer der Reaktion!

Unsre Wahlmänner haben sich in erster Linie dieser Aufgabe anzunehmen. Sie müssen bis zum Wahltage der Abgeordnetenwahl ihre agitatorischen Fähigkeiten überall erproben und die Situation für uns ausnützen. Das ist die Folge des sich lange hinschleppenden Dreiklassenwahlverfahrens, daß ruhelos die Agitation hingezogen wird. Ein doppelter Vorteil für uns! Unsre eignen Kräfte werden erprobt und geklärt, denn unsre Wahlmänner sind nur unsre Agitatoren, die viel lernen und viel für die Partei thun

können. Zweitens muß es uns zur Genugthuung gereichen den Gegnern, die die Situation so gestaltet haben, keine Ruhe zu lassen. Sie müssen bis zur Abgeordnetenwahl aufgeschuchelt und einem fortdauernden Spiegeitanklauf überantwortet werden. Die veränderte Situation erfordert neue Mittel — wir müssen uns in die neuen Verhältnisse hineinleben.

Das Facit der sächsischen Wahlmänner-Wahlen ist also das folgende: Die socialdemokratischen Mandate sehen verloren, der nächste Landtag wird keinen socialdemokratischen Abgeordneten haben. Die Konservativen, die ihre nationalliberalen Kartellbrüder überd Ohr schlugen, haben nun die überwiegende Majorität im Landtag und können ihre Raubpolitik, ohne Widerspruch im Landtag zu finden, fortsetzen. Dafür hat die Socialdemokratie den großen moralischen Erfolg errungen, daß die gewählten Abgeordneten gebrautmarkt sind mit dem Schandmal, Vertreter nur der geringen Zahl von Wohlhabenden und Reichen zu sein, nicht aber Anspruch haben, sich Volksvertreter zu nennen. Das Volk der dritten Wählerklasse, die überwiegende Mehrheit der Wähler, spricht in stets schärferem Protest sein Urteil gegen das Dreiklassen-Wahlrecht, gegen die Parteien und die Regierung, die sich dieses politischen Vergehens schuldig machen.

#### Zum Schweigen verurteilt!

Wenn man die bürgerliche Presse in diesen Tagen liest, so muß man erstaunen, wie besorgt sie insgesamt um die Socialdemokratie ist. Nichts ist ihr offenbar wichtiger und heiliger, als die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß ja unsre Partei nichts von ihrer geistigen und sittlichen Größe einbüße. Darum klagen sie so wehleidig darüber, daß durch das Lübecker Kehergericht die Freiheit der Kritik und der Wissenschaft in der Socialdemokratie vernichtet sei. Was für ein unsägliches Wohlwollen für uns! Man will uns davor bewahren, daß die Gr und Lage jede rezistenten berechtigten Partei, die Freiheit des Forschens und Denkens, erschüttert werde. Wir danken mit Thränen der Rührung für so viel zärtliche Liebe.

In denselben Tagen aber zeigt es sich, daß fast die gesamte bürgerliche Presse stillschweigend sich darein fügt, nicht nur die Kritik, sondern auch die bloße Erwähnung von That- sachen zu unterlassen. Wir nehmen an, daß sich doch auch in der bürgerlichen Presse ein paar anständige Leute finden, die das Bedürfnis fühlen, ihren Verus vor dem Verdacht zu schützen, daß er durchweg den Dresdner Redacteurs- sinnen huldige. Aber kein Verleger gestattet eine der- artige Meinungsäußerung. Ist der Journalist ehrlich, so kann er natürlich nicht die „Dresdner Ausnahmefälle“ damit abthun, daß er pharisaisch die Tugend der Unternehmer preist, die diese, Gott lob seltene, Korruption sofort mit Stumpf und Stil ausrotteten. Nein, er müßte vielmehr zugeben, daß — schon auf Grund des amtlichen Materials der Börsen- enquete-Kommission stünde dies fest — leider das Uebel weit- verbreitet sei und tief darin wurde, daß die Presse ein bloßes Geldgeschäft geworden sei. Das aber erlaubt der Verleger nicht, der es nicht dulden kann, daß das abonnierte und inserierende Publikum lappischen gemacht wird, — und so müssen sich auch die ehrenwerten Journalisten, die ein hartes Gesicht zu die Knochen- mühle der kapitalistischen Zeitungsmacherei verbannte, seufzend in das Schweigen schiden, das auch sie zu Mitschuldigen der Korruption macht. In ihrer moralischen Not schmerzen sie denn über das Lübecker Kehergericht, das in der Social- demokratie die Freiheit der Meinungsäußerung ausgerottet habe!

Der glückliche Kapitalismus! Er bedarf nicht einmal der Mithewaltung, ein Kehergericht einzusetzen. Die von ihnen ausgehaltenen Meinungs-Automaten — spärliche Ausnahmen abgerechnet — funktionieren von selbst; wohl wissend, was sich ziemt, enthalten sie sich instinktiv jeder gefährlichen Meinung, die dem Geschäftsinteresse des Unternehmertums widerspricht.

Die Verurteilung zum Schweigen ist die grausamste Strafe, die selbst der religiöse Fanatismus zu ersinnen wußte. —

#### Deutsches Reich.

**Ein niedergeschlagener Sonnenprozess?** Die „Köln. Bzg.“ eifert zornig gegen die württembergische Regierung, weil diese einen augen Prehbeleidiger unsres China-Expeditionsstabs unter ihre schirmenden Fittige genommen habe. Das Blatt erzählt:

Man hat es daher in Württemberg als eine wahre Erlösung von schwerem Druce empfunden, daß vor einigen Monaten das preussische Kriegsministerium Strafantrag gegen den „ Beobachter“ stellte, weil dieser in seiner Neujahrsnummer die deutschen Truppen in China des Raubes, der Plünderung, des Himmordens friedlicher Einwohner beschuldigt hatte, und weil er die Hinrichtung des Mörders des deutschen Gesandten für eine vor der Geschichte schimpfliche Handlung erklärte. Der angeschuldigte Redacteur des „ Beobachters“ Dr. Schmidt ist zugleich Abgeordneter, und obgleich ihn diese Eigenschaft niemals davon abgehalten hat, das Heer und den Kaiser herabzusetzen und anzugreifen, so hat er sich doch bei Einleitung des Strafverfahrens hinter den Schild der Abgeordneten-Immunität gestellt, und die Kammer hat die Genehmigung der Strafverfolgung während der Sitzung der Kammer nicht gegeben. Jetzt endlich soll diese Sache zur Verhandlung kommen, allein um bringt der „Schwäbische Merkur“ am 21. September die fast unglückliche Nachricht, daß die württembergische Regierung geneigt sei, den Strafantrag fallen zu lassen, wenn der Redacteur Abbitte leiste. Wenn sich dieses Gerücht bewahrheiten sollte, so würde hierdurch die Schwäche der württembergischen Regierung bewiesen, weil sie mit Rücksicht auf die demo- kratische Partei im Lande es nicht wagt, einen der demokratischen

Abgeordneten, der in schwerer Weise das deutsche Heer beschimpft hat, zur Rechenschaft zu ziehen, und weil sie vielleicht glaubt, hiermit die demokratischen Geister für sich gewinnen zu können.

Sollte sich die kaiserliche Regierung nicht vielleicht in ihren der württembergischen Regierung untergeordneten Motiven irren? Sollte nicht vielleicht die württembergische Regierung etwa verhindern wollen, daß auch nur ein Teil des Wahrheitsbeweises von dem Angeklagten erbracht würde? Bei längerer Überlegung dürfte die „Köln. Ztg.“ der württembergischen Regierung also vielleicht noch gar dankbar sein.

### Gegen den Brotwucher.

Eine von sämtlichen Gewerbetreibenden der Lebensmittelbranche einberufene, von über 400 Personen besuchte Versammlung in Nürnberg beschloß, nachdem Vertreter des Bäcker- und Konditorgewerbes, sowie des Fleischer- und des Gastwirts-gewerbes im einzelnen die Interessen der betreffenden Erwerbszweige an den Handelsverträgen dargelegt hatten und Herr Dr. Kayser im zusammenfassenden Referat zum gemeinsamen Kampf gegen den Zolltarif-Entwurf aufgefordert hatte, einstimmig folgende Resolution: „Die heute, den 27. September, im Industrie- und Kulturverein tagende Versammlung der Nürnberger Gewerbetreibenden der Lebensmittel-Branchen erklart in der Annahme des neuen Zolltarif-Entwurfs eine schwere Schädigung ihrer Interessen und der Interessen ihrer Abnehmer. Durch Annahme dieses Entwurfs würden sämtliche Rohstoffe, und Genußmittel künstlich verteuert werden. Insbesondere würden durch dessen Annahme die Ernährungsverhältnisse aller Minderbemittelten eine außerordentlich schwerwiegende Herabsetzung erfahren. Die Versammlung bittet auf Grund dieser Thatsachen das hohe Staatsministerium, die Vertreter Bayerns im Bundesrat zu beauftragen, gegen jede Zollserhöhung auf notwendige Ernährungsmittel zu wirken.“

**Bäuerliche Proteste.** In Hinterpommern hat der Bauernverein „Nordost“ in den letzten Wochen in rein bäuerlichen Ortschaften des Röstliner Kreises etwa ein Duzend Versammlungen abgehalten, in denen Redacteur Brandt-Verlin Vorträge über Handelsverträge und Landwirtschaft hielt. Diese Versammlungen waren für ländliche Verhältnisse zum Teil ganz bedeutende Kundgebungen, in dem Dorfe Lünow waren über 100, in Schwesin gegen 200, in Cordeshagen weit über 300 Landbewohner erschienen, alle ohne Ausnahme Bauern, keine Besizer und Eigentümer, teilweise auch ländliche Handwerker und Arbeiter. In sämtlichen Versammlungen wurden ohne Ausnahme und überwiegend ohne Widerspruch Beschlüsse gefaßt, die sich im allgemeinen gegen den „Pund der Landwirte“ richteten und sich ganz entschieden gegen jede Erhöhung der Zölle auf Getreide und Futtermittel aussprachen.

Auch die Wiesbadener Handelskammer sprach sich energisch gegen Mindestzölle und gegen die Erhöhung der Landwirtschaftszölle aus.

Gegen den Doppeltarif und die allzu hohen Lebensmittel- und Rohproduktionszölle erklärte sich auch der von acht Handelskammern besetzte, zu Stuttgart tagende württembergische Handelskammertag.

### Agrarisch-industrielle Tarifpläne.

Gegen die Minimalzölle sprach sich am Freitag eine in Essen tagende Versammlung der Vereinigung der Handelskammern des nieder-rheinisch-westfälischen Industriebezirks aus. Im Sinne eines Referats des Geh. Finanzrats Jende, des Leiters der Krupp'schen Werke und Vorstandesmitglied des Centralverbandes deutscher Industrieller, erklärte sich die Versammlung gegen die gesetzliche Festlegung irgend welcher Mindestzölle im Tarifentwurf, da dieselben geeignet seien, den Abschluß von Handelsverträgen ernstlich zu gefährden. Die Vereinigung verwarf demgemäß die in § 1 Absatz 2 des Entwurfs vorgesehene gesetzliche Festlegung von Mindestzöllen für die vier Hauptgetreidearten mit dem Zusatz, daß in dieser Festlegung eine einseitige Bevorzugung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse vor denen der Industrie zu finden sei.

Die „Kreuz-Zeitung“ polemisiert natürlich lebhaft gegen diese Kundgebung. Die Herren Industriellen trüben sich wohl Wohlwollen für die Landwirtschaft, nur dürfe ihnen dies Wohlwollen nichts kosten. Die Landwirtschaft verlange aber entschieden eine gesetzliche Festlegung der Minimalgrenze, darum drehe sich alles. Die Industrie, die sich 400 prozentige Erhöhungen der Zölle gern gefallen lasse, habe nicht das mindeste Recht, der Landwirtschaft ihre Lebensmittelzölle zu mißgönnen.

Man darf, wozu die pfiffige liberale Presse jedesmal geneigt ist, diesen hässlichen Wiß der Herren Sanitätsräte ja nicht übersehen. Agrarier und Centralverbändler werden sich schon noch auf einer „mittleren Linie“ in schönster Zollwucher-Harmonie zusammensuchen. Und diese mittlere Linie ist das gefährlichste, nicht die extremen Forderungen der Agrarier, an deren Realisierung die „Kreuz-Zig.“ selbst nicht glaubt.

**Gefammelte Ueberzeugungen.** Die Sammelpolitik, deren bedröhter Prediger Miquel war, ist zwar durchaus keine Erfindung des Erzeugnisses. Sie ist seit das Lothar jeder bürgerlichen Verankerungspolitik gewesen, in der sich die Koalition der Ausbeuter gegen die Massen der Ausgebeuteten in der Weise rüstete, daß sie unter sich den Beuteanteil sorgfältig abmah. Aber selbst das Princip der Sammlung, das so tief im Wesen Miquels zu liegen schien, war nur eine vorübergehende Ueberzeugung. Die „Nation“ veröffentlicht aus dem Nachlaß Lasters Briefe.

Am 13. Februar 1879 — also nicht mehr als Jugendjünger — schreibt Miquel, der als Agrarier starb, an seinen Freund: „Meines Erachtens müßten wir suchen, die Bismarck-Koalition der Industrie und der Landwirtschaft zu sprengen, indem wir vorab durch eigne Initiative den dringendsten Fall aus der ersten besiedigten oder wenigstens den guten Willen dazu zeigen.“

Dieses Verstecken zwischen Industrie und Landwirtschaft, das 1879 Miquel zu sprengen riet, wurde dann sein ministerieller Grundgedanke.

Eine vielbegehrte Person muß der Kaiser sein, wenigstens scheinen an seine Allgegenwart Ansprüche gestellt zu werden, die er — im physischen Sinne — nachgerade als unerfüllbar schmerzhaft zu empfinden beginnt. Wie gemeldet wird, hat nämlich der Kaiser anlässlich der in letzter Zeit eingetretenen Häufung der Gesuche von Städten, Gemeinden und Kirchengemeinschaften um persönliche Teilnahme an Einweihungsfeiern bestimmt, daß diese Gesuche und Einladungen künftig zunächst an die Oberpräsidenten eingereicht und von diesen an die Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten oder des Innern, je nach der ressortmäßigen Zuständigkeit, zur Prüfung weiter gegeben werden sollen.

Die 45 tägigen Rückfahrkarten erweisen sich mehr und mehr als eine verkehrspolitische Halbheit, die den Eisenbahnbudgets finanzielle Ausfälle bringt, ohne doch den viel weiter gehenden berechtigten Wünschen des reisenden Publikums auch nur einigermaßen entgegenzukommen. So hat die neue Einrichtung Bayern im August trotz einer Mehrbeförderung von 200000 Personen noch eine, wenn auch nur geringfügige Mindereinnahme von 27000 M. gebracht. Eine 11 g e m e i n e erhebliche Herabsetzung des Tarifs würde durch eine ungleich bedeutendere Steigerung des Personenverkehrs zugleich den Interessen des Publikums und den Finanzen des Eisenbahn-Fiskus dienen haben. Abgesehen davon, daß die einseitige Begünstigung der besser situierten Passagiere III. Klasse ein Unrecht den Reisenden der IV. Klasse gegenüber darstellt.

**Katholische Tauschulen.** Die „Germania“ berichtet über einen Tauschtag: Der erste Tag dieses Unterrichts zeigte, wie

Schreiber dieses aus der allgemeine Stimmung wahrnahm, daß es wirklich ein Bedürfnis für die Berliner Katholiken war, Tanz- und Anstandsstudium unter katholischer Aufsicht und Leitung einzuführen.

Die Katholisierung der Tingselangel und Amorsäle dürfte danach auch bald bevorstehen. Ob sich das Centralblatt das Tanz- und Anstandsstudium unter der Leitung der Reichstagsklappe denkt, verrät es einweisen nicht.

**Der „Fall Lungwirth“,** die seiner Zeit eingehend erörterte Soldatenmishandlung bei der 8. Compagnie des 177. sächsischen Infanterie-Regiments in Königsstein, beschaltigte zum zweitenmale das Ober-Kriegsgericht des 12. Armee-corps, da der Gerichtsherr auch gegen die zweite Beurteilung von drei Angeklagten wegen zu milder Strafe Verurteilung eingeklagt hatte. Die erneute Verhandlung hatte zur Folge, daß der vom Kriegsgericht zu fünf Monaten Gefängnis verurteilte Unteroffizier Herzfel, der in über 100 Fällen seine Untergebenen und insbesondere den geistig beschränkten Soldaten Lungwirth schwer mißhandelt hatte, auch zur Degradation verurteilt wurde, die beiden andern von der Verurteilung betroffenen Angeklagten Vicefeldwebel Schäfer und Unteroffizier Rothe, die vom Kriegsgericht zu acht Tagen bzw. drei Wochen Arrest verurteilt sind, fanden dagegen wiederum milde Richter. Die gegen Rothe erkannte Gesamtstrafe erfuhr nur in den Einzelstrafen eine andre Zusammenlegung, während hinsichtlich Schäfers die Verurteilung gänzlich abgewiesen wurde. Schäfer hatte dem Rothe befohlen, sechs Soldaten, deren Leistungen nicht befriedigten, kräftig und mit Steinen in den Tornisten exercieren zu lassen. Rothe hatte diesen Befehl derart ausgeführt, daß die Soldaten bis zur völligen Erschöpfung übten, sich zum Teil die Knöchel geschunden hatten, und daß Lungwirth liegen blieb.

**Schwere Soldatenmishandlung.** Zu der niedrigsten Bestrafungsstrafe — 6 Wochen und 1 Tag — wurde von dem Kriegsgericht in Chemnitz ein Sergeant G. verurteilt, der sich eine schwere Mißhandlung eines Untergebenen hatte zu Schulden kommen lassen. Der Sergeant wollte an einem Vergnügen teilnehmen und befahl, da sein Putzer nicht da war, zweien seiner Untergebenen, ihm die Sachen zu putzen. Der Soldat B. war nicht gleich dazu bereit; deshalb ging G. auf ihn zu, faßte ihn an der Schulter und schlug ihn, weil er einen verächtlichen Gesichtsausdruck zeigte, heftig an den Kopf. Rajenbluten, Kopfschmerzen und eine unruhige Nacht waren die ersten Folgen; sein Zustand verschlechterte sich und der Verletzte kam ins Lazarett, woselbst er als Urheber seiner Leiden den Vorwurf nannte. Es zeigten sich bei B. bald Spuren von Geistesgestörttheit. Zunächst glaubte man an Simulation, doch mußte schließlich von den ärztlichen Sachverständigen nicht nur das Vorliegen der Geistesgestörttheit, sondern auch der urfällige Zusammenhang mit den Mißhandlungen zugegeben werden. Das Gericht nahm denn auch diesen Zusammenhang als erwiesen an. Gleichwohl erkannte das Gericht gegen den Angeklagten wegen der bisherigen guten Führung nur auf das obige Strafmaß.

### Ausland.

#### Asien.

**Verkauf chinesischer Kriegsschiffe an Rußland.** Aus Shanghai wird gemeldet: Bei der chinesischen Regierung findet das Angebot Rußlands günstige Aufnahme, das Peijang-Geschwader für fünf Millionen Rubel, die von der an Rußland zu zahlenden Entschädigung abgezogen werden sollen, anzukaufen. Das Geschwader besteht aus 3 schnellen Kreuzern, 4 Torpedoboot-Zerstörern und etlichen Kreuzern dritter Klasse.

#### Amerika.

**Versuchte Lynching des Czolgosz.** Wie die Blätter aus New York melden, wurde Czolgosz Donnerstagabend spät, an Händen gefesselt und von der Polizei begleitet, nach dem New Yorker Staatsgefängnis in Auburn abgeführt. Als er am Freitag 3 Uhr morgens in Auburn ankam, machte die Vollmenge einen Angriff auf die Polizeiwache und versuchte, Czolgosz zu lynchen. Es entstand ein heftiger Kampf. Die Polizei zog Revolver und schlug mit Knütteln auf die Angreifer. Endlich gelang es der Polizei, Czolgosz in Sicherheit zu bringen; er ist jetzt im Gefängnis. Czolgosz zeigte große Feigheit und schrie vor Schrecken über das feindselige Vorgehen der Volksmenge. Auf dem Wege zum Gefängnis sagte Czolgosz den Polizisten, er bedaure sein Verbrechen und bemitleide Frau Mc Kintley.

Dieser verächtliche Roheitsausbruch gegen einen Menschen, der zum Tode verurteilt ist und binnen kurzen den trübseligen Tod durch Elektricität erleiden wird, ist noch elchastener, als die That des Mörders selbst. Solange dieser Geist ungebändigter Bestialität aus Amerika nicht verschwunden sein wird, solange man noch das Lynchen an Niggern oder weißen Verbrechern als Volkssport ansieht, wird trotz der raffinierten Anarchistengehegung das Leben an exponierter Stelle stehender Politiker nicht gesichert sein.

### Parteitag

## der deutschen Socialdemokratie.

(Schluß aus der 2. Beilage.)

Es folgt der Punkt

### „Maire“

wozu die Resolution 35 vorliegt.

Den Bericht erstattet

**Meyner-Verlin:** Nachdem uns verschiedene Angelegenheiten sehr lange beschäftigt haben, werden Sie mir gestatten, auch diese Angelegenheit nicht lange auszudehnen. Die Berichte erweisen, daß die Maireferen an den verschiedenen Orten in verschiedener Weise begangen worden ist. Leider darf nicht verschwiegen werden, daß verschiedene Genossen, politisch und gewerkschaftlich organisiert, selbst da, wo ihnen von den Unternehmern keine Hindernisse in den Weg gelegt wurden, die Maireferen nicht begangen haben. Ihnen brauche ich nicht vorzutragen, welche Bedeutung die Maireferen hat. Wir demonstrieren damit für die Verkürzung der Arbeitszeit. Die ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse dieses Jahres haben ja Schwierigkeiten und Unannehmlichkeiten gebracht; die Unternehmer haben vielfach die Feiertage gesperrt. Aber wir stehen im Kampf und haben Opfer zu bringen; und in dieser Erkenntnis fordere ich Sie auf, sich zu vereinigen in folgender Resolution:

„In Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der internationalen Arbeiterkongresse zu Paris 1889, Brüssel 1891, Zürich 1893, London 1896 und Paris 1900 feiert die deutsche Socialdemokratie den 1. Mai als das Fest der Arbeit, gewidmet den Klassenforderungen des Proletariats und dem Weltfrieden. Als die würdevollste Feiertage des 1. Mai betrachtet die Partei die allgemeine Arbeitsruhe. Der Parteitag macht es daher den Arbeitern und Arbeiterorganisationen zur Pflicht, neben den andern Kundgebungen für die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten und überall da, wo die Möglichkeit zur Arbeitsruhe vorhanden ist, die Arbeit am 1. Mai ruhen zu lassen.“

Opfer, die vermieden werden können, sollen vermieden werden, aber der Pflicht zur Feiertage wollen wir uns darüber hinaus nicht entziehen. Den Antrag 95 von Verlin IV. bitte ich abzulehnen. Wir können den Gewerkschaftsverbänden keine Vorschriften machen. Die Anforderung, die der Vorstand des Metallarbeiterverbandes erlassen hat, hat in der Generalversammlung ja schon die erforderliche Korrektur erfahren. Wir fassen unsere Beschlüsse, geben damit eine moralische Directive und erwarten, daß ihr Folge geleistet wird. Mehr sind wir aber nicht im stande, wenn wir nicht Dinge erleben wollen, wie wir sie in unangenehmer Weise auf diesem Parteitag schon erfahren haben. (Beifall.)

### Adolf Hoffmann-Berlin

begründet den Antrag 95, welcher lautet: 1. Der Parteitag möge entscheiden, wie weit die gewerkschaftlichen Centralverbände berechtigt sind, die Beschlüsse der internationalen Kongresse betreffend die Maireferen zu hinfertreiben resp. sich den aus diesen Beschlüssen entstehenden Konsequenzen zu entziehen, wie es im vorigen Jahre der Metallarbeiter-Verband, in diesem Jahre der Buchdrucker-Verband und einige andre Verbände durch Bekanntmachung an die Vorstände gethan haben.

Diese Resolution ist in der Versammlung, in der die Delegierten zum Parteitag gewählt wurden, angenommen worden; ich glaube, es wäre nicht geziehen, wenn durch einen Schlusssatz das Wort dagegen nicht abgelehnt worden wäre. Wir Delegierten des vierten Berliner Wahlkreises sind nun in der angenehmen Lage, diese Resolution hier begründen zu müssen. (Heiterkeit.) Ich stehe auf dem Standpunkte Meyners; wir können die Gewerkschaften nicht zwingen. Wir werden also nicht anders können als, obgleich ich sie bitten muß, die Resolution anzunehmen, sie abzulehnen. (Heiterkeit.) Ja, es ist ein eigentümliches Verhältnis: Aber ich glaube, Sie werden zufrieden sein, wenn wir anstandslos die Begründungskosten tragen. (Heiterkeit und Beifall.)

### Hölke-Hamburg:

Ich halte es für ganz selbstverständlich, daß die Maireferen wie in den vergangenen Jahren gefeiert werden muß. Ich kann den Antrag der Berliner verstehen. Auch in unserer Organisation ist es an verschiedenen Orten vorgekommen, daß die Mitglieder erklärt hatten, der Vorstand habe ihnen angeraten, nicht zu feiern. In der heutigen Krise wird man es aber den Vorständen der einzelnen Centralorganisationen überlassen müssen, wie sie den geschäftlichen Verhältnissen nach in ihrem Berufe glauben eine Maireferen durchführen zu können. Die moralische Verpflichtung wird hoffentlich wirkungsvoll sein.

### Gerlich:

Nach der Begründung des Antrages durch Hoffmann brauche ich Sie nicht erst um die Ablehnung des Berliner Antrages zu bitten. Der Vorwurf, der den Metallarbeitern gemacht ist, ist absolut unbegründet. Allerdings hat der Vorstand ein Circular erlassen, in dem er vor der Verehrung der Maireferen warnt. Man kann aber mit der Stellungnahme der Generalversammlung hierzu durchaus zufrieden sein. In Verlin, wo mindestens 1/3 der Metallarbeiter organisiert sind, hat sie die Mitglieder sogar verpflichtet, zu feiern. Weiter zu gehen, kann man von dem Verband unter keinen Umständen verlangen, und es ist sehr fraglich, ob der Metallarbeiter-Verband in der Lage sein wird, diese Verpflichtung in dem nächsten Jahre zu erfüllen.

### Raith-München:

Die Artikel der „Metallarbeiter-Zeitung“ haben zur Folge gehabt, daß selbst solche Arbeiter, deren Arbeitgeber an keine Maireferen gedacht hätten, den 1. Mai nicht gefeiert haben. Man darf nicht den Standpunkt vertreten, daß die Maireferen eine leere Demonstration ist. Wir haben eine Menge von Betrieben, wo gefeiert werden kann, ohne daß den Leuten auch nur das geringste passiert, wo aber die Arbeiter sich auf Gewerkschaftsblätter berufen und nicht feiern. Die Debatte wird geschlossen.

### Im Schlußwort bemerkt

### Meyner:

Auch ich stehe auf dem Standpunkt, man soll die Art der Maireferen den Verbänden überlassen, das kommt ja auch in meiner Resolution zum Ausdruck. Gerade weil die Gewerkschaften die Elite der Arbeiterschaft bilden sollen, erwarte ich, daß sie unsern Beschlüssen Beachtung schenken. Auch ich könnte einen Fall nachweisen, wo politisch und gewerkschaftlich organisierte Arbeiter selbst an die Unternehmer herangeraten sind und gesagt haben, wir wollen arbeiten, obwohl ihnen keine Nachteile aus der Maireferen erwachsen wären. Wir müssen agitatorisch wirken und jedem die Pflicht, die er als Klassenbewußter Arbeiter hat, vor Augen führen. Das ist der Zweck meiner Resolution, um deren Annahme ich Sie nochmals bitte. (Beifall.)

Die Resolution 95 wird abgelehnt, die Resolution Meyner gelangt einstimmig zur Annahme.

### Der nächste Punkt der Tagesordnung ist die

### Wohnungsfrage.

Hierzu liegen vor die Anträge 17, 111 und das Amendement 110. Die Resolution 111, von Siedlum beantragt, haben wir in Nr. 225 abgedruckt. Das Referat Siedlums müssen wir Raum-mangels wegen bis zur nächsten Nummer zurückstellen. Wir beginnen mit der

### Diskussion.

Auf eine von Singer modifizierte Anregung Thielhorns hin wird beschloffen, die Mittagspause auf 1 1/2 Stunden zu beschränken.

Die Vorklageliste für die Wahl des Vorstandes und der Controloren liegt vor.

Es werden vorgeschlagen für den Vorstand: Bebel, Singer, Auer, Pfannkuch, Gerlich; als Controloren: Partels-Vibed, Koch-Gottha, Breccour-Niel, Brühne, David, Diebber, Eberle-Vormen, Gammel, Gehrt, Große-Hamburg, Raden, Käppler, Könen, Meister, Meyner, Nietich-Magdeburg, Pfarr-Berlin, Raith-München, Roskopf-Nürnberg, Scheidemann-Nürnberg, Silbermann-Berlin, Jeklin.

Silbermann gibt die schriftliche Erklärung ab, daß er eine Wahl zum Controloren ablehnen müsse.

Schoß-Berlin: Die Berliner Genossen haben Pfarr und Meyner vorgeschlagen.

Die Diskussion über die Wohnungsfrage wird eröffnet.

Für Verhandlung stehen die Anträge 17, 72 und 119. Müller-Hamburg zieht nach dem ausführlichen und vorzüglichen Referat Antrag 17 zurück.

Antrag 72 lautet: Parteigenossen in Varmen: Die Fraction wird beauftragt, im Reichstage ein Reichs-Wohnungsgesetz einzubringen mit Berücksichtigung folgender Punkte: 1. Schaffung eines Reichs-Wohnungsamtes; 2. Schaffung einer Wohnungsinspektion in Städten und Kreisen; 3. Die Gemeinden, Städte, Kreise und der Staat sind verpflichtet, verlässlichen Grund und Boden anzukaufen, anstatt denselben der Speculation zu überlassen; 4. Die Mietskontrakte dürfen nicht mit den Arbeitsverträgen in Verbindung gebracht werden; 5. die Mietskapitalien der Arbeiterversicherung sind hierzu nutzbar anzulegen.

119. Beauftragte in der Resolution 111 unter I d: Verbesserung der Bauordnungen anzufügen: „und rechtzeitige Ausdehnung derselben auf die noch ungebauten Grundstücke.“

**Eberle-Varmen** bittet, Antrag 72 mit der Aenderung anzunehmen, daß er der Fraction zur Ermäßigung überweisen wird. Von besonderer Wichtigkeit ist Punkt 4: Die Mietskontrakte dürfen nicht mit den Arbeitsverträgen in Verbindung gebracht werden. Das muß die Fraction bei einem Antrag zur Wohnungsfrage besonders berücksichtigen. Meyner vertreibt auf den Glasarbeiterkreis.

**Stolten** begründet 119. Die Wohnungsfrage hätte wohl eine gründliche Diskussion verdient, leider ist dies bei der vorgezeichneten Zeit eine bare Unmöglichkeit. Mein Antrag ist eine notwendige Ergänzung zu der Resolution Siedlum. Die rechtzeitige Ausdehnung der Baubeschränkung auf noch ungebauten Grundstücke muß gefordert werden, weil unsere Gegner stets sagen: ihr verlangt eine Verbesserung der Bauordnungen und überseht, daß jede Verbesserung der Wohnungen verteuert; diese Vertuierung tritt aber nur dann ein, wenn die Baubeschränkungen nur für bebauten Boden gelten. Wird rechtzeitig auch der ungebauten getroffen, so wird jeder neue Eigentümer von vornherein damit rechnen, daß er in der Ausübung des Bodens beschränkt ist und nicht so viel zahlen. Eine derartige rechtzeitige Beschränkung ist ein sehr notwendiges Preisdruck aus, legt also der Speculation Beschränkungen auf. (Sehr richtig.)

Auf Antrag Jubeils wird beschloffen, von einer weiteren Diskussion abzusehen.

In seinem Schlußwort betont

**Siedlum**, daß kein Bedenken vorliege, das Amendement Stolten anzunehmen. Bei seiner Resolution sei er von vornherein davon

ausgegangen, daß die Beschränkung auch auf das unbebaute Land ausgedehnt wird. Antrag 79 sei in der jetzigen Form annehmbar. Für die Frage, ob die Wohlthätigkeitsbestimmungen auf dem Gebiete der Wohnungsfrage zu fördern sind, ist das Geständnis des Professors Albrecht in Väterfelde sehr interessant in der neuesten Publikation des „Reinert für Sozialpolitik“. Er sagt darin: Nachdem er drei Jahrzehnte lang mit der gemeinnützigen Thätigkeit an der Wohnungsfrage herumgedokort habe, erkenne er ihm volle Zustimmung an.

Der Antrag Zubeiß sei gerechtfertigt gewesen nach Lage der Verhältnisse, nicht aber wegen der Unwichtigkeit des Gegenstandes, der vielmehr dauernd in der Partei auf der Tagesordnung bleiben müsse. Schließlich genüge es, allgemeine Anregungen auf dem Parteitag zu geben, deren Ausführung an anderen Orten zu erfolgen habe.

Antrag 72 wird angenommen.

Die Resolution Sadekum mit dem Amendement Stolten findet einstimmige Annahme.

**Sindermann**-Dresden beantragt, den Parteivorstand zu beauftragen, das Referat über die Wohnungsfrage eventuell erweitert als besondere Broschüre herauszugeben.

**Fischer**-Berlin bittet, es der persönlichen Verständigung zwischen ihm und Sadekum zu überlassen, ob neben dem Protokoll noch eine solche Broschüre notwendig ist.

Auf Grund dieser Erklärung Fischers wird der Antrag Sindermann abgelehnt.

### Nachmittags-Sitzung.

#### Der Fall Lange.

**Böhle**-Straßburg berichtet namens der Reiner-Kommission über die Beschwerde von Lange-Berlin V. Lange war Vertrauensmann und hatte Verkehr mit einem Beamten der politischen Polizei. Das ist nachgewiesen, wenn auch nicht, daß er materiellen Vorteil aus diesem Verkehr gezogen hat. Ein Schiedsgericht unter dem Vorsitz von Pfannkuch hat mit 6 gegen 1 Stimme seinen Ausschluß beschlossen. Er führt in seiner Beschwerde zu seiner Entschuldigung an, er habe nicht gewußt, daß er von dem Verkehr mit dem Polizeispigel seinen Genossen hätte Mitteilung machen müssen und auch nicht, welche Nachteile der Verkehr mit einem Spigel für ihn haben müsse; er sei noch zu jung in der Parteibewegung. Die Reiner-Kommission hat nun festgestellt, daß Herr Lange in der That ein etwas beschränkter Mensch ist, der für die Angelegenheiten der Partei wenig Verständnis hat. Die Reiner-Kommission spricht daher ihr Versehen darüber aus, daß der fünfte Berliner Wahlkreis einen solchen Menschen zum Vertrauensmann machen konnte. Die Beschwerde des Herrn Lange über den Ausschluß hat die Kommission zurückgewiesen und beantragt:

„Es ist durch Zeugnisse und Eingeständnis des Angeklagten festgestellt, daß der am 31. August 1900 als Spigel entlassene Freund Langes in dessen Wirtschaft vordem bereits über ein halbes Jahr verkehrte. Von diesem Verkehr gab Lange weder den Genossen noch seinem anderen Vertrauensmann des Kreises Kenntnis. Ja, Lange förderte sogar den Verkehr des Spigels in der Wirtschaft des Genossen Drecher und die gemeinsamen Aktionen des Spigels mit dem in dem Hause Drechers wohnenden Photographen. Die Verheimlichung des Verkehrs Langes mit dem Spigel sah das Schiedsgericht, welches unter dem Vorsitz des Genossen Pfannkuch tagte, sowie auch die Reinerkommission als einen so groben Vertrauensbruch an, daß ein solcher mit der Ehre eines Parteigenossen unvereinbar sei und den Ausschluß Langes aus der Partei rechtfertigt.“

Es wird beantragt, den Rücktritt des Herrn Karl Lange als unbegründet zu verwerfen.

**Neul**-Berlin: Den gegen die Genossen des 5. Berliner Wahlkreises gerichteten Vorwurf muß ich zurückweisen. Infolge von Streitigkeiten, die dazu führten, daß die beiden Vertrauensmänner im letzten Augenblick ablehnten, wurde er fortgesetzt als Notnagel gewählt und zwar mit Rücksicht darauf, daß er schon 11 oder 12 Jahre eine hervorragende Stelle in der Schuhmachergewerkschaft eingenommen hatte; man hielt ihn daher für das Amt eines Vertrauensmannes für geeignet. Ich selber, der ihn kannte, habe ihn solche Dummheit oder Schleichheit nicht zugestimmt.

**Frau Steinbach**: Parteigenosse kann er natürlich nicht sein; aber ich halte ihn für mehr dumm als schlecht.

**Singer**-Berlin: Er ist zu uns mit dem Spigel in öffentliche Versammlungen gekommen, wo man im Gespräch das Wort ja nicht immer auf die Goldwaage legt. Dumm sein — meinerwegen; aber wer in seiner Dummheit zum Vertreter an der Partei wird, hat bei uns nichts zu suchen.

Der Parteitag beschließt gemäß dem Antrag der Reiner-Kommission.

#### Eine Annonce.

**Böhle** berichtet hierauf über die Beschwerde von Dreher aus Kassel darüber, daß der „Vorwärts“ eine Annonce von ihm nicht aufgenommen hat. Da der Beschwerdeführer das wichtigste Dokument nicht mit eingeschickt hat, beantragt die Kommission, über die Beschwerde zur Tagesordnung überzugehen.

**Thöne**-Kassel: Das „wichtigste Dokument“ ist eine Annonce, worin sich Dreher beklagt, daß die Baugenossenschaft ihn nicht als Mitglied haben will. Diese Annonce wollte er auch im „Vorwärts“ veröffentlichen, aber der „Vorwärts“ nahm sie, ich weiß nicht aus welchen Gründen, nicht auf.

**Pfannkuch**: Ich kenne den Gen. Dreher, er war Jahre lang mein Hauswirt, und ich bin ihm zu besonderem Dank verpflichtet, da ich eine Zeit lang, ohne Miete zu zahlen, bei ihm gewohnt habe. (Weiterleit.) Es handelt sich um eine reine Privatangelegenheit, die die Partei nichts angeht. Hiermit schließt die Debatte.

Nach einem Schlußwort des Referenten **Böhle** geht der Parteitag entsprechend dem Antrag der Beschwerdekommision zur Tagesordnung über.

Damit ist der Bericht der Beschwerde-Kommission erledigt.

Zu Punkt 7 der Tagesordnung (Anträge zum Programm) liegt nur der Antrag 17 vor, der bereits durch frühere Beschlüsse erledigt ist.

Es folgt die Beratung der

#### Anträge.

Von diesen beziehen sich die Anträge 19—26, 30, 31, 100, 101, 33 und 34 auf die Organisation.

**Singer**: Mit Ausnahme der Anträge 33 und 34 bezwecken alle diese Anträge eine Aenderung des § 2 unseres Organisationsstatuts. Ich schlage vor, alle diese Anträge von der Tagesordnung abzuschieben (Sehr richtig!), indem ich der Hoffnung Ausdruck gebe, daß unsere Partei bis zum nächsten Jahre wohl noch leben und bestehen wird und daß wir dann bei einer günstigeren Geschäftsfrage darüber verhandeln können.

**Orb**-Offenbach: Ich bitte, die Anträge der neuen Parteileitung als Material zu übernehmen, damit sie uns auf dem nächsten Parteitag Vorschläge zwecks Aenderung des Organisationsstatuts machen kann.

**Singer**: Wenn die Parteileitung dem nächsten Parteitag Vorschläge auf Aenderung des Statuts machen soll, dann müssen wir doch über die Anträge debattieren. Was ich will, ist etwas anderes, ich will die ganze Angelegenheit dem nächsten Parteitag überweisen.

**Orb**: Nein. Durch die Ueberweisung an die Parteileitung verpflichten wir diese zu nichts; wir geben ihr damit nicht die bindende Mandatskarte, daß sie unbedingt im Sinne der Anträge uns Vorschläge machen muß.

**Singer**: In dieser Form bin ich mit dem Antrage einverstanden; denn dann existiert ja keine Differenz mehr zwischen uns. Der Parteitag beschließt dem Antrage Singers entsprechend.

Die Anträge 19—26, 30, 31, 100 und 101 sind also von der Tagesordnung abgesetzt.

Die Anträge 33 und 34 werden nicht unterzählt.

Der zur Taktik gestellte Antrag 18 wird nicht genügend unterzählt.

Der Antrag 32 ist für den Fall der Aufhebung des Schiedsgerichts über die Hamburger Accordmaurer gestellt.

**Singer**: Da der Hamburger Schiedspruch nicht aufgehoben worden ist, ist dieser Antrag gegenstandslos geworden. (Zustimmung.)

Der Antrag 54 von D. Saaber und Genossinnen fordert, daß die Genossen die von den Genossinnen für die nächste Zeit vorbereiteten Frauenversammlungen in jeder Weise zu unterstützen haben.

**Singer**: Ich glaube, daß wir etwas Selbstverständliches nicht erst zu beschließen brauchen. Mit dieser Erklärung kam der Gegenstand wohl als erledigt angesehen werden. (Zustimmung.)

Den Antrag 68 (Genosse Wall in Berlin IV, SO.: Bei der Aufstellung von Kandidaten zur Reichstagswahl so viel wie möglich Männer aus Arbeiterkreisen zu nehmen.) begründet

**Ab. Hoffmann**-Berlin: Dem Wunsch, bei der Aufstellung von Kandidaten zur Reichstagswahl soviel wie möglich Männer aus Arbeiterkreisen zu nehmen, wird ja von der großen Mehrzahl der Genossen zugestimmt werden. Leider kann der Parteitag darüber nicht beschließen, sondern es muß den Genossen in den Wahlkreisen selbst überlassen werden. (Sehr richtig!) Berlin selbst hat ja in dieser Beziehung leider ein schlechtes Beispiel gegeben. Der Parteitag wird den Antrag nicht dem Vorstand, sondern denen, die Wahlmandate zu vergeben haben, zur Berücksichtigung überweisen müssen.

**Singer**: Haben Sie den Antrag gestellt, den Antrag 68 den Wahlkreisen zur Berücksichtigung zu überweisen? (Weiterleit.)

**Hoffmann**: Ja.

Der Parteitag beschließt mit Mehrheit demgemäß. (Weiterleit.)

Die Anträge 69 und 96 werden nicht genügend unterzählt.

Den Antrag 107:

Der Parteitag möge beschließen, ein Flugblatt zum nächsten Winter herauszugeben und unter der Landbevölkerung zu verteilen, welches die Landdienstboten über die Schmach der Gesinde-Ordnungen aufklärt und wie dieselben zu beseitigen sind. — Gleichzeitig müsse darauf gesehen werden, daß das Erfurter Programm darauf gedruckt würde, begründet

**Ziebolner**-Westerbüoge: Wir haben den Antrag gestellt, weil, solange die Dienstboten nicht wissen, daß sie unter einer Gesindeordnung stehen, sie nicht aufgelöst sind. Es geht ihnen da wie den Ochsen, die Hörner haben, aber nicht wissen, daß sie sich damit gegen den Feind wehren können. Auf dem Flugblatt muß auch das Erfurter Programm abgedruckt werden.

**Stadthagen**: Ich beantrage, den Antrag der medlenburgischen Genossen dem Vorstand zur Berücksichtigung zu überweisen. Ein einseitliches Flugblatt geht nicht an, weil wir in den verschiedenen Staaten ja verschiedene Gesinde-Ordnungen haben.

**Parteis**-Lübeck: So gut der Antrag gemeint ist und so sehr auch wir bestrebt sind, die ländlichen Arbeiter in dem Obitritenlande über die Gesinde-Ordnung aufzuklären, so wird der Antrag in seiner gegenwärtigen Form seinen Zweck nicht erfüllen. Es muß das Flugblatt der einzelnen Landesorganisationen sein. Die Form eines Flugblattes ist hierfür auch nicht geeignet. Ein Flugblatt wird wenig oder gar nicht gelesen. Ganz anders ist es mit einem Kalender; ein solcher wird von der Landbevölkerung mit Freude aufgenommen, aufbewahrt, und auch, wenn der ländliche Arbeiter eine freie Stunde hat, gelesen.

Die Anträge 35 und 36 beschäftigen sich mit den Parteigeschäften bzw. der Parteiverwaltung.

Antrag 35 wird nicht unterzählt.

Den Antrag 36: Es sind in der Partei durch die Parteileitung in Berlin aus dem Reichen der Parteicontroleure sachmännlich gebildete Genossen als Prehreviatoren anzustellen, denen die alleinige Aufgabe zu teil wird, von 1/2 zu 1/2 Jahre die gesamte deutsche Parteipresse in Bezug auf deren geschäftliche Angelegenheiten bezw. Zeitung zu revidieren, begründet

**Windhoff**-Düsseldorf: Man muß schauen, wie viel Geld unsere Presse verlohnen hat, es sind in den letzten 10 Jahren mehr als eine Million Mark. Oft wird einfachen Arbeitern, die keine Geschäftsführung kennen, die geschäftliche Leitung der Presse übertragen und dadurch reißt die Mißwirtschaft ein. Es wird gesagt, die Blätter, die keinen Zustuß brauchen, brauchen nicht revidiert zu werden, aber wer garantiert uns denn, daß diese Blätter immer so florieren? Rechnen Sie den Antrag an!

**Kiesel**-Berlin: Der Antrag überträgt dem Parteivorstand eine große Last auf. Er stellt ferner den geschäftlichen Leitern von lokalen Organen das Zeugnis der Unfähigkeit aus, es wird, wenn er angenommen wird, nötig sein, bestellte Prehreviatoren anzustellen, die immer auf Reisen sind. Der Antrag ist also praktisch ganz undurchführbar, ich bitte ihn abzulehnen.

**Thiele**-Halle bittet den Antrag nicht strikte abzulehnen. In der vorliegenden Form könne er allerdings nicht angenommen werden, wohl aber kann er ganz unverbürglich der neuen Parteileitung zur Erwägung überwiehen werden.

**Frohne**: Der Antrag ist ganz unannehmbar, in welcher Form er auch gefaßt wird. Wir haben 74 Parteiblätter. Soll jedes halbjährlich einmal kontrolliert werden und werden für jede Kontrolle vier Tage etwa gerechnet, dann müßten wir erst dafür sorgen, daß das Jahr 2—300 Tage mehr als jetzt hat und außerdem müßte die Kommission ständig auf Reisen sein. Auf diesem Wege ist nichts zu erreichen, um etwaige Mißstände zu beseitigen. Die Genossen in den einzelnen Orten müssen selber für Kontrolle sorgen und nur im Notfall haben sie sich der Kontrolle des Vorstandes zu unterwerfen.

**Pfannkuch**: Auch ich halte den Antrag für unannehmbar, aber daß er gestellt werden konnte, ist ein Symptom dafür, daß etwas in der Presse nicht ganz in Ordnung ist. Auf diese Weise ist dem Uebel jedoch nicht beizukommen. Die Genossen sollten nicht erst, wenn die Karte verfehlt ist, an den Parteivorstand gehen, sondern einkendend des Spruches, daß Vorsicht die Mutter der Weisheit ist, den Parteivorstand vorher um Rat fragen und die Ratsschlüsse auch befolgen. Positiv wird diese Maßnahme ihre Wirkung nicht verfehlen.

Damit schließt die Debatte.

Nach einem Schlußwort von Windhoff wird der Antrag abgelehnt.

#### Das Gumbinner Urteil.

**Singer**: Wir kommen zum Antrag 90. Bevor ich die Unterstützungstrage stelle, glaube ich im Namen des gesamten Parteitag feststellen zu können, daß wir alle einig sind in der Entrüstung darüber, daß in Deutschland in der Militärjustiz ein derartiges Urteil möglich ist. (Vehemente Zustimmung.) Der Schrei der Entrüstung, der durch ganz Deutschland hallte, als das Todesurteil bekannt wurde, die Entrüstung, die wiederholt durch die Blätter aller politischen Parteien, ist ein deutliches Zeichen dafür, daß durch diesen Urteilspruch das Rechtsbewußtsein des gesamten Volkes auf das größtmögliche verletzt ist. (Erwunte lebhafteste Zustimmung.) Daß es nötig ist, einen Protest gegen diese Art der Justiz auszusprechen, daß es nötig ist, die Gemeinheit des Verfahrens in der Militärjustiz zu verurteilen, ich glaube ich, die Meinung aller hier Anwesenden. Dies anzupreden halte ich für meine Pflicht, um so mehr, da ja schon ein Teil dessen, was hier beantragt ist, der Fraktion überwiesen ist. (Beifall.)

**Marxwald**-Halberstadt: Nach den treffenden Ausführungen Singers ist der Zweck der Antragsteller vollständig erfüllt. Der Zweck war einzig ein flammender Protest des Parteitag gegen die unerbörten Zustände auf dem Gebiete des Militär-Strafverfahrens. Nachdem die treffenden Worte Singers den Beifall des gesamten Parteitag der Socialdemokratie gefunden haben, ziehe ich den Antrag zurück.

Antrag 90 lautet: Parteigenossen in Halberstadt und dem Kreise Calbe-Kiher leben: Der Parteitag erklärt, daß er das vom Oberkriegsgericht in Gumbinnen gefällte Todesurteil wider den Unteroffizier Parten für einen der schwersten Justizirrtümer hält, welchen die Geschichte kennt. Der Parteitag sieht auch nicht an, daß ein Beweis dafür erbracht, daß der Verurteilte sich dem ihm zur Last gelegten Mordes schuldig gemacht hat. Der Parteitag erwartet von der socialdemokratischen Reichstagsfraktion, daß dieselbe unter ausdrücklicher Bezugnahme auf das Gumbinner Urteil in geeigneter Form in Reichstag für die Auf-

schaffung der Todesstrafe und die Beseitigung der Militärjustiz — außer für Disciplinarfälle — eintreten wird.

Es folgen die Anträge, die sich auf die

#### Tagesordnung des nächsten Parteitag

beziehen (Anträge 55—58 und folgender Antrag: Der Parteitag möge den Wunsch aussprechen, daß auf die Tagesordnung des nächsten Parteitag gesetzt wird: Die Stellung der socialdemokratischen Partei zur Arbeiterversicherung).

Die Anträge 55, 56 und 57 verlangen die Behandlung der

**Alkoholfrage**. Sie werden gemeinsam verhandelt.

**Pfannkuch** erklärt, daß die Genossen des dritten Berliner Wahlkreises Wert darauf legen, festzustellen, daß sie den Antrag 55 nicht unterstützen haben. (Stiel: Die Genossen von Berlin VI auch nicht.) Doch: einzeln wenigstens.

Die Begründung der Anträge giebt

#### Marxwald-Halberstadt:

Nachdem es uns gelungen ist, diesen Antrag vor dem bethlehemitischen Kindermord zu retten, der in der letzten Sitzung des Parteitag startzufinden pflegt, muß ich ihn kurz begründen. Kurz nach dem Mainzer Parteitag fand die Generalversammlung des Evangelischen Bundes statt und da wurde gesagt, die Socialdemokratie habe nicht den Mut gehabt, zur Alkoholfrage Stellung zu nehmen.

Die Socialdemokratie hat die Pflicht, das Volk zu erziehen, sie darf nicht davor zurückweichen, ihren Parteigenossen die Wahrheit zu sagen. Das Gesundheitsbüchlein, das das Reichs-Gesundheitsamt zum Preise von 1 M. herausgegeben hat, ist auch von unserem Standpunkt außerordentlich wertvoll. Der Trinkzwang, der in Studenten- und Offizierskreisen besteht, besteht ganz genau so in Arbeiterkreisen und beschämenderweise auch in den Parteikreisen (Unruhe). Wir haben manche häßliche Gewohnheit schon beseitigt, weshalb soll die Partei nicht auch diese abschaffen lassen. Man hält uns entgegen, der Alkoholisimus sei verurteilt durch die elende Lage der Proletarier, die schlechten Löhne. Umgekehrt aber sind auch vielfach die Löhne so schlecht, die Lage der Arbeiter so traurig wegen des Alkoholisimus. In Halberstadt giebt es Maurer, die 60 Pf. täglich für schlechten Schnaps ausgeben, zum Vorteil der Zuseher, und die Socialdemokratie hat auch noch nicht ein Wort dafür. Die Polizei muß Genossen, welche den Weltfeiertag der Arbeiter befehlen, festnehmen, und die Partei sieht das ruhig an! (Große Unruhe. Frohne ruft: Wenn man den Namen da hört, sollte man glauben, die Partei besteht aus lauter Säubern!)

**Singer**: Wir wollen uns doch nicht die letzten Stunden des Parteitag durch überflüssige Unruhe erschweren!

**Meister** ruft: Aber auch nicht durch unnütze Reden! (Beifall.)

**Marxwald**: Daß die Partei aus lauter Säubern besteht, habe ich nicht gesagt; dazu gehört eine starke Phantasie. Wenn's sogar Leute giebt, die in der Partei eine gewisse Rolle spielen und der Trunksucht fröhnen, so schadet das der Partei viel mehr, als irgend welche theoretischen Vorträge. Halten wir uns in dieser Frage die Worte Lassalle vor Augen: „Es ziemt Euch nicht mehr die Kaster der Unterdrückten, noch die mühsigen Zerstreungen der Gedankenlosen, noch selbst der harmlose Leichtsin der Unbedeutenden. — Die Arbeiter sind der Fels, auf welchem die Kirche der Gegenwart gebaut werden soll.“ (Beifall und Unruhe.)

Es wird Schluß der Debatte beantragt.

**Kiesel**-Berlin widerspricht dem Schlußantrag, da die Worte des Vorredners, die eine Anklage gegen die Partei bedeuten, nicht unwiderprochen bleiben dürfen.

Der Schlußantrag wird angenommen, die Anträge 55—57 selbst werden abgelehnt.

Den Antrag 58, auf die Tagesordnung des nächsten Parteitag zu setzen: „Die Aufgaben der socialdemokratischen Partei auf dem Gebiete des kommunalen Wesens.“ begründet

#### Albrecht-Halle:

Sehr häufig sind sich unsere Vertreter in städtischen Körperschaften über ihre Haltung nicht ganz klar, es fehlt uns an einer bestimmten Richtschnur, da auf diesem Gebiete häufig Fehler vorkommen. Gätten wir eine Aufstellung der Stigmata in Gemeindevortretungen, Sie würden Ihr blaues Wunder erleben. In allen Fragen kann natürlich keine Einheit erzielt werden, wohl aber müssen wir uns über wichtige principielle Fragen einig werden.

Ohne weitere Debatte wird der Antrag angenommen.

Den Antrag, auf die Tagesordnung des nächsten Parteitag die Frage zu setzen „Die Socialdemokratie und die Arbeiterversicherung“ begründet

#### Mollenhuth:

Die Stellung unserer Partei zur Arbeiterversicherung haben wir bisher noch niemals präcisirt, wir haben vielmehr stets der Fraktion überlassen, wie sie sich zu den einzelnen Vorlagen verhalten will. Es ist nun einmal nötig, diese Frage etwas eingehender zu diskutieren und der Partei eine Richtschnur zu geben. Das ist um so notwendiger, als die Regierungen anderer Länder sich gegenwärtig mit dieser Frage beschäftigen und eine Stellungnahme der Arbeiter Deutschlands würde von Einfluß auch auf die Lage der Arbeiter anderer Länder sein können. Wenn die Frage, die eine sehr umfassende ist, im Laufe des Jahres eingehend diskutiert wird, so wird sie auf dem nächsten Parteitag vielleicht nach kurzer Verhandlung in einer einfachen Resolution erledigt werden können; sollten sich aber tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten ergeben, ist es erst recht nötig, in eingehender Diskussion Klärung zu schaffen. Es ist ein wichtiges Stück praktischer Socialpolitik und verdient auch eine theoretische Behandlung. (Beifall.)

Der Antrag wird angenommen.

**Singer** teilt nunmehr das Resultat der Wahl der Parteileitung mit. Abgegeben sind 212 Stimmzettel, von denen 4 für die Kontrollkommission ungültig waren, weil mehr als 9 Namen darauf standen. Für die Vorstandsmitglieder wurden abgegeben: Für Bebel als Vorsitzenden 211, für Singer als Vorsitzenden 209, für Pfannkuch als Sekretär 210, für Auer als Sekretär 202, für Gerich als Kassierer 210 Stimmen. (Mehrer und Dr. Braun erhalten je eine Stimme). Als Controlleure wurden gewählt: Reiner-Berlin mit 179, Meister mit 178, Frau Jeklin mit 171, Aden mit 158, Röben mit 143, Ehrhart mit 135, Brähne mit 134, David mit 108 und Bod mit 70 Stimmen.

Nßerdem erhielten Duhbar 60, Pfarr 58, Emmel 50, Scheidemann 44, Rath 42, Partels 39, Ewald 41, Kappeler 40, Große 36, Hofkopf 20 Stimmen.

**Singer** erhebt die neuergewählten Controlleure, sich zur Wahl der beiden Prüfer zur Ergänzung des Vorstandes zurückzuziehen.

Der Antrag 59 (Abhaltung des Parteitag zwischen Weihnachten und Neujahr) wird nicht genügend unterzählt.

Es folgt die Wahl des Ortes für den nächstjährigen Parteitag.

Der Antrag 60 wünscht eine Verlegung des nächstjährigen Parteitag dorthin, daß auch die Wahlkreise der städtischen Provinzen ihn besuchen können.

**Singer**: Bei der allgemeinen, unbestimmten Fassung dieses Antrages ist sein Zweck wohl durch seine Verlegung erfüllt. (Zustimmung.)

Die Unterstützung für die Vorschläge: Düsseldorf, Halberstadt, Mannheim und Bremen reicht nicht aus. Der Antrag Leipzig-Stadt und -Land wird zu Gunsten von Dresden zurückgezogen. Im Uebrigen verbleiben zur Wahl noch die Anträge: Magdeburg und München.

(Telegraphischer Bericht)

Den Antrag Dresdens begründet

**Sindermann**: Die sächsische Landesversammlung hat zu Ostern einstimmig beschlossen, um die Abhaltung des nächstjährigen Parteitag in Sachsen, und zwar in Dresden, zu bitten. Politische Schwierigkeiten brauchen Sie nicht zu befürchten. Auch unsere Landesversammlungen werden nicht geführt. Die Wahl Dresdens kommt auch dem Antrage entgegen, der die Verlegung aus den städtischen Provinzen erleichtern will.

**Frankfurt:** Als Abgeordneter von Magdeburg liegt mir die Verpflichtung ob, für meinen Wahlkreis eine Lanze einzulegen. Gewiß ist es nicht Unflörend, aber an der Elbe liegt es auch, und zwar im Herzen Deutschlands.

**München:** Das Bedenken wegen Nichtzulassung der Frauen, das bisher gegen die Abhaltung des Parteitag in München bestand, ist fortgefallen. Und da der Alkoholentzug von der Tagesordnung des nächsten Parteitages abgesetzt ist, können Sie ruhig nach München kommen. (Große Heiterkeit und Beifall.)

Eine Diskussion wird nicht beliebt. Es stimmen 68 Delegierte für Dresden, 52 für Magdeburg, 67 für München. Der nächste Parteitag findet also in München statt. Die Verkündigung des Resultats wird mit Beifall aufgenommen. Sämtliche Anträge sind nun erledigt.

**Singer** teilt mit, daß die Kontrollkommission Meister zum Vorsitzenden, und als Beisitzer für den Vorstand Oberhardt und Bengels gewählt hat. (Der bisherige Beisitzer Ernst hat, wie Meister mitteilt, eine Wiederwahl mit Rücksicht darauf, daß er Firmenträger der neuen von den Berlinern zu errichtenden Parteidruckerei wird, abgelehnt).

**Singer:**

Parteilgenossen! Wir haben unsere Arbeiten erledigt. Ich glaube im Sinne des gesamten Parteitag zu handeln, wenn ich zunächst meinen Redner Genossen meinen herzlichsten Dank ausspreche (Beifall) für die treue, rastlose Arbeit, mit der sie die Vorbereitung des Parteitages getroffen haben, mit der sie während der Tagung ihre Hilfe in so ausgezeichnete Weise gewährt haben. (Beifall.) Ich danke Ihnen auch für die beiden Veranstaltungen, die es uns ermöglicht haben, in den harten Tagen der Arbeit doch auch schöne Erholungsstunden zu finden. Der Kommerz sowohl wie die Dampferfahrt wird den Teilnehmern dieses Parteitages lange Zeit in freundlicher Erinnerung bleiben, und Lübecks Genossen für alles was sie geleistet haben, herzlich zu danken, war mir eine Freude und ist dem Parteitag gewiß eine Pflicht. (Beifall.) Ich möchte diesen Dank aber auch ausdehnen auf die Mitglieder der Mandatprüfungskommission und der Reuerekommission, die dem Parteitage einen großen Dienst dadurch geleistet haben, daß sie sich das Opfer auferlegt haben, auf die Teilnahme an den Verhandlungen zu verzichten und dafür ihre Arbeit geleistet haben. Parteilgenossen! Unsere diesjährige Parteitagwoche war reich an lebendigen, ja leidenschaftlichen Ausführungen. Aber das eine darf ich doch mit Sicherheit aussprechen, daß bei aller Leidenschaftlichkeit und bei allen Erregungen doch jeder Einzelne zu seinen Ausführungen herantrat und in seinen Ausführungen getragen worden ist von der Treue zu den Parteigrundfragen, die es ihm zur Pflicht machen, wenn auch vielleicht einmal in scharfen Worten, so doch seine Überzeugung im Interesse der Partei, zum Wohle der Partei zum Ausdruck zu bringen. (Beifall.) Parteilgenossen! Das was jetzt schon die gegnerische Presse über unsere Verhandlungen schreibt, das Indianergeheul, in das sie ausbricht, der Jubel über die Streikerei und Bänkerei auf unserem Parteitag, es läßt uns dieses ebenso kalt, wie uns kalt läßt das Lob unserer Gegner. (Beifall.) Wir wissen, wie wir zu handeln haben, und wir wissen, daß in unserer Partei es schon öfter Situationen gab, in denen die Geister hart auf einander geplatzt sind; wir wissen aber auch, daß nach diesen Ausbrüchen das treue Zusammenhalten für die gemeinsame Sache um so fester gekittet ist. (Lebhafter Beifall.)

Wir haben wichtige Fragen in dieser Arbeitswoche behandelt. Ich spreche es mit besonderer Befriedigung aus, daß die hoch gespannten Erwartungen, welche die bürgerlichen Socialreformer von Raumann über Stöcker bis Berlepsch auf unsere Verhandlungen gesetzt haben, täglich zu Schanden geworden sind. (Lebhafter Beifall.) Ich halte das für ein wichtiges Ergebnis und ich trüpfte den Wunsch daran, daß diesen Leuten endlich einmal die Augen darüber aufgehen, daß ihre Umschmeißelungen nichts nützen und daß die Socialdemokratie nicht um des Judenbrotes sozialer Reformen Willen ihre großen Ziele aufgibt, ebenso wenig wie sie sich durch die Feitliche des Socialistengesetzes veranlaßt gesehen hat, von der Propagierung ihrer Grundzüge Abstand zu nehmen. (Bravo!) Die Verhandlungen über die Anträge der Hamburger Genossen haben durch den mit übergroßer Majorität gefaßten Beschluß wiederum bewiesen, daß wir uns bewußt sind, daß wir mit den Gewerkschaften zu arbeiten haben, nicht gegen einander, sondern mit einander. (Stürmischer Beifall!) In voller Berücksichtigung der Gewerkschaften, an der es die Partei niemals hat fehlen lassen, ist in den Verhandlungen auch von den gewerkschaftlich tätigen Genossen anerkannt worden, daß die politische Partei ein wesentliches Moment im Kampf um die Befreiung der Arbeiterklasse ist. Parteilgenossen! Vergessen wir, die Vertreter der politisch organisierten Arbeiterklasse Deutschlands, nicht, daß es Aufgabe der politischen Partei ist, das was die Gewerkschaften in günstigen Konjunkturen den Unternehmern obliegen haben, gesetzlich festzulegen, damit es ihnen in Zeiten ungünstiger Konjunktur der Uebermut der Unternehmer nicht wieder entreißen kann. (Erneuter lebhafter Beifall.) Die Stellung, die der Parteitag in seinen Resolutionen eingenommen hat über die Haltung der Abgeordneten in den Parlamenten, wird, wie ich überzeugt bin, die Meinungsverschiedenheiten, die auf diesem Gebiete vorhanden gewesen sind, ausgleichen. Ich habe das feste Vertrauen zu meinen Genossen in allen Landesteilen, soweit sie in deutschen Landtagen tätig sind, daß sie den Beschluß des Parteitages zur Richtschnur für ihr Verhalten nehmen. Mit diesen großen Parteifragen haben wir Proteste verbunden gegen den Wuchertarif, Proteste gegen den Versuch, die Arbeiterklasse auszuhungern durch Verteuerung der notwendigsten Lebensbedürfnisse, und wir haben protestiert gegen die Militärlust, wie sie in dem Gumbiner Urteil sich zeigte. (Bravo!) Wir dürfen zufrieden sein mit unseren Verhandlungen. Wir haben fleißig gearbeitet, wir haben hart gestritten. Wir haben aber auch erreicht, was auf unseren Parteitag immer erreicht wird, daß uns für die Thätigkeit der Genossen in der Agitation und in der Propagierung unserer Ziele eine Marshroute gesteckt ist zu weiterem Vorgehen. Diejenigen, die durch das Vertrauen der Genossen an Plätze gestellt sind, an denen sie gesetzgeberisch mitzuwirken haben, diejenigen, die agitatorisch tätig sind, diejenigen, denen die Zeitung das wichtigste Agitationsmittel, die Presse, anvertraut ist, sie alle sehen harter und schwerer Arbeit entgegen. Wir werden in den nächsten Monaten im Reichstage Gelegenheit bekommen, das was hier vorbereitet ist, für die Partei zu vertreten, und wie unsere Genossen in der Agitation und der Presse nichts unterlassen werden, unseren Beschlüssen gemäß zu handeln, so wird auch die Reichstagsaktion bemüht sein, dem, was sie ihr hier als Richtschnur gegeben haben, im vollsten Umfange nachzukommen. Ich will keine großen Worte machen, aber das Eine darf ich sagen, Sie werden in Ihren Vertretern im Reichstage diejenigen Männer finden, die fest entschlossen sind, alles aufzubieten, um jenes Gesetz, das einen Raubzug auf die Taschen des arbeitenden Volkes darstellt, zu Schanden zu machen. (Lebhafter Beifall.) Wenn wir jetzt auseinandergehen, jeder an die Stelle, wo er zu arbeiten hat, so thun wir das in dem Bewußtsein, daß wir bemüht gewesen sind, auch die Parteivote für unsere Partei zu einer lebensvollen, zu einer erfolgreichen zu gestalten. Wir werden weiter arbeiten in diesem Sinne alle miteinander, und zur Bekämpfung dessen rufen wir aus, wie immer, wenn wir auseinandergehen, als Schwurzeichen für die Arbeiterklasse Deutschlands und als Sturmgang für unsere Gegner: **Noch die deutsche Socialdemokratie!** (Stürmischer Beifall.)

Verantwortlicher Redacteur: Carl Veid in Berlin. Für den Informaten verantwortlich: Ad. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von W. G. Böhmig in Berlin.

Die Delegierten erheben sich von den Plätzen, stimmen dreimal begeistert in das Hoch ein und singen den ersten Vers der Arbeiter-Marschlied.

**Singer:** Der Parteitag ist geschlossen. Schluß 1/4 Uhr.

**Partei-Nachrichten.**

**Socialdemokratisches Reichstags-Handbuch,** ein Führer durch die Zeit- und Streitfragen der Reichspolitik. Von Max Schippel.

Dieses von den Parteigenossen seit Jahren gewünschte Hilfsmittel für die Agitation, dessen Herausgabe schon von mehreren Parteitag beschlossen wurde, erscheint nunmehr im Verlag der Buchhandlung Vorwärts.

Das Buch stellt in eingehendster Weise dar, unter welchen parlamentarischen Kämpfen und mit welchen Erfolgen und Mißerfolgen die Reichsgegesetzgebung über die wichtigsten, vor allem die Arbeiterberührenden Fragen sich allmählich entwickelt hat.

Im Mittelpunkt stehen dabei die eigentlichen Fragen der Socialreform und des Arbeiterschutzes. Das langsame Zurückweichen des kapitalistischen Manchestertums, das zähe und siegreiche Vordringen der Arbeiterforderungen auf den verschiedenen Gebieten, aber auch die immer wiederkehrenden Reaktionsversuche der großkapitalistischen Scharfmacher und des kleingewerblich-künstlerischen Meisterlums werden auf das Ausführlichste geschildert und zwar in zusammenfassenden Uebersichten (wie: Geschichte der Arbeiterschutzesgesetzgebung in Deutschland - Entwicklung des Arbeiter-Versicherungswesens - Koalitionsrecht, Vereins- und Versammlungrecht, Berufsvereine - Gewerbegerichte, Einigungsämter), in Specialartikeln für Einzelfragen (wie: Fabrikinspektion, Frauenarbeit, Kinderarbeit, Sonntagsarbeit, Hausindustrie, Lohnbeschlagnahme, Zeugsystem - Kontraktbruch-Verstrafung, Socialistengesetz, Justizhausvorlage, Umsturzvorlage - Arbeitsbuch, Arbeitsamt, Arbeitskammern, Arbeitsnachweis usw.).

Auch auf die Schutzgesetzgebung für einzelne Arbeitszweige, mitunter nur kurz und keine Schutzgesetzgebung, ist stets besonders eingegangen (so in Artikeln wie: Väterlicher Ordnung, Bauarbeiter-schutz, Innenschiffahrt, Bergarbeiter, Gastwirtsgehilfen, Gefunde, Gasenarbeiter und Seelente, Handlungsgehilfen u. s. f.).

Größte Aufmerksamkeit ist den gewerkschaftlichen Streitfragen gewidmet: der Geschichte und den Abänderungen der Gewerbeordnung, den Innungsbestrebungen und der Mittelstandsretterei, dem Kampfe gegen Genossenschaften und Konsumvereine.

Auch die augenblicklich im Vordergrund des Interesses stehenden handelspolitischen Fragen sind durch orientierende Artikel eingehend behandelt.

Weiter findet der Leser reiches Material über die Steuerfragen, über Militarismus, Flotten- und Kolonialpolitik.

Eine ihrer politischen Bedeutung entsprechende Würdigung erfahren endlich auch die Verfassungen- und ähnlichen Fragen.

Das Buch, das in 35 Lieferungen à 20 Pf. erscheint, soll einen dauernden Wert behalten; deshalb werden jedesmal nach Schluß der parlamentarischen Legislaturperioden Nachträge zum Socialdemokratischen Reichstags-Handbuch angegeben werden, so daß jeder Besitzer über alle Zeit- und Streitfragen der Reichspolitik stets auf dem Laufenden erhalten bleibt.

Der billige Preis wird jedem Arbeiter die Anschaffung ermöglichen.

**Polizeiliches, Gerichtliches usw.**

**Redacteursfreuden.** Am 28. September hatte sich vor der Strafkammer in Dortmund der frühere Redacteur der „Ab.-Westf. Arb.-Ztg.“, Genosse Anton Bredendeb, wegen zweifachen Preßvergehens zu verantworten. Bredendeb, der aus dem Gefängnis, wofür er zur Zeit eine viermonatige Gefängnisstrafe wegen Preßsünderei verbüßt, vorgeführt wurde, soll einmal die Polizei, ferner sämtliche Einfahrer beleidigt haben. Wegen der angeblichen Beleidigung, verbrochen wider die Polizei, beantragte der Staatsanwalt 6 Monate Gefängnis. Das Urteil soll erst am 1. Oktober verkündet werden. Die Beleidigung der Einfahrer, die darin gefunden wurde, weil der Angeklagte im Anschluß an einen Bericht über eine Gerichtsverhandlung, welche sich mit Uebertretung verpolizeilicher Vorschriften beschäftigte, behauptet hat, das System der Einfahrer sei veraltet, die Einfahrer seien mehr dafür, der Kohlenförderung zu dienen, als die Arbeiter zu schützen, brachte unserem Genossen eine Gefängnisstrafe von 3 Monaten ein.

— **Wegen Vergehens gegen das Preßgesetz** und Aufforderung zur Begehung strafbarer Handlungen ist Genosse Legien in Hamburg zu 100 M. Geldstrafe verurteilt worden. Die Straftat soll begangen sein in einem Artikel des von der Generalkommission herausgegebenen und von Legien verantwortlichen gezeichneten italienischen Blattes „L'Operaio“. Darin war von einem Streik die Rede und es sollten die Arbeiter dadurch zur Mißhandlung von Streikbrechern aufgefordert werden sein. In der Verhandlung entwidete sich ein Streit um die Uebersetzung des Wortes sentita, das die Polizei mit fühlbar, Legien und ein zugezogener Dolmetscher aber mit empfindlich überlegten. Das Gericht machte sich die Polizeiuübersetzung zu eigen und kam so zu der Verurteilung.

**Gewerkschaftliches.**

**Deutsches Reich.**

**Zum Ausstand der Tabakarbeiter in Nordhausen.** Das Gewerkschaftsorgan Nordhausen hat berichtet, mit den Fabrikanten, die den Schiedsspruch bisher nicht anerkannten, Verbindungen anzuknüpfen, um erneute Einigungs-Verhandlungen in die Wege zu leiten. Die Antwort der Fabrikanten ist für nächsten Dienstag zugefagt.

Inzwischen führen die Ausständigen den Kampf in der bisherigen Weise fort. Wontend ist noch keiner von ihnen geworden. Sie erwarten, daß an ihrem unerwartlichen, opferreichen Kampfesmut der hartnäckige Widerstand der Fabrikanten endlich scheitern wird, und daß ihnen Zugeständnisse gemacht werden, auf deren Grundlage ein ehrlicher Friede geschlossen werden kann. Möge sich diese Hoffnung erfüllen. Solange aber der Kampf noch geführt werden muß, ist es Pflicht aller Arbeiter, denselben zu unterstützen, sowohl durch Geldmittel als auch durch fixe Beachtung des Wortes, der über die Nordhäuser Firmen, welche sich nicht mit den Arbeitern geeinigt haben, verhängt ist. Die Zurückweilung der Fabrikate dieser Firmen ist eines der wirksamsten Mittel, um den Fabrikanten bezugkommen. Darum muß die Lösung eines jeden Klassenbegriffen Arbeiters lauten: **Kein kontrollierter Nordhäuser Kauf!**

**Ausland.**

**Bergarbeiterstreik in Belgien.** Aus Brüssel meldet ein Privattelegramm, daß die provinziale Vereinigung der Bergarbeiter von Lüttich am Freitagabend den allgemeinen Ausstand beschloß. Die Vereinigung zählt 10 500 Mitglieder. Der Ausstand soll am Montag beginnen.

**Die Glasarbeiter-Organisation in Italien** - schreibt der „Katholische“ - schreibt rüstig vorwärts. Vom 7. bis 10. Juli dieses Jahres fand in Sesto Calende der zweite Kongreß der Föderation der italienischen Glasarbeiter statt, auf dem auch die Herausgabe eines Fachblattes beschlossen wurde. Die erste Nummer ist bereits am 10. September erschienen und ist betitelt: „La Vettiglia“.

**Zum Fischereistreik in Grimsby** meldet Wolffs Bureau: Die von den Fischereiundern den mit ihnen in Streit liegenden Fischern gestellten Bedingungen sind von den Fischern mit 1348 gegen 3 Stimmen zurückgewiesen worden.

**Aus der Frauenbewegung.**

**Im Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse** wird Frau Hoyer am 7. Oktober einen Vortrag über „Wesen und Schäden der Hausindustrie“ halten.

Wir bitten unsere Mitglieder, die ihnen zugesandten Fragebogen baldigst auszufüllen und an eine der folgenden Adressen zu senden: Frau Panzger, Pappelallee 129, Frau Klotz, Koppenstr. 81, Frau Steinlof, Schwedterstr. 34, Frau Bausche, Postoderstr. 40, Frau Seeger, Kolbergerstr. 28, im Schulbauernladen.

Ferner machen wir darauf aufmerksam, daß der Verein am 10. November in der Urania eine Vorstellung mit daran anschließendem geselligen Abend in den Arminhallen veranstaltet. Tickets sind im Verein und in den Zahlstellen zu haben. Der Vorstand.

**Versammlungen.**

**Der Centralverband der Fleischer und Berufsgenossen Deutschlands,** Verwaltungsstelle Berlin und Umgegend, hielt am Donnerstag eine recht gut besuchte außerordentliche General-Versammlung ab, um die notwendig gewordenen Ergänzungswahlen für die Ortsverwaltung vorzunehmen. Gewählt wurden: P. Nagel, Rohstr. 8, Hofpart. als Vorsitzender; Ostas John als Schriftführer, Knopp und Wiedemann als Beisitzer, und Knopp, Rebel und Lange als Revisoren. Außerdem kam in der Versammlung das Thema: „Vieh- und Fleischzölle und ihre Wirkungen“ zu Verhandlung. Der Referent betonte besonders, daß durch weitere Zollerhöhungen das Fleischnahrungsgewerbe und vor allem sein Gesellenstand stark geschädigt werden, da höhere Zölle Preissteigerungen der Produkte bedingen und letztere wieder zur Vertügerung des Konsums führen. Die letzte Folge solcher Maßnahmen sei aber auch für das Fleischnahrungsgewerbe die Verwendung minderwertigen Materials und die Verminderung der Arbeitsgelegenheit. Man müsse sich deshalb gegen die Ursachen solcher Erscheinungen wenden und Protest erheben gegen die geplanten Zollerhöhungen. Der gleichen Ansicht waren auch die übrigen Versammlungsteilnehmer. Ein weiterer Punkt der Tagesordnung, die Verschmelzung der Berliner Gesellenkorporationen, wurde dahin erledigt, daß den betreffenden Vereinen der Uebertritt in den Centralverband empfohlen und die Beschäftigung verschiedener Wünsche dieser Vereine für spätere Zeit in Aussicht gestellt wurde.

**Der Boeren-Krieg.**

**Zum Konflikt Ritschens mit dem Kriegesamt.**

Die „Ball Mall Gazette“ meldet in ihrer letzten Ausgabe von heute, sie erfahre aus vertrauenswürdiger Quelle, Lord Ritscher finde seine Hände mehr oder weniger gebunden und mache, da ihm nicht gestattet werde, jedes zweckmäßige Mittel zur Vermeidung des Krieges zu versuchen, seine Stellung zum Gegenstande ernstlicher Erwägung. Ritscher wünsche die Verhängung der Todesstrafe über Rebellen anstatt Gefängnisstrafen von geringer Dauer, welche nur zur Ernüchterung des Aufstandes dienen; auch verlange er neue, ausgebildete Truppen und die Verkländigung des Standrechts in Kapstadt und an anderen Orten. Das Blatt meldet im Anschluß hieran, der König habe eine ernste Unterredung mit dem Kriegsminister Brodrick über den Stand der Dinge auf dem Kriegeschauplatz, auch im Hinblick auf die Frage der Rekrutierung und der Verwendung der Heerarmee gehabt. Es sprächen Andeutungen dafür, daß bald durchgreifende, das Heer betreffende Reformen, bekannt gegeben werden; die Arbeit des jetzigen Augenblicks sei die Vorbereitung umfassender Verstärkungen für den Fall des Bedarfs.

**Angriff auf die englische Fortifikationslinie.**

Ritscher meldet vom 27. September: Die Forts Itala und Prospect an der Grenze des Zululandes wurden gestern von den Boeren, angeblich unter Votha, angegriffen. Die Besatzungen der Forts schlugen nach heftigem Widerstande die Boeren zurück und brachten ihnen große Verluste bei.

Die englischen Verluste betragen 1 Toten und 9 Verwundete.

Wie aus Johannesburg gemeldet wird, nahm eine Abteilung britischer Infanterie 30 Mann vom Kommando Cornelius Krüger gefangen und erbeutete zahlreiches Vieh, Proviant und Gewehre.

Nach einer Meldung aus Rustenburg hat Kommandant Delarey seine Vereinigung mit den Kommandos Camps und van Heeren vollzogen. Das auf diese Weise erweiterte Kommando befindet sich 25 Meilen südwestlich der Stadt.

**Letzte Nachrichten und Depeschen.**

**Berlin, 28. September.** (W. Z. V.) Der Tarifausschuß Deutscher Buchdrucker hat heute nachmittag seine Beratungen beendet. Die Gültigkeitsdauer des neuen Tarifs ist wieder auf fünf Jahre festgesetzt.

**Bonn, 28. September.** Der Regierung- und Medizinrat a. D. Dr. Tenholt erklärt in einer Zuschrift an den „Rheinischen Sprecher“ die Meldung, im Gelsenkirchener Leitungswasser seien Typhusbazillen gefunden, für unzutreffend; weder er noch andre hätten solche gefunden. In bakteriologischer und chemischer Beziehung sei keine Veränderung des Wassers, welche auf eine Verunreinigung schließen ließe, wahrgenommen und eine auf diesem Wege stattgehabte Infektion des Leitungswassers sei nicht nachzuweisen.

**Gelsenkirchen, 28. September.** (W. Z. V.) Die Zahl der Typhustranken in den infizierten Bezirken wird auf 1200 geschätzt. In den Krankenhäusern sind alle Räume und Flure mit Betten belegt. Andre Kranke mußten entlassen werden, um Raum für Typhustranke zu schaffen. Der Generalkommandant Münster sowie die umliegenden industriellen Werke sind um Lieferung von Betten ersucht worden. Die Kleinlinderhöfen und Armenhäuser sollen zu Spitälern hergerichtet werden. Das Leitungswasser wird heute desinfiziert.

**Rom, 27. September.** (W. Z. V.) Die „Agenzia Stefani“ teilt folgendes mit: Die bakteriologische Untersuchung im Lazarett von Rijda, welche sich auf alle dort befindlichen Kranken erstreckte, bestätigt, daß es sich um Pest handelt. Jedoch ist weder auf Rijda, noch in Neapel oder anderswo ein neuer Erkrankungsfall vorgekommen. Die Ansteckung bleibt mithin auf die im ersten Augenblick festgestellten 12 Fälle beschränkt. Bei den drei geistern als verdächtig zur Anzeige gebrachten Fällen ist es ausgeschlossen, daß es sich um Pest handelt. Trotzdem wird der Ueberwachungsdienst und die Anwendung der strengsten Maßregeln vorwärtiger Natur mit größter Sorgfalt fortgesetzt. Die Waren im Freihafen werden der Desinfektion unterworfen und teilweise vernichtet. Die Matten werden vertilgt. Die Stadt ist zum Zweck der Reinigung und prompten Anwendung gesundheitlicher Maßnahmen in Zonen geteilt. Die Bevölkerung bleibt fortwährend ruhig. Die Nachrichten, welche die Regierung namentlich aus den Sechtheit erhielt, zeigen, daß die Bevölkerung zu diesen Hilfsmitteln, welche die Wissenschaft für die Bekämpfung der Ausbreitung der Seuche bietet, volles Vertrauen hat.

**Cosenza, 28. September.** (W. Z. V.) Infolge Explosion eines Pulverdeposits im inneren Teile der Stadt Cosenza brach eine große Feuerbrunst aus. 50 Personen sind verwundet, darunter der Waffensabrikant selbst und seine Frau, die sehr schwere Verletzungen davongetragen haben. Das Feuer dauerte um 8 Uhr nachmittags noch an.

**Sierzu 4 Verlegungen u. Unterhaltungsblätter.**

Parteitag der deutschen Socialdemokratie.

2. Teil, den 27. September.

Schluss der Freitag-Sitzung.

(Ausführlicher Bericht.)

Parlamentarischer Bericht.

Wurm

(als Berichterstatter über parlamentarische Thätigkeit fährt fort):

Der hygienische Maximalarbeitstag für die gesundheitschädlichen Betriebe bringt gar nichts Neues, er steht ja schon in der Gewerbeordnung, und es ist nur der Mühseligkeit und Nachlässigkeit der bürgerlichen Parteien zu danken, daß diese Forderung nicht längst verwirklicht ist. Also, es ist ein Irrtum, zu glauben, daß wir hinter dem Centrum zurückbleiben. Nein, wir haben den Antrag gestellt, um das Centrum zu entlasten.

Von anderer Seite ist der Fraktion kein Vorwurf gemacht worden, ein Beweis, daß wir auf dem richtigen Wege sind. Die Vorgänge im Parlament haben gezeigt, wie richtig der Satz unseres Programms ist, daß die Arbeiterklasse sich selbst betreiben muß. Nicht durch das Wohlwollen der herrschenden Klassen erringen wir etwas, sondern nur durch fortgesetzten Kampf. Vor allem gilt es, dem Militarismus und Marinismus den Krieg zu erklären. Seit 1890/91 sind die Ausgaben für Heer und Flotte um 250 Millionen gestiegen. Dazu kommt unsere Kolonialpolitik, die uns einen jährlichen Zuschuß kostet, der fast doppelt so viel wie der gesamte Handel für unsere Kolonien beträgt. Und Sie wissen, zu welchen Experimenten diese Zustände geführt haben. Sie kennen die Expansionspolitik, die der Kapitalismus treibt, um sich neue Absatzwege zu eröffnen. Sie kennen die China-Expedition, die außer den Vorwärts-Vorbeeren nichts gebracht hat als ein paar Orden für diejenigen, die an der Spitze standen, wohl aber dem Volke neue Lasten auferlegt und ein Defizit verursacht hat, wie wir es bisher nicht kannten. Die Folgen werden neue Steuern sein. Und das, obwohl die indirekten Steuern schon in den letzten Jahren kolossal gestiegen sind! Dabei weigert sich die herrschende Klasse, eine Reichseinkommensteuer, die einzig richtige Steuer einzuführen. Leicht erklärlich, denn dann müßten die reichsten Einkommen mindestens mit 1/3 Proz. besteuert werden. Den Millionären würde also eine Steuer auferlegt von mindestens 15 000 M. zu Gunsten des Reiches, und dafür sind die Herren nicht zu haben. So weit reicht ihr Patriotismus nicht.

Während so die Lasten sich immer vermehren, steht die Socialreform unter dem 12 000 Mark - Grafen völlig still. Die Regierung ist abhängig vom Central-Verband deutscher Industrieller. Ramentisch das Centrum, daß sich draußen so sehr seiner Arbeiterfreundlichkeit rühmt, ist es, das hemmend, bremsend und verachtend auf die Socialreform einwirkt. Auf der anderen Seite sehen wir, wie sich ein patriarchalisches Bürgertum breit macht, das nicht nur die Schädigung der Arbeiter herbeiführt, sondern eine große Korruption. Es ist die höchste Zeit, einmal die Wohlfahrtsanstalten des Herrn Krupp zu beleuchten. In seinem Pensionatsstatut findet sich unter anderem die Bestimmung, daß die Beiträge der entlassenen oder freiwillig abgehenden Arbeiter der Kasse verfallen. Es werden aber jährlich 8 000 Arbeiter aus dem Krupp'schen Betriebe entlassen und 200 000 M. Beiträge gehen auf diese Weise den Arbeitern verloren und kommen in den großen Fonds; dann wird nachher so großen Ruhmens gemacht von der Wohlfahrtsfähigkeit Krupps, bis aus den Taschen der Arbeiter bezahlt wird. Leider bieten uns die Gesetze noch keine Handhabe, diesem Treiben ein Ende zu machen.

Die Fraktion hat einmütig gegen das Budget gestimmt, nicht nur weil die Reichseinkommen hauptsächlich auf den indirekten Steuern beruhen, die vorzugswürdig den ärmeren Teil der Bevölkerung belasten, und nicht nur, weil die Socialdemokraten dem kulturfeindlichen Militarismus jeden Mann und jeden Groschen verweigern, sondern auch weil wir durch die Ablehnung des Budgets den grundsätzlichen Gegensatz zum Ausdruck bringen, in dem sich die Arbeiterklasse gegenüber dem kapitalistischen Klassenstaate und seiner Regierung befindet. Das ist der Standpunkt, den die Socialdemokratie im Reichstag immer eingenommen hat, leider aber nicht überall in den Reichsländern, und ich behaupte das auf das tiefste. Ich bin genötigt, darauf näher einzugehen, umsonst, als in den „Socialistischen Monatsheften“, die man ruhig als „Socialistische Manuskripte“ bezeichnen kann (Sehr wahr!), wieder einmal ein Artikel gestanden hat, in dem einer das Bedürfnis fühlt, sich in seiner ganzen Manierung zu zeigen. In diesem Artikel hat Herr Dr. Mitglied des badischen Landtages, eine neue Theorie der Budgetbewilligung aufgestellt, die alles auf den Kopf stellt, was bisher nicht socialdemokratische, nein einfach demokratische Auffassung war. Er lemt nicht das Abc der Demokratie. Er meint, wir müßten das Budget nach dem Prozentfuß von Gut und Böse betrachten, der darin enthalten ist. Er erfindet eine Art Prozent-Budgetbewilligung (Heiterkeit), wie sie bei den Liberalen, Centrum und Konserverativen gilt, Parteien, die auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung stehen. Die Socialdemokratie aber sagt im ersten Teil des Programms, daß sie die heutige Gesellschaftsordnung für ein Unglück hält. (Sehr richtig!) Durch unsere Budget-Verweigerung erklären wir, daß wir mit dem herrschenden System nicht einverstanden sind. Herr Dr. stellt die Dinge geradezu auf den Kopf. Er sagt in den „Socialistischen Monatsheften“: „Werde die Budgetverweigerung gegenüber allen Regierungen von Klassenstaaten auf Grund des Prinzips programmatischer socialdemokratischer Abgeordneten zur Pflicht gemacht, dann wird der ganze zweite Teil des Programms zur Phrase, zur Komödie. Es sei dann höchstens, daß wir uns einbilden, die Regierungen würden so liebendwärtig sein, von uns im Programm aufgestellte und in den Parlamenten beantragte Forderungen mit gegen unsere Stimmen bewilligten Mitteln so lange durchzuführen, bis die ganze Regierungspolitik durch die Selbstlosigkeit der bürgerlichen Parteien und unsere unentwegte Nichtbewilligung von Mitteln schließlich einen socialistischen Charakter erhalte, der es uns ermöglicht, ohne principielle Bedenken für den Etat zu stimmen. Das ist natürlich ein roh zugehauenes und laciriertes Schema, aber es kennzeichnet in groben Zügen den Gang, welchen die Dinge nach den Illusionen der geschworenen Budgetverweigerer nehmen müßten.“

Er meint also, daß wir alle Jugendsünden des zweiten Teils nur dann zu fordern berechtigt sind, wenn wir das Budget bewilligen. Offenbar kennt Herr Dr. die Geschichte der Partei nicht. Wenn wir das Budget auch immer abgelehnt haben, so haben wir doch trotzdem Jahr für Jahr Jugendsünden auf dem Gebiet der Socialreform erzielt. Glauben Sie denn, daß uns mehr gegeben würde, wenn wir uns freiwillig beugten, wenn wir den Kottau vor der Regierung machten. (Heiterkeit und Zustimmung.) Wohin es kommt, wenn man nachgiebig ist, wenn man Rechnungsgütererleißt, das haben wir an dem meist auf seine Opposition so stolzen Centrum gesehen, das jetzt eine reine Jagomaschine ist. Die Budgetverweigerung ist ein integrierender Bestandteil unserer gesamten programmatischen Forderungen. Es ist ein bedauerlicher Mangel an Kenntnis der Parteigeschichte vorhanden. Herr Dr. behauptet, und Artikel in den Monatsheften haben es auch behauptet und dadurch große Verwirrung gestiftet, der auch Jaureß zum Opfer gefallen ist, daß es ein absolut neuer Vorgang war, als die Fraktion dem abgeänderten Invalidengesetz ihre Zustimmung gab. Das ist ein Unfug. Schon 1880 hat die Fraktion einem Lohnbeschlagnahme-gesetz als dem kleineren Uebel ihre Zustimmung gegeben. Wenn wir während des Socialistengesetzes dem Gewerbe-gesetz nicht zugestimmt haben, so hätte das sachliche Gründe. Herr Dr. meint dann weiter, solange

kein Ausnahmengesetz bestünde, lasse sich gegen die Budgetbewilligung nichts einwenden. Er will die Budgetbewilligung zur Regel, und die Ablehnung zur Ausnahme machen. Sie soll erst dann eintreten, wenn wir mit der Bundesregierung traktiert werden. (Sehr gut!) Ich muß sagen, speciell die badische Regierung hat da mehr Charakter bewiesen als der Betreffende, der diesen Grundsatze vertritt. Minister Eisenlohr als Klassenstaatsminister hat 1897 erklärt, die Aufgabe der Regierung sei, die Socialdemokratie zu belämpfen — eine runde und weite Erklärung — und Dresbach stimmte dem auch gegen den Etat. Das nächste Jahr aber stimmte er schon für den Etat (Hört! Hört!), und 1901 macht Herr Dr. daraus schon ein System; die Politik der reinen Negation müsse abgelegt werden. Das ist auch so ein Gespenst, das bei gewissen Leuten immer wieder aufsteht.

Wenn die Zustände so sind, daß wir immer nein sagen müssen, weil das, was uns geboten wird, viel zu wenig ist, wäre das dann eine principiell negative Thätigkeit? Ist die Abwehr von Feinden nicht genau so ein Teil des Kampfes wie jeder andre? Wenn wir nein sagen, so ist das eine ebenso positive Thätigkeit, wie wenn wir ja sagen. Nur diejenigen, die meinen, man müsse den Parteien, die sich für Socialreformer ausgeben, es nicht so schwer machen, mit uns gemeinsam zu gehen, können für die Budgetbewilligung sein. Daß mitunter einzelne Fälle eintreten können, wo die Bewilligung des Budgets erfolgen muß, weil wir das kleinere von zwei Uebeln zu wählen haben, das geht ich zu, das kommt ja auch in der Resolution Bebel zum Ausdruck. Ich erinnere an Hessen, das nur eine Gesamt-Abstimmung über die Einnahmen, nicht über die Ausgaben hat. Der Landtag kann, wenn er will, einen geringeren Steuerfuß beschließen als die Regierung beantragt. Ein solcher Fall ist eingetreten, und da haben unsre Genossen gemäß unserer alten Taktik das kleinere Uebel gewählt und dem Budget zugestimmt, aber sie haben kein Princip daraus gemacht; sie haben, wie wir Sachkenner, z. B. Ulrich, privatim mitteilte, nur in diesem einzelnen Fall, nicht aber principiell für das Budget gestimmt. Herr Dr. aber macht die Ausnahme zur Regel und die Regel zur Ausnahme. Wohin es führt, wenn man gute Miene zum bösen Spiel macht, das zeigt uns der Orden, der Millerand nun doch zugeflogen ist (Sehr gut!), das zeigen uns die Fabians in England, die für den Imperialismus eintreten. Es hat mal geheißen Kanonen für Volksrechte, jetzt heiße es Budgetbewilligung für Volksrechte, und nächsten wird es noch anders heißen. Man verkauft für das Eisen-gesetz des bishigen Socialpolitik die Erstgeburt der Opposition, der bewußten Opposition gegen das System, das uns gegenübersteht. Wir müssen uns auf diesem Paritätstag gründlich damit befassen. Es ist, wie ich gehört habe, ein Plan, die Sache zu verchieben aus Mangel an Zeit, und sie im nächsten Jahre als besonderen Punkt auf die Tagesordnung zu setzen. Ich warne auf das entschiedenste davor, wir dürfen solche Strohstrahlen nicht weiter um sich greifen lassen; böse Beispiele verderben gute Sitten. Wir brauchen nicht in das Ausland zu gehen, auch im Lande haben wir schon sonderbare Blüten erlebt. Im Bergwerks-Revier — einen Namen will ich jetzt nicht nennen — wurde ein Reichstags-Kandidat aufgefodert, am 18. März eine Rede zu halten; er sagte: nein, das kann ich nicht, denn dann bekomme ich keine Stimmen von den indifferenten Verwandten. (Hört! Hört!) Sehen Sie, das ist die Konsequenz der Redaktionsstrategie, daß man die Grundlätze unseres Seins aufgibt, daß aus elender Mandatshascherei man einfach die Principien auf Lumpenhaufen wirft. (Sehr gut!) Nein, wir sind nicht dazu da, mit allen Mitteln nach Wählern zu fischen, und wir danken für solche Wähler! Wir wollen mit offenem Visier kämpfen, als die Socialdemokraten, die wir sind, wir wollen uns nicht in ein Lammfell hüllen und sagen: Rechtetes Publikum fürchte dich nicht, ich bin ja kein Pöbel, ich bin Schindl, der Schreiner! (Sehr gut!). Kein diese Methode wollen wir nicht mimachen. Wir sind, was wir waren, und wenn wir es nicht mehr sind, dann werden wir überhaupt nicht mehr sein. Wir wollen den Protest, mit dem wir geworden sind, was wir jetzt sind, nicht aufgeben, vielleicht doch ein gnädiges Lächeln zu erreichen; dafür danken wir. Bebel hat die höchsten Demonstrationen aus der Resolution geschrien, weil es ganz selbstverständlich ist, daß Socialdemokraten sich daran nicht beteiligen; wenn es aber doch geschieht, dann ist es Sache der Genossen am Ort, das Nötige zu veranlassen. Wir, die Vertreter der so wie bisher revolutionären Socialdemokratie sind, die gegenüber dem Klassenstaat, gegenüber der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ein unversöhnliches Nein haben, werden nicht wanken und weichen von unserem Ziel, das darauf hinausgeht, die kapitalistische Wirtschaftsordnung umzugestalten in eine socialistische.

Von diesem Standpunkt aus bitte ich die Anträge zu betrachten, die zu der parlamentarischen Thätigkeit gestellt sind. Ich kann nicht vorschlagen, sie der Fraktion zur Erwägung zu überweisen; nicht weil jene Anträge nicht wert sind, daß wir sie erwägen, sondern, weil sie einfach von der Fraktion verlangen, etwas zu thun, was sie bereits getan hat. Es ist doch etwas blamabel für uns gegenüber denjenigen, die unsere Thätigkeit im Reichstage nicht kennen, wenn sie sagen: da wird auf dem Parteitag ein Antrag gestellt, die socialdemokratische Fraktion soll daraus hinarbeiten, die Aenderarbeit zu verbieten, die Wählerinnen zu schützen — in Elberfeld hat man sogar verlangt, die Fraktion solle einen Maximalarbeits-tag beantragen, ohne Grenze! Wir sollen das Koalitionsrecht schärfen, fordern sogar ein Berliner Wahlkreis. Ja, was denkt sich eigentlich der 5. Berliner Wahlkreis von der Reichstagsfraktion? Hat sie nicht durch alles, was sie getan hat, das Koalitionsrecht geschädigt? Oder glauben Sie, daß, wenn man noch ein paar Anträge mehr formuliert, die nocher doch nicht zur Verhandlung kommen, das die positivste Thätigkeit wäre? Nein, unsere positivste Thätigkeit besteht darin, daß wir fortgesetzt bei jeder Gelegenheit Kritik üben.

Daß wir bei Besprechung des Gumbinner Prozesses die Zustände in unserem Militärstrafverfahren geißeln werden, ist selbstverständlich, dazu bedarf es keiner Anträge. Aber es ist ein Fehler, wenn man glaubt, daß durch die Befestigung der Militär-Straf-prozessordnung allein schon diese Zustände in Ordnung gebracht sind. Sie sind eine Konsequenz des ganzen militaristischen Systems. (Sehr wahr!) Dieses „In Wehr! Herr Richter!“ ist des Uebels Kern; diese Einschüchterung, die sich bis in das Zivilleben des Soldaten erstreckt; unsere Bedrohung können aus ihren Prozessen von den Soldaten-Bezeugen ein Lied erzählen. Das System müssen wir zu ändern suchen, nicht an Symptomen herumdozieren.

Ich kann im Rahmen der Fraktion versichern, daß unter uns niemals ein Zwiespalt war über das, was wir zu thun haben. Meinungsverschiedenheiten des Einzelnen, gewiß; aber getreu unserem Programm gehen wir einig vorwärts auf der alten Bahn und werden das weiterthun, bis wir das Ziel erreichen. (Lebhafter Beifall.)

Es ist ein Antrag eingegangen, sämtliche Anträge der Reichstags-Fraktion zur Erwägung zu überweisen, soweit sie nicht mit der Budgetbewilligung im Zusammenhang stehen.

Wöhle-Strasbourg begründet den Antrag. Wir können uns die Zeit der Debatte sparen.

Vorsitzender Schwarm: Wer will gegen den Antrag sprechen.

Bebel: Ich protestiere dagegen, daß dieser Antrag jetzt schon zur Abstimmung kommt; es kann dies erst nach Schluß der Diskussion mit den andern Anträgen zusammen gesehen werden. (Zustimmung.) Die Debatte wird eröffnet.

Von den vorliegenden Anträgen werden nur die beiden Resolutionen 104 und 110 genügend unterstützt. Die übrigen Anträge werden also nicht mit zur Debatte gestellt.

Budgetdebatte.

Herr Dr. Drück:

Es handelt sich bei der Frage der Budgetbewilligung nicht um eine Manierung, sondern um das Verfahren der badischen Fraktion seit 1891. Der Weiskopf, das Budget zu bewilligen, ist einseitig gefaßt, meine Begründung wurde von fünf der Kollegen, mit

denen ich darüber sprach, gutgeheißen. Handelt es sich denn um etwas so ganz Neues? Hat nicht in einer viel schümmeren Zeit, unter dem Socialisierungsgeiz, selbst die Reichs-recht in Sachen des Budgets bewilligt? In Frankfurt a. M. haben die Socialdemokraten in ihrer Resolution die Frage als eine reine Zweckmäßig-leistungsfrage bezeichnet. Damals sollte festgelegt werden, daß die Frage keine taktische, sondern eine principielle ist, und deshalb sind wir mit der heutigen Resolution Bebel, wenn das Amendement Baudert dazu angenommen wird, einverstanden. Es kommt vor allem darauf an, eine gewisse Einigkeit zu erzielen, und da die Resolution Bebel die Frage als taktische bezeichnet, können wir für dieselbe in Verbindung mit dem Amendement Baudert ruhig stimmen. Das Amendement ist nötig, weil wir nach der Verfassung keine Instruktionen über unsere Zustimmung von irgend jemand entgegennehmen dürfen. Ich soll nun unsere badischen Verhältnisse so ruhig geschildert haben; aber in Wirklichkeit wird auch hier wieder ein ungezügelter Ausdruck benutzt, um dem, von dem er stammt, einen Knüttel zwischen die Beine zu werfen. Die französischen Genossen haben schon wiederholt für das Budget gestimmt, ebenso die italienischen, während die dänischen Genossen sich entweder der Abstimmung enthalten oder auch dafür, keinesfalls aber dagegen stimmen. Daß die Frage eine taktische ist, beweist auch das in Frankfurt von Stadthagen gefasste Amendement. Unsere Stellung zur Regierung kam in Baden in den Einzelabstimmungen zu Tage, wo wir dem Minister Eisenlohr das Gehalt verweigerten. Wurm spricht von einer Prozentualbewilligung, aber Stamer und auch Bebel haben das in Frankfurt als begrifflich gezeichnet. Bei uns in Baden verhalten sich die Ausgaben, die wir bewilligen können, zu denen, die wir nicht bewilligen konnten, wie 9 zu 1. In der „Neuen Zeit“ wurde die ganze Frage als Charakter-frage bezeichnet. Dieser Ansicht bin ich auch, aber ich glaube, man muß so viel Fond von einem Charakter besitzen, um nicht auf der schiefen Ebene abzugleiten.

Wohle-Stuttgart:

Ich gehe nicht ganz so weit, wie der Redner, aber auch ich stimme der Resolution Bebel zu. Wird die dort vorgezeichnete Taktik uns gehalten, so fürchte ich weder Korruption noch Prostitution. Und durch eine Resolution festzulegen, wie es Rosa Luxemburg will, halte ich für falsch. Daß wir das Reichsbudget wegen des Militärrechts nicht bewilligen können, ist selbstverständlich, aber es sind schon Fälle dagewesen, wo wir Forderungen zwar nicht bewilligen, aber auch nicht direkt verweigern konnten. Ich erinnere an die Mittel zur Kriegesführung 1870/71. Die Vorkassierer haben die Mittel bewilligt, Liebknecht und Bebel haben sich der Abstimmung enthalten, mit vollem Recht, und eine motivierte Erklärung abgegeben. Es ist doch auch möglich, daß es Regierungen giebt, die einmal etwas so Vernünftiges vorschlagen, daß wir es acceptieren können. Rosa Luxemburg sagt, unsere ganze Kritik wird zur Phrase, wenn wir nachher das Budget bewilligen. Denken Sie mal, eine Regierung würde eine vernünftige Eisenbahnpolitik betreiben. Wir alle sind der Meinung, daß das Verkehrswesen ein wichtiges revolutionäres und unsere Bewegung förderndes Element darstellt. Wenn wir nun im Landtage durch unsere Stimmen eine solche Reform zu Fall bringen, dann kann der Spieß umgekehrt und uns mit vollem Recht gefaßt werden, unser Eintreten für Eisenbahnerformen sei auf keine Weise angebracht. Ich würde keinen Genossen, der aus purem Mutwillen für das Budget stimmen würde, Parteigenossen! Wir sind etwas eigentümlich geartet: viel zu viel Zeit verbringen wir mit akademischen Diskussionen. Je größer unsere Partei wird, desto mehr wächst auch die Eigenartigkeit. Bei einer Bewegung von zwei Millionen läßt sich nicht alles unter einen Hut bringen. Schonst gefaßt worden, es sei nicht gut, daß wir so groß geworden sind, es sei besser, wir würden wieder eine kleinere Partei. Wir alten Leute haben nun dreißig Jahre lang alles getan, um die Bewegung vorwärts zu treiben. Und wir sind groß geworden. Wenn wir jetzt wieder klein werden wollten, so würde das heißen, daß wir von weiter ungeheuren Macht keinen Gebrauch zu machen verstehen. Wir sollten nicht so viel spiritisieren. Ich muß dabei immer an Arquel denken, der 1848 einen Freund, der einem Bettler ein Mimosen gab, zurief: Halten Sie doch die Kräfte nicht auf! (Heiterkeit.) Je mehr wir uns mit praktischen Dingen befassen, desto mehr wird die Gefahr schwinden, daß eine andere Machtströmung kommt und uns beiseite wirft. Wir sind bisher immer der Hammer gewesen, lassen Sie uns nicht in Gefahr kommen, vielleicht untergeordneter Dinge wegen zum Ambos zu werden.

Bebel:

Es ist mir unerfindlich, wer unter uns wünscheln könnte, wir sollten wieder eine kleinere Partei werden. Ein so absurder Gedanke ist öfters überhaupt nicht ausgesprochen worden. Es ist auch nicht die Lust am Spiritisieren, an theoretischen Erörterungen, wenn wir uns über diese Frage unterhalten. Diese Debatte haben wir nicht gesucht, sie ist uns aufgezwungen worden. Aber nachdem unsere badischen Abgeordneten eine andre Stellung zum Budget eingenommen haben, als die Sachsen, Bayern und Württemberger, da ist es doch im Interesse der Partei geboten, derartige Widersprüche zu beseitigen und einen Standpunkt zu suchen, von dem aus wir alle gemeinsam arbeiten können. Herr Drück hat die Dinge so dargestellt, als handele es sich bei der Budgetbewilligung gar nicht um ein Princip sondern um eine taktische Frage. Bei dieser Gelegenheit muß ich die Unversöhnlichkeit abweisen, die in einem badischen Parteiblatt begangen worden ist. Das Blatt schreibt, ich weiß nicht, ob Herr Drück der Verfasser ist, (Herr Drück bestreitet es) ich habe es noch nicht behauptet. Die badische Budgetdebatte werde nicht so schlimm ausfallen, dem Bebel hat sich schon genötigt gesehen, keine Resolution zurückzugeben.“

Es ist eine Taktlosigkeit allerersten Ranges, so etwas zu schreiben. Ich habe mich nicht genötigt gesehen, die Resolution zurückzugeben, sondern die hier auf dem Parteitag anwesenden Genossen, die in der Hamburger und Bremer Bürgerschaft sitzen, sind zusammengetreten, haben die Resolution beraten und den Wunsch ausgesprochen, daß eine Form gefunden wird, der sie alle zustimmen könnten. Ich habe dann mit Genossen aus den Landtagen einiger Einzelstaaten gesprochen, und speciell unser Veteran Löwenstein war es, der es für nötig hielt, eine principielle Resolution abzufassen. Dann haben wir uns auf eine Fassung geeinigt, die in ihren ersten beiden Absätzen durchaus principiell ist und keinen Zweifel läßt, wie unsere Genossen zu stimmen haben. (Medner verliest die beiden Absätze seiner Resolution.) Das ist ein durchaus principieller Standpunkt, der sich von dem meiner ersten Resolution nur dadurch unterscheidet, daß die erste Resolution die Gründe des breiteren Auseinanderseht, weshalb sie so stimmen sollen, während ich mich jetzt mit der principiellen Fassung begnüge. Wegen dem dritten Satz hatte ich Bedenken, aber ich habe dann in der Auseinandersetzung den Eindruck gewonnen, daß es allerdings Fälle und Möglichkeiten gebe, wo unsere Genossen in den Landtagen in die Lage versetzt werden können, eine Ausnahme von der Regel zu machen.

Es sieht von vornherein fest, daß die badischen Genossen kraft der in der Resolution ausgesprochenen Grundsätze gegen das Budget stimmen müßten, also einen Versuch begangen haben. Nach meiner Auffassung sind es nur einige wenige Vertreter, für die einmal der letzte Satz der Resolution in Frage kommen könnte. Da man sich doch, wenn man einen solchen Satz vorschlägt, fragen muß, wann könnte das sein, so will ich Ihnen die zwei Fälle anführen, die dabei für mich in Betracht kommen könnten. Der eine Fall, der infolge der eigentümlichen Budgettechnik, die ja nicht überall gleich ist, eintreten kann, und der auch in Hessen bereits eingetreten ist, ist der, daß ein für die Steuerzahler günstiges Budget gefaßt, und ihnen ein ungünstiges aufgehaßt wäre, wenn unsere Genossen nicht dafür gestimmt hätten. Man sieht dann das kleinere Uebel dem größeren vor. Der andre Fall ist folgender: Im Gothaer

Landtag sitzen 9 Genossen von uns und 10 Gegner. Nehmen wir an, nach der nächsten Wahl ist es umgekehrt! Dann verlangen wir doch selbstverständlich, daß unsere Genossen in Anbetracht ihrer Majorität das Budget nach ihrer Auffassung gestalten, und dann müssen sie doch auch dem Budget zustimmen. (Sehr richtig!) Das ist selbstredend. Unsere Genossen in Gotha sind ja auch insofern in einer günstigeren Lage, als die Civilisten auf dem Budget einmüht sind. Das sind also die beiden Fälle, und da habe ich mir allerdings sagen müssen: So weit können wir nicht gehen, daß wir unsingen unter allen Umständen einen Knüttel zwischen die Beine werfen. Ich erinnere an meine Ausführungen in Frankfurt a. M., wo Vollmar und Grillenberger sagten, ich wollte meiner persönlichen Gegnerschaft Ausdruck geben und es auf einen Bruch ankommen lassen. Da erklärte ich: Das ist nicht wahr. Meine Resolution ist so milde wie möglich und deshalb habe ich mich auch gegen die Resolution Luxemburg erklärt.

Kun wäre ja die ganze Frage niemals auf einem deutschen Parteitag zur Erörterung gekommen, wenn wir einen deutschen Einheitsstaat besäßen. Den haben wir unglücklicherweise nicht, wir haben ein paar Duzend Einzelstaaten und freie Städte mit selbstständigem Leben, und für diese ganz verschiedenen Verhältnisse suchen wir einen gemeinsamen Boden zu schaffen. Das ist aber notwendig, denn unsere Partei soll ja eine einheitliche sein, sie muß also auch einheitlich handeln.

Kun hat Fendrich die Abstimmung im badischen Landtage als sehr harmlos hinzustellen beliebt. Vor allem weiß ich nicht — das ist weder aus seinen heutigen Ausführungen, noch aus seinem Artikel in den „Monatsheften“, noch aus den von ihm im Auftrage der Landtagsfraktion bearbeiteten Handbuch für socialdemokratische Landtagswähler hervorgegangen — warum die Genossen im badischen Landtag diesmal anders als früher gehandelt haben. Wenn in irgend einem Lande die ausfallgebendsten Gründe maßgebend sein müßten, gegen das Budget zu stimmen, so vor allem in Baden. (Sehr richtig!) Fendrich sagt selbst in seiner Broschüre, es sei die badische Regierung, die fortgesetzt dagegen ankämpft, das Landtagswahlrecht zu verbessern und das allgemeine Wahlrecht einzuführen. Eine Haupt- und Kardinalforderung! Und ich behaupte, so lange diese Forderung nicht erfüllt ist, können wir niemals ein Budget bewilligen. In Bezug auf das Vereins- und Versammlungsrecht sind die Zustände in Baden so schlecht wie in irgend einem anderen Lande. Das giebt auch die Broschüre von Fendrich zu. Ohne jeden gesetzlichen Grund sind dort 100 000 Reiseblätter konfisziert, werden Versammlungen verboten, wird eine ganze Reihe von Maßnahmen gegen unsere Leute unternommen, werden Gedächtnisfeiern für die Kämpfer von 1848/49 verboten und dergleichen mehr. Mir selbst ist vor einigen Jahren bei Neumühle auf badischem Boden eine Versammlung nicht nur unteragt, sondern es ist auch ein ganzes Heer von Gendarmen aufgeboden, die mit geladenem Gewehr vorgehen sollten, falls sie auf Widerstand stießen. (Zuruf: Ist schon lange her!) Ja, aber der Geist ist noch derselbe.

Geradezu unerhört ist es, daß Fendrich den Verfassungseid als Grund angeht, weshalb man für das Budget stimmen müßte. (Bewegung.) Wenn so etwas maßgebend sein soll, denn hört allerdings alles auf. Wir haben im sächsischen Landtag erklärt: Wir leisten den Eid, wir betrachten ihn als leere Form, wir sind Republikaner und werden uns in unsrer Abstimmung nicht dadurch gebunden halten. (Sehr wahr!) Der Verfassungseid ist ein altes Inventarstück aus den vierziger Jahren, den die Regierungen nach den Revolutionen eingeführt haben, um ihre Existenz sicher zu stellen. Die Reichsverfassung kennt ihn nicht, und wenn heute in einem Staate eine neue Verfassung beschlossen würde, würde niemand mehr solchen Eid fordern, weil man weiß, daß er zwecklos und nutzlos ist. Und da kommt man socialdemokratisch und sagt: wir haben den Eid geleistet und sind deshalb gezwungen, für das Budget zu stimmen, obwohl man früher dagegen gestimmt hat. (Hört! hört!) Aus der Fendrich'schen Broschüre geht hervor, wie sehr das Volksschulwesen in Baden vernachlässigt wird. Aber es geht auch noch ein andres daraus hervor, und deshalb habe ich in meiner Resolution gesagt, daß die socialdemokratischen Vertreter in den gesetzgebenden Körperschaften der Einzelstaaten sich bei ihren Abstimmungen nicht in Widerspruch mit dem Parteiprogramm setzen dürfen. Wenn es ein Budget giebt, daß mit unserem Parteiprogramm im Widerspruch steht, so ist es das badische Kultus-Budget, und da erklärt Fendrich in seiner Broschüre, sie hätten ihrem principieellen Standpunkt dadurch Ausdruck gegeben, daß sie sich der Abstimmung enthalten hätten. (Aufe: Unerhört!) Das steht wörtlich darin. Sie haben nicht mal den Mut gehabt, dagegen zu stimmen. Durch die Unbilligkeit dieser Herren im badischen Landtage sind verschiedene Kirchenforderungen angenommen, die selbst die Liberalen für bedenklich hielten. Sonst wären sie abgelehnt worden. Das ist unerhört. Es ist konstatirt, daß die badische Regierung sich für die Glottensborlage erklärt, daß das Ministerium für die Umfurlvorlage gestimmt hat, und trotz dieser Erklärungen vom Regierungssitz aus bewilligen unsre Genossen das Budget.

Interessant ist, was Fendrich in seiner Broschüre über die Landwirthschaft sagt. Es ist das das Allerschlimmste, was ich jemals von einem Socialdemokraten gelesen habe. Sie erklären, daß Sie mit dem Zweck der bewilligten Mittel nicht einverstanden sind, stimmen aber doch dafür. Weiter ist gesagt, wer gegen das Budget stimmt, der treibe Vandalismus. (Weiterleit.) Vollmar wird sich sehr gewundert haben, wenn er das gelesen hat. (Caucuse Weiterleit.)

In welcher Weise überhaupt der einfachste demokratische Geist bei uns in badischen Genossen in die Wege gegangen ist, das zeigt folgende Thatsache. Das offizielle badische Partei-Organ hat direkt verlangt, daß von oben herunter dem Pr. Luxemburg entgegengetreten werde, es sei hohe Zeit, den Stänkeren ein Ende zu machen. Das ist die Pressefreiheit und die Meinungsfreiheit, wie man sie in Baden aussagt. Würde der böseste Nationalliberaler das fordern, so würde er verhöhnt, aber ein Parteiblatt darf das schreiben, ohne daß ihm die gebührende Antwort zu teil wird. Das war keine Dummheit, das war mehr, das war eine Verhöhnung und Gemeinheit. (Wohlbste Zustimmung.) Es ist weiter Thatsache, daß unsere badischen Genossen auch auf andren Gebieten die eigentümlichsten Seitenstünge gemacht haben. Der Oberbürgermeister von Karlsruhe, Schnegler, ist kein Mann, der sich den Hörs unserer Genossen durch seine Maßnahmen zugezogen hat. Und als vor einigen Jahren die Frage der Gehaltserhöhung aufkam für diesen Mann, dem man nicht einen Pfennig bewilligen sollte, da stimmten unsere Genossen für die Gehaltserhöhung. (Aufe!) Noch mehr! Dieser Herr feierte im Laufe des Sommers sein 50jähriges Jubiläum durch ein Bankett, und unter denen, die auffordern, an der Feier teilzunehmen, findet sich unser Genosse Schreier, Schreiner und Stadtverordneter. (Hört! hört!)

Wie man sonst noch in Bezug auf die principieellen Fragen in Baden denkt, zeige folgendes: Auf dem badischen Parteitag im Februar d. J. äußerte Fendrich: „Wir müssen die Ideale in den Hintergrund stellen, nicht einmal das Wünschenswerthe, sondern nur das Erreichbare erstreben.“ Der Possibilismus in seiner schrecklichsten Gestalt! (Sehr wahr!) Und der Genosse, der jetzt für den Landtag kandidirt, Roth, sagte: „Innerhalb der nächsten zehn Jahre werden wir noch ganz andren Programmballast über Bord werfen: das Wahlrecht der Frauen, die Minimalgrenze des Wahlrechts für männliche Arbeiter.“ Dieser Genosse weiß also nicht einmal, daß die Frage des Frauenwahlrechts in der ganzen Kulturwelt jetzt seinen Urprung hat und in einer ganzen Reihe von Staaten zur Geltung kommt. Er weiß nicht mal, daß in seinem Nachbarstaat Bayern für die Landtagswahlen das 21. Jahr gilt, er weiß nicht, daß für die Kommunalwahlen in Baden selbst das 21. Jahr gilt. Ja, wenn eine solche Rückständigkeit in den selbstverständlichen Forderungen herrscht, über die zu diskutiren keinem Menschen bei irgend einer Programmdebatte eingefallen ist, wenn wir hören, daß unsre Genossen sich solche Blößen geben und derartige Meinungen vor verammeltem Parteitag äußern, dann haben wir allerdings alle Ursache, sie einmal zu zwingen, künftig den Weg zu wandeln, den zu wandeln wir für absolut notwendig halten.

Noch eins: Es ist unter den deutschen Fürsten neben dem Kaiser der Großherzog von Baden, der bei jeder Gelegenheit in der

scharfsten Weise sich bei Festlichkeiten gegen die Socialdemokratie ausspricht. (Sehr richtig!) Ich nehme diesem Herrn natürlich nicht das Recht, das zu thun, ich konstatiere einfach die Thatsache; aber wenn selbst der Landesfürst von diesem Geiste gegen uns beiseit ist, wenn die Regierung durch eine ganze Reihe von Maßnahmen das gleiche dokumentirt, dann ist es nicht nur eine Pflicht, nein, eine Anstands-pflicht der socialdemokratischen Abgeordneten, einer solchen Regierung das Budget zu verweigern. (Sehr richtig!) Es entsteht die Frage: Was soll dann werden? Verdreht Ihr Euch doch nicht den Kopf darüber, Ihr sint, sechs Männer im Landtag! Da haben Eure Vorfahren, die badischen Liberalen, in den dreißiger und vierziger Jahren eine viel radikalere Haltung bewahrt, sie haben unter Rotted und Welter die Fahne des Liberalismus für ganz Deutschland aufgerollt. Weil uns ist es umgekehrt, in Baden kam es gar nicht so früh genug rückwärts gehen durch unsre Parteigenossen. (Die Redezeit ist abgelaufen.) Es fallen mir noch einige andre kompromittierende Dinge ein, ich überhebe, daß die Redezeit abgelaufen ist, und bitte Sie, unter allen Umständen für meine Resolution zu stimmen, aber das Amendement Vaudert abzulehnen, das nur eine Hintertür offen läßt. Von Vaudert habe ich das am wenigsten erwartet. Ja, Sie haben auch für das Budget gestimmt. Wer so viel Preißel von der weimarischen Regierung kriegt, die heute noch alle Verammungen verbietet, und hinterher für das Budget stimmt, der besitzt allerdings eine Charaktereigenschaft, die ich nicht verstehe. (Stürmischer Beifall. Handklatschen.)

#### Vaudert:

Zu den Schlussworten Vebels, habe ich zu erklären, daß in den früheren Jahren, wo ich das zweifelhafteste Vergnügen hatte, allein im Landtage zu sitzen, ich stets gegen das Budget gestimmt habe. Diesmal trat ein eigentümlicher Fall ein, der mich mit meinem Kollegen veranlaßte, wenn ein bestimmter Antrag von dem Landtage angenommen werden würde, wir das Budget bewilligen würden, ohne damit der Regierung irgendwie ein Vertrauensvotum zu erteilen. Wir kamen nicht in diese Lage, da der betreffende Ausschuss schon unfehlbar. Man kommt in eine schwierigeren Lage, wenn man in größerer Zahl in der Körperschaft sitzt, als wie vorher in geringerer Zahl; in Gemeindevertretungen hat schon mancher die Erfahrung gemacht. Ich sehe eine viel schärfere Opposition und ein stärkeres Misstrauensvotum darin, daß man bei der Einzelberatung die einzelnen Positionen in scharfer Weise angreift. Ich habe die Diäten des Bundesbevollmächtigten abgelehnt, weil auf meine ausdrückliche Frage, welche Instruktionen die Regierung ihrem Vertreter gegenüber der Diätenforderung des Reichstages erteilt habe, Schweigen erfolgte. Auf die Begründung der Ablehnung einer Etatsopposition kommt es an, in ihr liegt meiner Ansicht nach der Protest.

**Singer:** Ueber das Amendement Vaudert werde ich nicht sprechen; es kann nicht besser beurteilt werden als es durch Vebel gesprochen ist. Ich spreche zur Resolution Vebel und schließe mich in ihren ersten Sätzen durchaus seiner Meinung an. Die Frage der Gesamtbewilligung des Budgets müssen wir aus dem Gesichtspunkt des Vertrauens zu der Regierung betrachten; allgemein gilt sie als Vertrauensvotum für die Regierung, und daß wir keine Regierung in Deutschland, mag sie sein wo sie wolle, ein Vertrauensvotum zu erteilen Ursache haben, darüber in diesem Saale ein Wort zu verlieren, wäre ganz überflüssig. (Sehr wahr!) Aber ich spreche gegen den Schlussatz der Vebelschen Resolution; er will eine Zustimmung zu dem Budget dann gestatten, wenn ausnahmsweise zwingende Gründe bezw. besondere Verhältnisse vorliegen. Allen den Schäden und Nachteilen, die Vebel Ihnen so beredt und richtig vorgehalten hat, wird durch den Schlussatz Thür und Thor geöffnet. (Vebel: Ist gar kein Gedanke!) — Bewußt, Genosse Vebel! Wer entscheidet denn, was besondere Verhältnisse, was zwingende Gründe sind? Das entscheiden dann diejenigen, die die Abstimmung vorgenommen haben. (Sehr richtig!) Ich bestreite gar nicht, daß einmal ein Fall vorkommen kann, in dem eine Abweichung von der Regel angebracht ist; aber, Genossen, ich denke, wir Socialdemokraten haben oft genug bewiesen, daß wenn Genossen eines Landes oder Landessteils und ihre zureichenden Gründe für ihr Verhalten dargelegt haben, wir sie nicht getadelt oder verurteilt haben. Man warte also ab, ob besondere Verhältnisse vorliegen, ob zwingende Gründe sich ergeben, aber man hat es nicht nötig, vorher bereits festzustellen, daß in solchen Fällen die Budgetbewilligung eintreten kann, gerade weil darin die Gefahr liegt, daß, was wir principieell wollen, dann praktisch mit zwingenden Gründen verteidigt wird, die die Gesamtpartei als solche nicht ansehen kann. Ich bin also der Meinung, daß dieser Zustand eine Gefahr ist für die klare principielle Stellung, die in den Vorderzügen der Resolution ausgesprochen ist und weil ich wünsche, daß der Parteitag durch eine solche Resolution den Genossen in den Einzelstaaten die Richtschnur giebt, deren Ausführung wir im Interesse der Partei für notwendig halten. Deshalb wünsche ich, daß der dritte Teil der Resolution abgelehnt wird. Ich beantrage also getrennte Abstimmung.

#### Reil-Stuttgart:

Ich hätte gewünscht, wir hätten einen Teil der Zeit, die wir in der Literatendebatte vergeuden haben, die den Betreffenden selbst einen Gewinn bereitet hat, für uns aber wenig Erhebendes hatte, für die gegenwärtige Frage verwendet. Es handelt sich um eine Frage der Taktik, nicht bloß um die der Theorie. Wir in Württemberg sind Baden benachbart. Die Verhältnisse bei uns liegen ähnlich, in Württemberg sicherlich nicht reaktionärer als in Baden. (Sehr richtig!) Wir haben gegen die badischen Genossen für das Budget gestimmt, und ihre Abstimmung ist uns schon sehr hinderlich gewesen, noch mehr aber die Begründung, die Fendrich zuerst in dem Handbuch und nachher ausführlicher in den „Socialistischen Monatsheften“ gegeben hat. Wir könnten es uns ersparen, uns selber Knüttel zwischen die Beine zu werfen. Citate aus Fendrich's Artikeln werden von unsren Gegnern ausgenutzt. In unsrem Blatt haben wir noch keine Stellung genommen zu Fendrich, wir hätten sonst vielleicht auch so eine widerliche Debatte heraufbeschworen. Was hat Fendrich nicht alles gesagt. Er hat in seinem Artikel von der Budgetverweigerung gesprochen als von einem formalistischen Modus, von einer revolutionären Ceremonie, von einem conventiellen und völlig wirkungslosen Lustspiel. Von der Justiz sagt Fendrich, daß seit dem Ablauf des Socialistengesetzes von Klassenstaatlichen Auswüchsen der Justiz in Baden keine Rede sein kann. (Fendrich: Das habe ich gar nicht gesagt.) Redner verliest das Citat aus den „Social. Monatsheften“ und fährt fort: Fendrich hat das „Ungeheuer“, daß die badische Justiz in diesen Tagen gerade das Urteil gegen Opificius gefällt hat, dem eine subjektive Schuld soll ihm erst nachgewiesen werden. (Sehr richtig!) und trotzdem hat man ihm — ein unerhörtes Fall — sein Mandat aberkannt. Und da lobt Fendrich die badische Justiz. Und weiter, er lobt, daß unsre badischen Abgeordneten als gleichberechtigt behandelt würden. Das ist doch wirklich der Gipfel der Bescheidenheit für einen Socialdemokraten. Seit wann sollen wir denn Bezahlung leisten dafür, daß uns das natilichste Recht wird. Das sind etwa die kräftigsten Wendungen, die in dem Fendrich'schen Artikel stehen. Sie werden begreifen, daß unsre Gegner sich auf solche Stellen stützen, um sie mit vorguhalten, die wir bei untrer vermeinten Stellung bedauern. Wir haben unsre Justiz, Verwaltung, Steuerwesen, Ministerat, ja auch unsre Eisenbahnerverwaltung auf das heftigste kritirt. Und wir haben mit unsrer Kritik der Einzelforderungen Erfolg im Volke gehabt: überall haben wir Zustimmung geerntet und die Sympathie, die uns das Volk entgegenbringt, ist gewachsen. Diese Sympathie würde schwinden, wenn wir durch die schließliche Zustimmung zum Budget unsrer eignen Kritik ins Gesicht schlagen wollten. (Zustimmung.)

Nun sagt Fendrich: Die Verfassung verbietet es, gegen das Budget zu stimmen, da dürfte er sich überhaupt auf kein Programm wahlen lassen, dann könnte ja auch die Regierung darauf verweisen: Du bist mit einem bestimmten Auftrag hierher gekommen. (Sehr richtig!) Singer erwidert es uns durch seine Bedenken, einen einheitlichen Standpunkt zu gewinnen. Ich bitte ihn, seinen Widerspruch zurückzuziehen. (Beifall.)

#### Stollen:

Das meiste ist durch Vebel erledigt, aber einiges möchte ich zu dieser Frage bemerken, bei der auch ich der Meinung bin, daß es nebenfächlich ist, ob wir aus principieellen oder tactischen Gründen als normalen Standpunkt für uns den betrachten, daß das Budget verweigert wird, an der Hand einer sicheren Nichtsignur. Ich halte die Ablehnung für das normale Verhalten, weil damit bekundet wird, daß der Staat Klassencharakter trägt. Nicht aber deshalb, weil ich unter allen Umständen in der Budgetbewilligung eine Vertrauensvotumgebung sehe. Wenn bei der Budgetberatung unser Standpunkt genügend zum Ausdruck gebracht wird, dann braucht in der Budgetbewilligung keine Vertrauensvotumgebung gesehen werden. Ich bin dafür, daß nur aus zwingenden Gründen der normale Standpunkt verlassen wird. Es giebt aber Fälle, wo das Budget angenommen werden muß, und in diesen Fall werden vielleicht in kurzer Zeit unsre gothaischen Genossen hineingeraten. Wenn unsre Vertreter in Gotha die Mehrheit erlangen, dann können sie das Budget zwar nicht vollständig, aber doch zum großen Teil nach unsren Wünschen gestalten. Eine Resolution könnten sie nicht machen, auch wenn sie die Mehrheit haben und es wollten, weil rund herum preussische Bajonette starren. Wir müssen also mit Verhältnissen rechnen, wo wir für das Budget stimmen müssen. Diese Notwendigkeit war aber in Baden nicht vorhanden, und auch Fendrich hat sie nicht durch den Hinweis auf die Verfassung bewiesen, wonach die Abgeordneten keine Instruktionen annehmen dürfen.

Dem Antrag Vaudert bitte ich nicht zuzustimmen, weil er alle dem, was geschrieben ist, wieder Thür und Thor öffnet. Die Thatsache, daß Fendrich für die Resolution Vebel eingetreten ist, könnte bedenklich erscheinen. Aber ich habe den Eindruck, als wolle er durch sein Eintreten die Resolution Vebel zu Fall bringen. Dadurch könnten einzelne Genossen zu dem Eindruck kommen, die Vebelsche Resolution käme zu sehr dem Standpunkt Fendrich's entgegen. Sollte aus diesem Grunde die Resolution Vebel abgelehnt werden, dann müßte eine schärfere angenommen werden. Mir genügt sie. Deshalb kann ich auch nicht dem Antrag Singer zustimmen. Singer meint, der Absatz im Antrag Vebel, dessen Streichung er beantragt, würde alles Uebel wieder zulassen. Ich muß das entschieden bestreiten. Singer kann nicht bestreiten, daß Fälle eintreten können, wo das Budget von uns bewilligt werden muß. Wenn man das aber voraussetzt, so muß man solche Fälle von vornherein mit bedächtigen. Es geht nicht erst abzuwarten und nachher zu reden. Denn dann haben wir den Streit nachher. (Zustimmung.)

#### Reil:

Die Resolution Vebel ist zu Stande gekommen, nachdem auch ich im Verein mit David und Stollen die Frage besprochen habe. Ich bitte Sie für diese Resolution zu stimmen und gegen den Antrag Singer zu votiren. Stollens Gründe sind durchschlagend. Wenn Sie eine so positive Feststellung, wie Singer will, treffen wollten, dann würde unzweifelhaft das entstehen, was wir jahrelang erlebt haben. Denken Sie an unser Verhalten bei den Stichwahlen. Da lag auch ein Parteitagbeschluss gegen die Verteilung vor, und er wurde fortgesetzt überstreuen. Die Landtags-Abgeordneten der einzelnen Bezirke wären thätlich darauf angewiesen, mit den Genossen des Landes über diese Frage zu diskutieren und nach dem Beschlusse zu handeln. Was die Frage selbst anlangt, so scheint sie mir ohne jeden Grund von der einen Seite absichtlich unterschätzt, von der andern Seite absichtlich aufgebläht zu sein. Bei den Budgets der Kleinstaaten handelt es sich in der Hauptsache um nichts andres, als um die Bewilligung von Geldern, die zur Verwaltung und Organisation notwendig werden. Ich muß Singer wirklich bitten, wenn er so radikal auftritt, auch in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung das Budget zu verweigern. (Zuruf: Wir haben gar kein Budgetrecht.) Wenn wir auf den mehrwürdigen Abstimmungsmodus hinweisen wollten, der es bei uns in Hessen bewirkt, daß wir eine eigentliche Budgetabstimmung nicht haben, dann würde man mir sagen: Ja, alter Freund, das liegt ja in Eurem Finanzgesetz darin, dahinter lausht Du dich nicht verstecken. Dasselbe gilt auch in Berlin. (Widerspruch.) Wir müssen uns wirklich einmal darüber unterhalten, was die Kollegen in den Gemeinden und besonders in Berlin thun. Wenn wir allzumal Säuber sind und des Ruhmes erlangen, dann ist auch Singer ein Säuber und (zu Vurm) auch Sie, edler Freund. (Weiterleit.) Kommt mir nur nicht mit Sophismen. (Aufe: Gehalt für den Großherzog.) Na, und Ihr Berliner. Ihr bewilligt das Gehalt für den Polizeipräsidenten und das Gehalt für die Achtgroßenjungen. (Wohlbste Widerspruch.) Das alles müssen die Berliner bewilligen. (Aufe: Sie kennen ja die preussischen Verwaltungspreise nicht.) Ich verwehre mich dagegen, daß in solchen Abstimmungen wie bei uns irgend welche Zustimmung zum Budget liegt. Unsre Budgetabstimmung geht so mehrwärtig vor sich, daß ich in den 17 Jahren, wo ich Mitglied des heftigen Landtages bin, nur einmal Stellung zum Budget genommen habe. Unser Budget wird Position um Position erledigt. Eine Gesamtabstimmung giebt es bei uns überhaupt nicht. (Aufe: Ihr Glücklichen!) Nachher heißt es im Finanzgesetz: Wir brauchen so und so viel Steuern, und der Coefficient der verschiedenen Steuern wird berechnet. Das ist das reine Rechenzettel. Das eine Mal, wo wir Wert darauf legen, daß die von der Regierung beantragte Steigerung des Steuercoefficienten abgelehnt würde, haben wir bewußt für den Etat gestimmt. Was die Civilisten betrifft, so ist sie durch Vertrag festgelegt. Das frühere Privatvermögen der Fürsten ist in den Besitz des Staates übergegangen.

#### Geyer:

Zunächst erkläre ich meine Uebereinstimmung mit der Auffassung Singers über den Schlussatz in der Resolution Vebel. Er ist mir zu dehnbar; die Genossen in den Einzelstaaten, die das Budget bewilligen wollen, werden immer besondere Verhältnisse und zwingende Gründe vorhanden glauben, besonders da Vebel das Wort von dem kleineren Uebel hat fallen lassen. (Vebel: Das war speciell auf die heftigen Verhältnisse gemünzt.)

Wir haben mit der einen einzigen Ausnahme stets gegen das Budget gestimmt. Man hat uns die größere Reaktion der Regierung und Parteien und auf der andren Seite den größeren Einfluß der Genossen in andren Einzelstaaten entgegengehalten, man müsse die Gegenätze zu mildern suchen. Dies Argument ist das allernachtheiligste, das man sich denken kann; wir leben im Klassenkampf. Die Eisenbahnausgaben, von denen Vlos sprach, sind Etatskapitel; dafür haben wir je nach ihrer Art gestimmt oder sie abgelehnt, hernach aber jedenfalls das Gesamtbudget abgelehnt. Ja, aber wenn z. B. in Gotha die Genossen die Mehrheit haben, dann werden sie doch jedenfalls den Etat in unsrem Sinne zu gestalten suchen, und wenn die Regierung ihn nachher ablehnt, dann tragen nicht wir, sondern die Regierung die Verantwortung.

Wir haben solange in den Landtagen mitgewirkt, daß es eigentlich ersichtlich ist, daß diese Frage trotz des Frankfurter Beschlusses immer wieder an den Parteitag herantritt. Die badischen Genossen scheinen die Partei von ihren Grundgedanken verdrängen zu wollen. (Beifall.)

#### Food-Gotha:

Ich stehe auf dem Standpunkt, daß die Bewilligung des Etats keine principielle, sondern eine tactische Frage ist. Das hat Singer ebenfalls wie die andren zugegeben. Wenn, was das nächste Mal hoffentlich der Fall sein wird, wir in Gotha die Mehrheit haben werden, ist uns die Bewilligung des Etats, den wir dann gestalten werden, von den Rednern hier gehalten worden. Wenn wir das nicht thun wollten, dann bliebe uns ja nichts übrig, als zu erklären, wir lehnen die Beteiligung an der Budgetberatung ab; das wäre aber — verzeihen Sie den Ausdruck — Principienreiterei. Uns hat noch nie ein Genosse gefragt, ob wir das Budget bewilligt haben oder nicht. Ein Fall aus unsrer jüngsten Erfahrung wird Ihnen zeigen, daß man auch ohne die Majorität zu haben, unter Umständen den Etat bewilligen muß. Wir haben eine neue Regierung, die versucht sich mit uns auf einen guten Fuß zu stellen — natürlich nicht um unsrer schönen Augen willen, sondern

weil wir 9 unter 19 Abgeordneten sind. Wir hätten wohl auch diesmal den Etat zu Fall bringen können, weil bei der Haltung des Ministeriums in der Prager Getreidezölle die Agrarier vielleicht gegen das Budget mitgestimmt hätten. Aber was hätten wir damit erg. Ich will Ihnen einmal das vorführen, was wir dieheral mit einer Stärke erreicht haben: die Entscheidung ungeschuldig verweigert nicht nur, sondern auch der ungeschuldig Verworfenheit; eine Gabe-Ausschüttung; eine Erhöhung der Löhne der Demantarbeiter von 1,20 auf 3 M., die in den Etat eingestellt sind; die Willigung von 2000 M. für das Arbeitersekretariat ohne jede Andebingung als der Ueberwachung der unparteilichen Ausübungsberechtigten durch einen Regierungsvorsteher. Wir haben den zum mindesten mässigen Erfolg erreicht, daß unser Vord. Vizepräsident geworden und zugleich auch in den Verwaltungsverwaltung, den ksten Gerichts Hof, auch über die Regierung, gewählt und bestätigt worden ist. Nicht eine einzige Versammlung wird mehr der Polizei überwacht, — alles Angehörige, weil man möchte sich wie eine so starke Macht sind. Diesmal ist der Etat einfach bingert worden, weil ein neues Steuergezet in Vorbereitung ist. Denn wir nun zu unsren Wählern gekommen wären und ihnen gäl hätten, das alles haben wir erreicht, aber dann den Gesetst verweigert, glauben Sie, unsre Wähler hätten ein solches gehalten begriffen? Vergessen Sie nicht, daß wir es nicht mit aufstärten und zielbewußten Berliner oder Hamburger Genossen zu thun haben, sondern mit einer Landbevölkerung, der solche Welterpret unabweislich wären.

Ich bin auch dafür, daß man das Budget ablehnt in Fällen wie in Baden oder Weimar; aber um Umständen geht es nicht. Wenn man hinterher um Indemnität kn mühte, so würde das eine klägliche Rolle spielen.

G:

Ich unterstütze vollkommen die Beschlüsse und die Resolution Bebel, ich kann das, weil ich in ein ungeschuldig Kindlein in Sachen Budgetbewilligung bin — hatte Krankheitsurlaub. Namens der badischen Sozialdemokratie li ich versichern, daß sie keine Neigung hat für diese moderne Wirrwur der Budgetbewilligung; Baden ist ja das Provinzial, nicht nur für die Regierung. In Frankfurt kommt für die Resolution von damals stimmen; damals stami wir unter dem gefährlichsten Einfluß des Sozialistengesetzes, untem Ministerium Eisenlohr konnte man wahrhaftig kein Budget billigen. Die badische Regierung hat keine Begründung dafür begeben, weshalb die sozialdemokratische Fraktion damals so indente so stimmte. Man hat sich damit begnügt, gegen die Sparenerhöhung für den notleidenden Hof zu stimmen; dies alles hätte mich gezwungen, das Budget abzulehnen. Dazu hat in die Petitionen der Eisenbahner statt sie empfehlend der Regierung überweisen, sie in Gemeinschaft mit den bürgerlichen Parteien zur Annahmehahme überwiegen, ein Begräbnis erster Klasse. Ich bin überzeugt, die badischen Genossen werden mit dem Beschluß der Parteitages durchaus einverstanden sein. Man hat mir in Erklärung auf dem Reichstagsparteitag in Sachen der Wahlst verüßelt; es war das nur ein Wort mit dem Jausspäh, ein Wadnung an die Konfusen, daß etwas faul ist in Baden. Sie wie die früheren Zustände wieder her.

**Saverkamp-Beimohaven:**

Ich versuche es nicht, wie Baigenossen es über sich gewinnen können, trotz der von Bebel konstatirten Thatfachen den Regierungsvorstandsboten zu erteilen durch die Staatsbewilligung. Eine jede Einzelregierung ist ja ein Teil der deutschen Gesamtregierung und mit verantwortlich für den vigen Humenkurs. Unsre Abgeordneten sollten die Regierung nicht tag auch wegen der Verhüllung der astronomischen Instramente interpellieren, die auf dem Lloydampfer aus China gommen sind. Wir sollten uns mehr mit theoretischen Fragen beschäftigen, die Gewerkschaftsfragen, die uns zu Tage beschäftigen haben, gehen auf den Gewerkschaftslocher. Den Genossen in den Einzelstaaten muß das Gewissen härst werden, damit sie nicht auf die abschließliche Wabu geraten. Ihnen die Resolution Bebel einstimmig an. Wie man im Klassenrat den Landesetat sozialistisch gestalten kann, begreife ich nicht.

**Eumel-Wilhausen begründeten Schlußantrag.** Die Beschlüsse werden durch die weiteredebatte nicht mehr beeinflusst werden. Wir wollen heute Abend h das Referat Bebel's über die Handelsverträge hören.

**Ehrhart:** Lehnen Sie den Schlußantrag auf jeden Fall ab. Es sind so gravierende Dinge vorgelegt worden, daß es bedauernd wäre, wollte man den Vertretern die Möglichkeit geben, sie zurückzuweisen.

**Wolke-Hurg:**

Ich stehe auf dem Standpunkt der Sozialdemokraten in allen Körperschaften, in denen sie treten sind, das sozialistische Prinzip nicht verlassen dürfen, und ich würde geziehen durch Bewilligung des Budgets an die nationalsozialistischen Regierungen. Nehmen Sie die Resolution Bebel ihrem ganzen Umfange an.

**David-Ing:**

Geel hat Ihnen mitgeteilt, daß in Bezug auf die Budgetbewilligung sich noch im Stande delinquent befindet; aber 1894 war er in Frankfurt bereit, seine Schuld anzugehen. Auch für ihn ist die Unschuld zweidmähligkeit ge (Heiterkeit). ausnahmsweise hält er es für gestattet, aus dem Stande der Unschuld auszutreten. Aber die ganz ausnahmsweise schräg abschleude schiefe Ebene in Baden hat ihn kopflich gemacht. Da ist es doch merkwürdig, daß er, der 1 Jahren Mitglied der badischen Landtagsfraktion war und die Fraktionsbeschlüsse wissen mußte, nicht die Alarmglocke schon in in Bewegung gesetzt, sondern erst des Klappels Bebel bedarf, undorum lehnt er ein Landtagsmandat ab und sieht dort nicht den opportunisten auf die Finger? Auch für die württembergischen Genen ist die Budgetverweigerung nur eine Frage der Taktik; ihrer Zustimmung über das Budget fügen sie ja auch eine Reihe von Gaben bei. (Hört! hört!)

Die Gehaltung der Verhältnisse Gotha wird Ihnen ja allen zu denken gegeben haben. Wenn die Gothaer Genossen im Landtag auch die Mehrheit erhalten, sie werden doch eine Reihe von Positionen nicht ändern können, e gegen die Interessen des Proletariats und gegen unsre Überungen sind, weil sie verfassungsmäßig festgelegt sind. Ein sozialistisches Budget können sie also nicht machen, stummen auch dann für ein Klassenstaats-Budget stimmen. Der Versuch eines Konflikts würde in seiner Konsequenz zu einer Wahlrechtsänderung führen, gerade wie in Sachsen.

Ein Nichtvertrauensvotum bringt in zum Ausdruck bei dem Gehalt des Bundesratsvertreter, der Kaiser, besonders des Staatsministers. Die Parteigenossen und Wer wissen es meistens gar nicht, kein Mensch kümmert sich um ie formale Frage. Die Verhältnisse in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung liegen insofern ganz gleich, als auch die Wiener an Schluß der Budgetberatung sich über die Steuersumme läßig machen müssen, in der sich gewisse Merkmale das Finanzbewilligungsrecht für alle Einzelforderungen befindet; da müßten Sie alles mit Nein stimmen.

Ein Fortschritt zeigt diese Debatte: sie hat doch eine Entwicklung zu verständigeren Ansichten gemacht als in Frankfurt. Damals wollte Bebel auch die Annehmlichkeiten, die ein Antrag Stadtshogen im Auge hatte, nicht zulassen. (Beifall.)

**Frau Zell:**

Ich möchte zunächst zu den Bemerkungen Davids das eine sagen: In der Erklärung unrer württembergischen Landtags-Abgeordneten zur Budgetverweigerung war ganz klar und klar ausgesprochen, daß das Budget sowohl in seinen einzelnen Teilen, wie in seiner Gesamtheit der Ausdruck des Klassencharakters e württembergischen Staates ist. Ich glaube, durch diese Erklärung war die Stellung unrer Genossen genügend gekennzeichnet. Allerdings ist es ein ziemlich wichtiger Vorbehalt, sich darüber zu unterhalten ob die Frage der Budgetbewilligung eine grundsätzliche oder ne taktische ist, und zwar aus einem bestimmten Grunde. Nach unrer Auffassung sind Prinzip

und Taktik nicht etwas durch eine tiefe, unüberbrückbare Kluft Geschiedenes. Unsre Grundsätze hängen nicht hoch oben in den Wolken einer Theorie, während unsre Taktik auf dem Boden der Thatfachen stehen soll. Nein, umgekehrt, unsre Taktik wird durch unsre Grundsätze bedingt und gegeben. (Sehr richtig!) Unsre Taktik ist nicht die Möglichkeit, der Anwendung unrer Grundsätze auszuweichen und sie jeder Zeit unter einem mehr oder minder plausiblen Vorwand über Bord werfen zu können. Nein, unsre Taktik bedingt die möglichste strenge Anwendung unrer Prinzipien. Das Wesen unrer Partei-Auffassung zwingt uns im allgemeinen, in normalen Fällen das Budget als eine Vertrauenshandgebung zu der Politik der jeweiligen Regierung abzulehnen. Dies meint, der Frage komme keine große Bedeutung bei, es sei eine reine Frage der Theorie. Nein, ich will gerade auf Grund der Praxis, nicht auf Grund der Theorie, das Budget verweigern. Die Praxis nötigt uns, eine möglichst einheitliche Pariskroute zu suchen, sie zwingt uns aber noch zu etwas anderem. Gerade wenn wir praktische Politiker sein, wenn wir dem kapitalistischen Staat eine möglichst große Summe von Reformen abzwingen wollen, so ist eine Vorbedingung dafür, das Klassenbewußtsein unter den Massen zu wecken und außerhalb der Parlamente durch die organisierten Massen uns die Macht zu schaffen, die allein im Stande ist, den bürgerlichen Staat unrer Willen aufzuzeigen. Deshalb müssen wir an allem festhalten, was geeignet ist, den tiefen, unüberbrückbaren Gegensatz zwischen uns und der gesamten bürgerlichen Gesellschaft aufzuzeigen, die Kluft zwischen der Sozialdemokratie und dem kapitalistischen Staat zu vergrößern. Mit Rücksicht darauf müssen wir in normalen Fällen das Budget ablehnen.

Nach einige Worte über die Verhältnisse in Baden. Friedrich und seine Freunde machen sich einer Spiegelfechtere schuldig, wenn sie sagen, man konnte das Budget annehmen, weil eine große Zahl von Kulturforderungen darin enthalten sind. Ganz gleich, ob man nachredet, ob ein wenig mehr oder weniger Kultur in diesen Forderungen liegt, das e in e haben wir festzuhalten, daß jeder einzelne Etat des Budgets ein Spiegelbild der kapitalistischen Kultur ist, und diese kapitalistische Kultur bedeutet die Unkultur, die Anedung und Fesselung der Massen. (Beifall.) In dem angeblichen Kulturbudget spielt die Volkshaus die Rolle des Nischenbröckels. (Sehr wahr!) Friedrich sagt, in Baden könne man das Budget bewilligen, denn dort herrsche kein Ausnahmengesetz. Aber ist und dem nicht das allgemeine gleiche Wahlrecht vorenthalten? Und wenn dieses Ausnahmegericht den Charakter des gemeingültigen trägt, um so schlimmer, denn dann kommt ganz unverhüllt der Klassencharakter des badischen Staates darin zum Ausdruck. Und mehr noch, durch die Wahlkreisgeometrie der Regierung wird dies Wahlrecht zum gemeinsamen Unrecht dem Volke gegenüber. (Sehr gut!)

Nehmen Sie den Antrag Bebel einstimmig an ohne die Singsänge Streichung. Wir müssen mit bestimmten Ausnahmen rechnen. Ich beschränke kein Hinterhändchen, keine Sophisterei, ich glaube an die Loyalität der Genossen; gegen Monalität schützt uns auch die feinsinnigste Resolution nicht. Und sollte es doch solche Genossen geben, so ist der Parteitag dazu da, ihnen den Kopf gründlich zu waschen.

Zeigen Sie, daß wir nicht nur die ungemauerte, sondern auch die etzige Sozialdemokratie sind. (Beifall.)

**Ehrhardt:**

Es war mir noch selten schwerer, das Wort zu ergreifen, wie zu diesem Punkt der Tagesordnung. Ich bedauere, daß Bollmar und Dreedbach verhindert sind, hier zu sein. Gerade Wurm sollte nicht mit solcher Schärfe gegen die Budgetbewilliger sprechen. Lesen Sie doch den ersten Abtag der Resolution, wie kam man da einen Unterschied machen zwischen Gemeinde und Staat? Die Gemeinden sind nicht minder ein Fundament des heutigen Klassenstaates, und wenn Sie ihr Budget zu ihrer weiteren Erziehung votieren, so halten Sie auch den heutigen Klassenstaat in seinen Wurzeln in der Gemeindevorstellung. Die Berliner Genossen und speziell Singer, der, wenn es gegen uns geht, der Radikale der Radikalen ist, was thut er in seinem Verla; hat er nicht sogar die Kosten für den Einzug des österreichischen Kaisers bewilligt? (Beifall) Widerspruch und Heiterkeit.)

Bebel hat zwei Fälle genannt, wo wir für das Budget stimmen können. Zunächst um Unglückliches zu vermeiden; wo bleibt da die Konsequenz, im Klassenstaat! Zweitens, wenn wir das Budget nach unsren Ansichten gestaltet haben; ich glaube, derjenige, der das in absehbarer Zeit erwartet, der wird im Parlament im Mund zu Hause sein, aber nicht bei uns. Wenn wir zu drei vierteln in der Landesvertretung sitzen, es wird uns nicht gelingen, ein Budget durchzusetzen, wie wir es wollen; und wenn wir es ablehnen, wird man uns die Klappe vor der Nase zumachen, das Wahlrecht einfach beseitigen.

Ich bin kein Alexander und keiner meiner Parteigenossen im Landtag. Annehmlichkeiten haben wir da nicht; aber wenn sie auf dem Standpunkt stehen, diese Arbeiten gereicht der Partei zum Vorteil, so müssen Sie sie dort arbeiten lassen!

Ich stimme für den Antrag Paubert und im Notfall für den Antrag Bebel — im Schlimmsten zu verhalten. (Heiterkeit). Beurteilen Sie die Fähigkeit der Abgeordneten in den Einzellandtagen nicht nach ihrer Endabstimmung über das Budget.

Ich hätte ja noch auf manches einzugehen, ich kann ja es aber nicht wegen unrer Großgläubers. (Heiterkeit). Geel sagt, die Zustände in Baden sind zur Zuführung auf die Vernichteineri; o nein, Adolph, daran ist der persönliche Krackel schuld, an dem Du nicht unbeteiligt bist; das war schon beim Fall Müdt. Leute, die so alt in der Partei sind, wie Dreedbach, sollten vor solchen Beschuldigungen, wie die von Bebel, geschützt sein, ebenso seine Kollegen im Landtag. Das sieht ja so aus, als ob die Sieben die Stegmaier in einer schärferen Ausgabe wären. (Beifall: Jawohl!) Ich bedauere, daß Bebel hier solche Anschuldigungen vor dem ganzen Parteitag erhebt; in die badische Landesversammlung hätte er gehen sollen, aber hier blamieren wir die ganze Partei. Ich protestiere gegen diese Art, lang verdiente Parteigenossen herabzusetzen.

**Börsing-Hamburg beantragt Schluß der Diskussion.**

**Groth-Roskoff** spricht gegen den Schluß. Irrtümlich ist auch der Antrag 106 für nicht genügend unterstützt erklärt, obgleich er schon 20 Unterchriften hatte. Es ist das der Landarbeiter-Antrag. Der Antragsteller, der mecklenburgische Hofgänger Genosse Eledenicher, steht als nächster Redner auf der Rednerliste.

Der Schlußantrag wird hierauf abgelehnt.

**Zur Landarbeiterfrage.**

**Siebeneicher-Bestenrüge:**

Wir mecklenburgischen Landarbeiter wollen mit unsrem Antrage der Reichstagsfraktion kein Nichtvertrauensvotum erteilen, sondern wollen nur auf unsre so sehr gebückte Lage aufmerksam machen. Die meisten unrer Forderungen sind ja in dem Erfurter Programm viel besser ausgesprochen, als in unsrem Antrage, aber wir möchten gern, daß die Fraktion im Reichstage bei gegebener Gelegenheit für uns eintritt. Wir fordern erens eine wirkliche Krankenversicherung. Bei uns ist sie den Ritterschaften selbst überlassen worden. Der Gutbesitzer giebt Arzt und Apotheker. Wird nun ein Tagelöhner krank oder seine Frau oder das Kind, dann muß er erst auf den Hof gehen und um Erlaubnis fragen, ob der Doktor geholt werden darf, und erst wenn der Herr meint, daß es wirklich Krankheit ist, wird der Arzt geholt; wenn er aber meint, daß der Arbeiter nur aus Faulheit krank ist, dann muß er ohne Arzt bleiben. Auf dem Domanium liegt die Sache so, daß die Freischüler und Wälder, die außerhalb auf Arbeit gehen, von der Dorf-Krankenkasse nicht aufgenommen werden, wenn sie nicht auf dem Domanium selbst arbeiten und von der Ritterschaft auch nicht. Dann fordern wir die Abschaffung der Gesinde-Ordnung, freies Koalitions- und Versammlungsrecht. Bei uns in Mecklenburg dürfen Versammlungen überhaupt nicht abgehalten werden ohne ministerielle Erlaubnis. Wir fordern den Festschlußentag. Im Erfurter Programm steht ja der Achtstundentag, aber wir Landarbeiter müssen noch heut in der

Erntezeit 13 Stunden arbeiten um einen Spottlohn, 1 M. pro Tag außer Kleinigkeiten, 50 Pf. der Schaarwerker, 70—80 Pf. die Frau. Und die Kinder verdienen in 13 Stunden 30—40 Pf. Wir fordern ein Verbot der Kinderarbeit und ein Verbot der Frauenarbeit 8 Wochen vor und nach der Entbindung; die Großstädter werden ja oft auf dem Felde in der Erntezeit die schwere Arbeit der Frauen gesehen haben, wie sie 40—50 Pfd. schwere Garben hoch auflanden müssen, und in solchem Zustande. An Sonnabenden und an Tagen vor den Festen wollen wir um 5 Uhr Feierabend haben; die fremden Arbeiter, die stundenweit nach Hause haben, haben am Sonntag ihre Zwergwirtschaft zu besorgen. Meine Wähler haben mich gebeten, diese Wünsche vorzutragen. Wir Landarbeiter in Mecklenburg denken nicht daran, daß der sozialistische Staat auf einmal herabdrückt; wir wollen durch praktische Reformen allmählich das Ziel erreichen. (Beifall) (Beifall) (Beifall.)

**Fischer-Weimar** beantragt Schluß der Diskussion. Vorher wurde der Schluß abgelehnt, um den Süddeutschen Gelegenheit zur Antwort zu geben. Nach der außerordentlich gehaltreichen Rede Ehrharts (Heiterkeit) sind alle Wünsche erfüllt.

**Wielke-Mannheim** spricht gegen den Schluß. Die schwer angegriffenen Badenfer müßten noch sprechen.

Der Schlußantrag wird angenommen.

Es folgen

**persönliche Bemerkungen.**

**Friedrich:** Es ist unrichtig, daß ich irgendwo die Budgetverweigerung als Blanquismus bezeichnet habe. Die einzige Stelle, die da in Betracht kommen könnte, findet sich in meinem Handbuch. Es heißt da: „Anderer sieht natürlich die Sache, wenn man der Ansicht ist, daß der Staatskassen nicht laufen muß; daß es am besten wäre, die ganze heutige Staats- und Gesellschaftsordnung so rasch als möglich zum Zusammenbruch zu bringen, um dann mit dem Aufbau des sozialistischen Staatswesens zu beginnen. Ueber diese blanquistische Auffassung streiten wir aber nicht. Wie kann man also sagen, ich hätte die Budgetverweigerung Blanquismus genannt? Ebenso muß ich mich gegen den Vorwurf Stolens verwahren, als wollte ich durch die Annahme des Amendements Paubert die Resolution Bebel zu Falle bringen. Unwahr ist es auch, daß ich auf dem badischen Parteitag gefragt haben soll, man müsse die Ideale in den Hintergrund stellen. Bebel füßt sich da auf einen Bericht, der von einem unfähigen jungen Mann her stammt und den ich nicht berichtigt konnte, da ich unmittelbar nach dem Parteitage meines Gesundheitszustandes wegen in die Schweiz reiste. Es ist ferner nicht richtig, daß unsre Enthaltung bei der Abstimmung über den Stimmsetzt dazugeschrieben hätte, daß Kirchenforderungen der Alt-Katholiken bewilligt wurden. Diese Behauptung stammt von dem Centrumblatt in Karlsruhe, ist aber später zurückgenommen. Auf die Parteifreitigkeiten in Baden bin ich abschließlich nicht eingegangen, ich beschränke mich auch jetzt auf die Mitteilung, daß der Beschluß, dem Budget zuzustimmen, in der Fraktion einstimmig gefaßt ist (Hört! hört!) und zwar bei Anwesenheit aller Fraktionsmitglieder. Dreedbach teilt mir mit, daß auch Adolf Geel nicht widersprochen hat. Warum werden solche Vorwürfe hier und nicht auf dem badischen Parteitag erhoben?

**Geel:** Der Vortredner ist im Irrtum. Die Budgetabstimmung war am 28. Mai und Adolf Geel besand sich vom 3. April bis 10. Juli gar nicht in der Kammer, sondern als Einsiedler im Schwarzwald und konnte daher nicht an der Abstimmung teilnehmen. Ich halte also meine Jungfernschaft in der Beziehung aufrecht. Auf dem badischen Parteitag habe ich gegen die Ausführungen des Fraktionsredners prinzipiell Stellung genommen und erklärt, ich bin mit der Taktik nicht einverstanden. Ich habe auch ausgeführt, daß wir in Zukunft wohl noch weitergehen und Anleihen anziehen werden. Leider habe ich nur die Zustimmung eines Redners gefunden. Mit Rücksicht auf die bedrohliche badische Landtagswahl kann ich hier nicht alles sagen, was ich sonst sagen würde. Es ist unrichtig, daß ich mich der Verpflichtung entzogen habe, in den badischen Landtag einzutreten. Ich habe mich bereit erklärt, zu kandidieren, wenn ich die moderne Revisionbewegung nicht mitzumachen, keine Anleihen anzuziehen und nicht für das Budget zu stimmen brauche. Was daraus erfolgt ist, kann ich hier nicht auseinandersetzen. Ich habe das Mandat angenommen, nachher aber meine Kandidatur zurückgezogen. Der Fall Müdt, den Ehrhart in die Debatte wirft, hat nicht zwischen mir, sondern zwischen Dreedbach und Müdt gespielt. In dem Augenblick, wo der Parteitag erklärte, daß Müdt gegen die Prinzipien verstoßen hat, brach ich mit ihm, aber so lange jemand noch nicht in der Partei begraben ist, hat er das Recht wie jeder andre Genosse.

**Bebel:** Daß meine Auffassung, die Ablehnung des Budgets betrachte Friedrich als Blanquismus, richtig ist, beweist die von ihm verlesene Stelle und vor allem die nachfolgenden Sätze: „Die Mitglieder der sozialdemokratischen Landtagsfraktion in Baden anerkennen, abgesehen von einigen kräftigen anderen Gründen, mit ihrem Eintritt in den Landtag und mit Ablegung des Versammlungseides die heutige Verfassung, deren Abänderung sie zwar mit allen gesetzlichen Mitteln anstreben, die sich aber durch einfaches, wenn auch noch so oft wiederholtes Regieren nicht aus der Welt schaffen läßt.“ Von den Alt-Katholiken habe ich kein Wort gesagt, sondern nur erwähnt, daß die badischen Genossen nicht, wie es das Programm vorschreibt, gegen alle Forderungen für Gleichheit und Kirche stimmten, sondern sich der Abstimmung enthielten. Das steht auch in der Friedrichschen Broschüre. (Hört! hört!) Ich habe dann allerdings hinzugefügt, daß in einem Fall ihre Abstimmung dazu beigetragen hat, daß eine Position genehmigt wurde. Das ist die Position für den Alt-Katholizismus, bei der es sich um einige Tausend Mark handelte. Das stand in der Zeitung und wenn es nicht richtig ist, so bedauere ich, daß ich die Entgegnung nicht gelesen habe. Bei meinen weiteren Ausführungen habe ich mich auf das Protokoll über den badischen Parteitag gefüßt. Es ist bedauerlich, daß die Genossen nicht für ein richtiges Protokoll sorgen, aber wenn Niemand im Protokoll steht, so kann doch der, der sich darauf bezieht, nichts dafür. (Sehr wahr!) Daß mir Ehrhart zumutet, auf den badischen Parteitag zu gehen und dort meine Rede zu halten, hat mich am meisten überreicht, ich kann doch unmöglich alle Landesversammlungen besuchen. Das geht nur, wenn ich eingeladen oder vom Vorstand delegiert werde. Beides ist nicht der Fall gewesen. Ich kann auch nicht voraus wissen, was da gesagt wird. Wäre ich erschienen, so hätte man mir vorgeworfen, der Bebel müßt sich wieder ein. Ich werde aber in Zukunft anders verfahren. Ihr werdet Euer blaues Wunder erleben. (Heiterkeit.)

**Friedrich:** Wir waren alle der Meinung, daß Geel in der Fraktionsstimmung, wo wir über die Stellung zum Budget beschlossen, anwesend war. Troy der Erklärung von Geel kann ich meine Behauptung nicht zurücknehmen, ich halte daran fest, verpörrche aber, die Sache in der Presse zu erörtern, denn Geel wird selbstverständlich das größte Interesse daran haben, diesen schweren Vorwurf auch durch Beweise zu entkräften.

**Das Schlußwort hat**

**Wurm:**

Ich bin in der angenehmen Lage festzustellen, daß die Tätigkeit der Reichstagsfraktion von keiner Seite beanstandet worden ist. Der Antrag des Genossen Siebeneicher, der als erster Landarbeiter auf unsren Parteitag hier erschienen ist, wird in Erwägung gezogen werden. Es sind sehr dankenswerte Mitteilungen, die er über die traurige Lage der Hofgänger gemacht hat. (Beifall) (Zustimmung.)

Auf die Angriffe gegen unsre Tätigkeit in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung erwidere ich: 1. Es ist ein Grundvertrauen, daß wir für den Etat der Stadt Berlin jemals gestimmt haben; 2. es ist nicht richtig, daß die Verhältnisse einer Stadt und eines Staates dieselben sind. Ein Staat ist autonom, macht sich die Gesetze selbst, nach denen er sich verhält. Eine Stadt aber verhält sich nach den Gesetzen, die ihr der Staat vorschreibt. Wenn wir über die Stellung in den Gemeinden einmal gesondert diskutieren, so wird das auch sehr nützlich sein, denn ererklicherweise nimmt ja die Zahl unrer Vertreter in den Gemeinden immer mehr zu, und es kommen Fälle vor, in denen sie nicht wissen, wie sie sich zu verhalten haben. Was Ehrhardt über die Berliner gesagt hat,

stimmt leider nicht, so angenehm es Ihnen auch wäre, wenn Sie uns etwas am Zeuge ständen könnten. Ehrhardt ist ja schon belehrt worden, daß er über die Bewilligung der Mittel für den Einzug des österreichischen Kaisers falsch unterrichtet ist. Im Gegenteil, das hat unfremdlicher Gelegenheit gegeben zu einer sehr guten Oppositionsrede. Wir haben keinen Pfennig bewilligt.

Die Befürchtung, die Opposition gegen das Budget könne zur Wahlentziehung führen, unter Hinweis auf Sachsen, ist ganz verkehrt. In Sachsen hat man das Wahlrecht genommen nicht wegen der Budgetverweigerung, sondern weil die Bourgeoisie noch die Macht dazu hatte; sie wird es jedesmal so machen, ob wir für das Budget stimmen oder nicht. Das Amendement Daudert bitte ich abzulehnen. Der Antrag Singers scheidet sehr bestechend aus; er sieht aus, wie eine Verschärfung der Resolution Debel; in Wirklichkeit aber ist er eine Abschwächung. Es heißt in der Resolution: Normalerweise wird das Budget abgelehnt. Wenn nun nichts dahinter kommt, dann ist für nicht normale Fälle Thür und Thor geöffnet. Wenn es aber ausdrücklich heißt: Nur ausnahmungsweise aus zwingenden Gründen, dann wird die Erlaubnis, das Budget anzunehmen, abgeschwächt, und der Protest gegen das Budget selber verschärft. Wir können jetzt, glaube ich, zu einer Entscheidung über diese Frage kommen, hoffentlich werden wir einmal dazu kommen, daß sachliche Dinge sachlich entschieden werden und nicht mehr eine persönliche Spitze bekommen. (Bravo!)

**Die Seemannsordnung.**

**Müller-Hamburg:** Ich habe als Führer der seemannischen Organisation gegenüber den unbegründeten Angriffen der Meeder und ihrer Presse auf unsere Reichstagsfraktion eine Erklärung abzugeben. Die Meeder behaupten, daß die Fraktion bei der Revision der Seemannsordnung weitgehende Ansprüche stellte, um mit ihrer Ablehnung hafteren gehen und Antrieben in der seemannischen Bevölkerung fassen zu können. Ich erkläre, daß die Fraktion bisher im vollen Einvernehmen mit der organisierten seemannischen Bevölkerung gehandelt hat. Ja, ihr Auftreten geht uns noch nicht weit genug.

Es wird abgestimmt.  
Die Resolution Zugemburg ist zurückgezogen, das Amendement Daudert nicht genügend unterstützt. Der Antrag Singers auf Streichung des letzten Satzes der Resolution Debel wird abgelehnt und die Resolution Debel in allen ihren Teilen angenommen.  
Schluß 8 1/4 Uhr.

**Erklärungen.**

Mit Bezug auf die in heutiger Nummer des „Vorwärts“ enthaltene Erklärung des Genossen Ströbel bitte ich folgendes zu veröffentlichen:

Den antwortenden Mitglied der Preßkommission auf dem Parteitag sind die Einzelheiten seiner Zeit in der Preßkommission über den Verurtheilungsvortrag Berliner Socialwissenschaftlichen Verein gepflogenen Erörterungsdurchaus nicht entfallen gewesen, es bestand aber für sie noch: Geschäftsordnung des Parteitags nicht die Möglichkeit, zur Klärung des Sachverhaltes das Wort zu ergreifen.

Lübeck, 27. September 1901 **Albrecht Fülle.**

Um den vielen Anfragen e. den Reihen der Genossen gerecht zu werden, bin ich gezwungen, die Ausführungen des Genossen Auer auf dem Lübecker Parteitag der gestrigen Nummer des „Vorwärts“ zufolge: „ja, die Jimmi sollen sogar, wie mir versichert wird, in ihrer Mehrheit Lokalfisten.“ folgendes zu erwidern: Genosse Auer ist falsch irrtüchlich worden, und will ich der Kürze halber nur die Mitgliederzahl der 2 letzten Jahre beider Organisationen anführen. Nachdem Bericht des Geschäftsleiters der Lokalorganisation vom 1. 1900 zählte der Verein der Zimmerer Berlins und der vom im Jahre 1899 1450 Mitglieder, 1900 1590 Mitglieder. Die Mitgliederzahl der Zahlstellen Berlins und der Vororte des Centralverbandes betrug im Jahre 1899 2054, 1900 2529.

Dieses zur Steuer der Wahrheit. **S. Knüpfer.**

# A. Jandorf & Co.

**Spittelmarkt 16-17**  
Ecke Leipzigerstrasse

**Belle-Alliancestrasse 1-2**  
Am Blücherplatz.

**Gr. Frankfurtertrasse 113**  
Ecke Andreassasse.

## Borstenwaren **Wirtschaftsartikel** Eisenwaren

Borstenbesen . . . . .	Stück	45,70,90,1.10 M.
Handfeger . . . . .	Stück	28,38,45,48 Pf.
Rosshaarbesen . . . . .	Stück	98 Pf. 1.60 M. 2.50 M.
Rosshaarhandfeger	Stück	45, 90 Pf. 1.25 M.
Schrubber . . . . .	Stück	15,18,23,28 Pf.
Scheuerbürsten . . . . .	Stück	6, 10, 18 Pf.
Scheuertücher: . . . . .	Stück	9, 13, 15 Pf.
Teppichhandfeger	Stück	25,28,30,33 Pf.
Closetbürsten. . . . .	Stück	25,28,35,45 Pf.
Abstäuber . . . . .	Stück	38, 42 Pf.
Stahlspäne . . . . .	Pack	18 Pf.
Leitern] . . . . .	Stufe	42 Pf.

Mauerhaken für Zug-Gardinenstang mit Stift und Oese	Paar	7 Pf.
Rolleneisen für Zug-Gardinen . . . . .	Paar	11 Pf.
Zuggardinenstangen	Länge ca. 100 / 140 160 180 cm	Stück 12 18 20 22 Pf.
Ringe . . . . .	25 Stück klein : Pf. gross	5 Pf.
Porzellan-Ringe 1 Loch	1 Pf. Loch 2 Stück	3 Pf.
Porzellan-Quasten für Zugstüre	Stück	4 Pf.
Schnurhalter . . . . .	Stück	4 Pf.
Bildernägel	Größe 1/4 1 1/2 2 2 1/2	Dutzend 3 Pf. 4 Pf. 7 Pf. 8 Pf.
Zangen Marke „Glocke“	No. 6 5 4 3	33 Pf. 38 48 Pf. 60 Pf.
Hammer mit weißem Stiel	12 Pf. 1 Pf. 25 Pf. 48 Pf.	
Hammer mit pollertem Stiel	18 Pf. 2 Pf. 40 Pf. 80 Pf.	

### Drahtstifte, Kammzwecken, Schrauben.

Ein grosser Posten

## gusseiserner Kochgeschirre aussergewöhnlich billig

Schmortöpfe mit Ring	No. 2	3	4	5	6	7	8	9
	60 Pf.	80 Pf.	95 Pf.	1,05 M.	1,20 M.	1,30 M.	1,4 M.	1,50 M.
Bratpfannen	No. 3 1/2	4	4 1/2	5	5 1/2	6	6 1/2	6 3/4
	90 Pf.	1,05 M.	1,15 M.	1,20 M.	1,30 M.	1,40 M.	1,50 M.	2 M.

**Eimer,** emailliert, ca. 28 cm

Stück **73 Pf. 85 Pf.**

**Wasserkessel** emailliert,

**45 Pf. 65 Pf. 95 Pf.**

# CARL ZOBEL

Berlin SO., Köpnickerstrasse 121, Ecke Michaelkirchstrasse.  
Beste Herren- und Knaben-Moden der Gegenwart. Auch für sehr korpolante Figuren die reichste Auswahl. Eleganteste Manufakturierung. Werkstatt im Hause. Sehr billige aber feste Preise. Nur prima Arbeit. Prämiert mit goldenen Medaillen. Katalog gratis und franko.

**Parteitag**

**der deutschen Socialdemokratie.**

(Fortsetzung aus der 1. Beilage.)

Lübeck, den 28. September 1901.

**Vormittags-Sitzung.**

9 1/4 Uhr. Den Vorsitz führt Schwarz.

Singer schlägt vor, im Laufe der ersten zwei Stunden die Vorschläge zur Wahl der neuen Parteileitung beim Bureau einzuzureichen. Die Liste würde dann vormittags gedruckt und verteilt werden, damit die Mandatsprüfungs-Kommission nachmittags die Stimmzettel abnehmen und das Resultat feststellen könne. Auch den Ort des nächsten Parteitages würde es sich empfehlen, mit auf die Liste zu setzen.

Wassnack teilt im Anschluß hieran mit, daß unter den Orten, die sich um die Abhaltung des nächsten Parteitages bewarben, auch Bremen sei. Der Antrag sei rechtzeitig eingereicht und nur durch ein Versehen nicht in die Vorlage aufgenommen.

**Die Zollpolitik.**

**Rebel:**

In Rücksicht auf die weit vorgeschrittene Zeit werde ich mir Beschränkungen auferlegen. Ich kann das um so mehr, als ja Neues nicht viel zu sagen ist und der Gegenstand in der nächsten Zeit ja noch viel erörtert werden wird. Für die neuen Handelsvertrags-Verhandlungen ist ein neuer Generaltarif aufgestellt worden. Seit mehr als zwei Jahrzehnten hat die agrarische Agitation eingeleitet und durch ihre Organisation im Bunde der Landwirte und die sächsischen Bauernbünde einen immensen Einfluß auf die Reichsregierung und die Regierungen der Einzelstaaten erlangt. Andererseits haben die Forderungen der großindustriellen Interessentvertreterungen auf größeren Schutz Beachtung gefunden. Das Zusammenarbeiten dieser beiden Schichten der Bevölkerung hat das ermöglicht. Bei der Festsetzung des jetzt geltenden Posttarifes von 1879 hat das Hoher des Reichstages das Bild einer Börse, einer Stelle, an der Handelsgeschäfte gemacht wurden. Aber damals wagte Fürst Bismarck nur einen Zoll von 50 Pf. für Roggen einzubringen, und erklärte den, der 3 M. Zoll verlangen würde, für verrückt. Nun, dieser Grad von Verdrüsslichkeit wurde sehr bald erreicht. Die agrarische Stimmung wurde immer stärker; und wenn 1892 noch der Führer des Centrums Peter Reichensperger die Aufrechterhaltung eines Roggenzolls von 5 M. für unmöglich erklärte und das Centrum nur einen Zoll von 3,50 M. bewilligte, so hat jetzt der Centrumsführer Dr. Spahn einen Zoll von 6 M. für angemessen erklärt. Das Centrum ist nicht nur gezwungen, einen socialpolitischen Eiertanz aufzuführen, sondern hat auf seine ländlichen Wähler Rücksicht zu nehmen unter dem Druck des Bundes der Landwirte. Auf der andern Seite fordern die Großindustriellen einen erhöhten Schutzzoll. Zweifellos aber beweist gerade der großartige industrielle Aufschwung Deutschlands, daß die Industrie nicht nur überhaupt keinen Schutzzoll bedarf, sondern daß eher eine Ermäßigung der Zölle eintreten muß. Die Großindustriellen wollen einen erhöhten Schutzzoll, um mit seiner Hilfe den deutschen Markt möglichst gegen konkurrierende Industrieprodukte des Auslandes abzuschließen und vermöge der Subsidien und Truffs eine Preisbildung auf dem deutschen Marke zu erzeugen, die ihnen so riesige Profite in die Tasche schießen läßt, daß sie auf der andern Seite die deutschen Produkte zu Schleuderpreisen ins Ausland werfen können.

Wir haben das ja in den letzten Jahren nach den verschiedensten Richtungen erlebt; durch den Schutzzoll auf Eisenbahnmaschinen ist es gelungen, den Preis für den deutschen Bedarf auf eine ganz exorbitante Höhe zu bringen, auf 120 bis 130 M. die Tonne, während das Ausland nur 50 bis 60 M. zu zahlen hat. Ebenfalls ist es ja mit dem Ruder usw. Die Agrarier behaupten nun, bei Abschluß der Handelsverträge 1892 seien sie von den Industriellen über Ohr gehauen worden; um das für diesmal zu verklären, haben sie einen Minimaltarif gefordert und zu allgemeiner Ueberzeugung hat das Reichsamt des Innern diesem Verlangen nachgegeben. So ist denn in dem neuen Tarif ein Minimaltarif von 5 M. für Roggen und von 5,50 M. für Weizen zu Stande gekommen; d. h. unter diese Säge fallen die betreffenden Zölle in den Handelsverträgen nicht heruntergesetzt werden können. Man beruft sich auf den Vorgang Frankreichs; dieses war aber genötigt, unter seinem Minimaltarif Konzessionen zu machen, da sonst ein Vertrag mit einzelnen Staaten nicht zu Stande gekommen wäre.

Wie in Deutschland die Verhältnisse liegen, wo Rußland der Hauptlieferant an Roggen für Deutschland ist, steht fest, daß die russische Regierung unter seinen Umständen auf diesen Zolltag eingegangen wird. Selbst wenn es aber nachgeben sollte, weil es sich sagt, es ist ganz gleich, wie ihr der Zolltag beneht, wirsen Roggen braucht ihr doch, so würde es doch auf jeden Fall die Konzessionen, die es unteren Industrieprodukten gegenüber gemacht hat, zurückziehen. Also auf jeden Fall eine Schädigung. Auch die andern Staaten werden eine ähnliche Stellung wie Rußland einnehmen. In Oesterreich-Ungarn, Italien etc. erhebt sich die allerenergischste Opposition gegen die exorbitante Erhöhung der Zölle auf Agrarprodukte. Die Getreidezölle sind gewissermaßen das Rückgrat. Die übrigen agrarischen Zölle gliedern sich an. Entsprechend der Erhöhung der Getreidezölle ist bei allen übrigen landwirtschaftlichen Erzeugnissen eine starke Steigerung der Zölle im Entwurf des neuen Zolltarifs vorgegeben. Jetzt soll der allgemeine Tarif für Weizen 8,50 M., der Minimaltarif 5,50 M. betragen, der für Roggen 6 bezw. 5 M. für Vieh sollen die Zölle enorm gesteigert werden, für Stiere und Kühe soll er von 9 auf 25 M. pro Stück, für Schweine von 5 auf 10 M. steigen. Für Gänse, die bisher völlig frei waren, soll in Zukunft der Zoll 70 Pf. pro Stück betragen. Und dabei ist es namentlich für uns Nord- und Ostdeutsche eine bekannte Tatsache, daß unsere Hausfrauen mit Sehnsucht der Herbstzeit entgegensehen, wo sie Gänsefleisch kaufen können, weil infolge der Gestaltung des Fleischmarktes in den letzten Jahren das Gänsefleisch noch das billigste ist. (Sehr richtig.) Infolgedessen ist der Konsum von Gänsefleisch in den Großstädten ein ganz kolossaler. Nehmen wir an, daß die marktfähig gewordenen Gänse durchschnittlich 6-8 Pfund wiegen, so bedeutet der Zoll von 70 Pfennig eine Verteuerung um 10-12 Pfennig pro Pfund. Hierbei muß man aber festhalten, daß es bei der bloßen Erhöhung der Preise durch den Zoll nicht bleibt; der Kaufmann, der mit einem bestimmten Umsatz in den vergrößerten Artikeln zu rechnen hat, sagt sich: Dadurch, daß die Preise gestiegen sind und mein Kapitalaufwand sich gesteigert hat, muß ich eine entsprechende Verminderung des Kapitals und eine entsprechende Erhöhung des Gewinnes haben. Es kann ja sein, daß der Zolltag für gewisse Artikel so exorbitant ist, daß der Händler das nicht kann, weil sonst der Konsum zu sehr zurückgehen würde, er würde dann, wo es angeht, geringere Qualitäten liefern; aber die Wahrscheinlichkeit dieser Verteuerung ist vorhanden. Ebenso ist es mit der Verteuerung aller andern Agrarprodukte, z. B. für Weizen, Gerste, Raps. Soweit also unsere Vertragsstaaten nicht für die Einfuhr von Roggen und Weizen in Frage kommen, können sie für diese Agrarprodukte in Frage und hierfür besonders Oesterreich-Ungarn. Dieses würde sich auf das entschiedenste gegen solche Zollserhöhungen sträuben und die dortigen agrarischen Interessenten ihre Regierung zwingen, einen Handelsvertrag mit Deutschland dann nur unter Bedingungen zu schließen, durch die Deutschland auf andrem Gebiete, insbesondere auf industriellen, geschädigt wird. Da kommt vor allem auch der Getreidezoll in Frage, ebenso wie bei Italien; man denke nicht, der geringe Zoll auf das einzelne Ei fällt nicht so sehr ins Gewicht; dazu kommen noch die bedeutenden Kosten der Emballage in Betracht. Die Schweiz ist mit der Einfuhr von Käse und Butter ungeheuer interessiert.

Es wird also dreierlei eintreten: eine sehr erhebliche Verteuerung der notwendigen Lebensmittel, eine Schädigung der Arbeiterschaft durch die Schädigung der Exportindustrie und eine politische Isolierung Deutschlands. Ich vertrete auf die Kreuzungen Rubinus. Der Dreibund wird durch eine solche Zollpolitik erschüttert. Werden die Dreibundstaaten in ihren wirtschaftlichen Verhältnissen schwer geschädigt, dann erkalten auch die politischen Beziehungen.

Die Agrarier thun nun freilich so, als könnten sie auch mit den vorgeschlagenen Erhöhungen noch nicht auskommen. Sie verlangen noch höhere Getreidezölle, noch höhere Viehzölle. Auch die agrarischen Produkte, die bisher mit Zöllen nicht belegt waren, weil sie höchstens einige Meilen weit transportiert werden können, da sie sonst verderben, bei denen also eine Konkurrenz des Auslandes ausgeschlossen ist, sollen, das verlangen die Agrarier, mit hohen Zöllen belegt werden. Der Milchzoll soll mit 5 M. pro Doppelcentner bemessen werden. Der Maltzoll auf 12 M. festgelegt werden, während diese Zölle im Tarifentwurf der Regierung nicht vorgesehen waren. Obst, Kartoffeln usw. sollen entweder mit bedeutenden Zöllen neu belegt oder die bestehenden Zölle erheblich erhöht werden. Man kommt zu diesen schamlosen, exorbitanten Forderungen, um den gegenwärtigen Tarif durchzusetzen. Diese Taktik ist durchsichtig; ich bin überzeugt, sie werden schließlich für den gegenwärtig vorgelegten Tarif stimmen. Das beweist aber, was erst zu erwarten ist, wenn die Agrarier in noch höherem Maße als bisher die Macht bekommen haben werden.

Nun begründen die Agrarier ihre Forderungen damit, daß sie behaupten, unter der Herrschaft der gegenwärtigen Handelsverträge habe sich die Lage der Landwirtschaft bis zur Existenzunmöglichkeit verschlechtert. Den Beweis dafür sind sie schuldig geblieben. Die Zahl der Substationen auf ländliche Grundstücke hat in den letzten Jahren nicht zu, sondern abgenommen. Die Bodenpreise sind überall, mit Ausnahme ganz vorläufiger Gegenden, gestiegen, es ist also, wenn nicht eine Verbesserung, zum mindesten doch keine Verschlechterung eingetreten. Ich behaupte aber, es ist eine Verbesserung eingetreten; einmal durch die Schutzzoll-Entlastung an sich, und zweitens durch die großartige Unterfütterung, die der Landwirtschaft in den letzten Jahren in einer Weise zu teil geworden ist, wie keiner andern Klasse der Bevölkerung. (Sehr richtig!) Man spricht so viel von der Hilfe, die die Arbeiterklasse durch die Socialreform erfahren hat; wie wir darüber denken, brauche ich auch nicht zu sagen. Aber zweifellos übersteigt das, was der Landwirtschaft namentlich in Preußen zugewiesen ist an materiellen Vorteilen weit weit das, was den Arbeitern zugewiesen ist. (Sehr wahr!) Es ist die Grundsteuer für das platte Land erlassen, es sind dem Lande große Zuschüsse zu den Volksschulskosten in weit höherem Maße als den Städten zugewiesen, es sind Zuschüsse für Schulneubauten, Zuschüsse für Lehrer und Lehrerinnen auf dem Lande, Pensionszuschüsse für Lehrer und Lehrerinnen auf dem Lande gewährt, das Eisenbahngelände in den verlassenen Provinzen ist in ganz bedeutendem Maße erwehrt worden. Die Frachttarife der landwirtschaftlichen Produkte, insbesondere für Dünger, sind ermäßigt, Hilfsleistungen für Meliorationen sind eingetreten, es ist die Central-Genossenschaftskasse mit einem Staatskredit von 50 Millionen gegründet, das landwirtschaftliche Bildungswesen ist gefördert worden. Es ist ferner bestimmt worden, daß, soweit die Staatsbehörden Lebensmittel einzukaufen haben, sie möglichst den Handel umgehen und direkt bei den landwirtschaftlichen Genossenschaften und Großgrundbesitzern einkaufen sollen, um diesen den Vorteil zuzuwenden. Es sind das also ganz gewaltige Summen, die da flüssig gemacht worden sind für die Agrarier. In Sachen hat das ländliche Genossenschaftswesen einen Staatskredit von 5 Millionen erhalten, in einem Lande, in dem die landwirtschaftliche Bevölkerung nur 15 Proz. beträgt, und wo die Arbeiter-Konsumvereine durch Umsatzzinsen getroffen werden.

Dazu kommt, was das Reich für die Agrarier gethan hat. Da stoßen wir auf eine lange Reihe solcher Maßnahmen: Die Brauntwein- und Fuderliebesgabe, das Margarine- und das Fleischschonungsgesetz, die Aufhebung des Identitätsnachweises, für Getreide die Verschärfung der Zollkredite für Getreidemähdern, die Aufhebung der Transilager. Kurz, es sind Maßregeln der einschneidendsten Art, die auf die materielle Lage der Landwirtschaft fördernd gewirkt haben: so daß es eine unverkäufliche Behauptung ist, die Lage der Landwirtschaft habe sich verschlechtert und zwar in solchem Grade, daß wenn Handelsverträge auf derselben Basis abgeschlossen werden sollten, die Landwirtschaft notwendig dem Ruin entgegengehe.

Unre Gegner werfen der Socialdemokratie vor, daß sie viel- fach übertriebene. Marx hat bereits in der Vorrede zum „Kapital“ darauf hingewiesen, daß eine genaue Untersuchung den Beweis erbringen würde, daß die Lage unserer Arbeiterschaft in weitem Maße unter der der englischen steht. Die Untersuchungen der Kommission für Arbeiterstatistik haben, so sehr man ihre Thätigkeit eingeschränkt hat, ergeben, daß in allen Berufen, in denen Ermittlungen stattgefunden haben, unsere Angaben sich noch als zu richtig herausgestellt haben. Keine Agitation ist so demagogisch, aufreizend, übertrieben, wie die der Agrarier. Dazu kommen die erheblichen Vorteile, die durch Affociationen und Truffs erzielt worden sind, durch den Zundering, den Spiritusring. Ein Gebiet nach dem andern wird in den nächsten Jahren von der Ringbildung erobert werden. Alle die kleinen Vorteile, die die Konsumvereine für die Arbeiterbevölkerung haben, werden aufgehoben durch die landwirtschaftlichen Genossenschaften und die damit verbundene Ringbildung. Ich habe gewiß nichts gegen die Genossenschaften. Aber wenn sich die Agrarier mit ihrer ganzen wirtschaftlichen Macht auf dieses Gebiet werfen, dann werden wir Dinge erleben, Parteigenossen, daß die Augen übergehen. (Lebhafte Zustimmung.) Der Milchring hat die maßlose Unverschämtheit befallen, einen Aufruf an die Landwirte mit den Worten zu schließen: Gott wird uns weiter helfen. (Hört! hört!) Wenn jemals von Leuten, die auf ihren Glauben sich berufen, eine Blasphemie begangen worden ist, dann ist es diese. (Lebhafte Zustimmung.) Ich kann mir nichts Schlimmeres denken, als wenn diese Leute sich auf Gott berufen, als wenn sie das arme Volk noch mehr ausbeuten wollen. (Lebhafte Zustimmung.) Etwas Unverschämteres, Schamloseres, Keck- rüchzigeres giebt es nicht. Aber diese Verurteilung zeigt uns deutlich, wozu diese Leute die Religion gebrauchen, wozu sie ihnen dienen soll. (Lebhafte Beifall.)

Aber nicht nur die Arbeiterklasse, auch der Mittelstand wird diese agrarische Agitation zu kosten bekommen. Hat der Löwe einmal Blut geleckt, dann frist er weiter. Man wird nicht nur den Milchhandel, sondern auch den Milch-, Butter- und Käsehandel zu monopolisieren trachten. (Sehr richtig.) Man wird Genossenschaftsmähdern und Wädereien gründen. Das ist alles ganz schön, aber diese genossenschaftlichen Organisationen werden nicht etwa dazu dienen, dem Volke billigere Lebensmittel zu verschaffen, nein, sie werden die Lebensmittel verteuern. (Lebhafte Zustimmung.)

Wenn die Agrarier von ihrer Notlage sprechen, dann muß man sich einmal ihren äußeren Habitus ansehen. Gehen Sie einmal in eine Volkssammlung bei Koller und sehen Sie sich dann einmal die Generalsammlung des Bundes der Landwirte bei Wusch an. Dort meistens schmale und angehungerte Gestalten, hier Leute, von denen keiner unter 200 Pfund wiegt! (Große Heiterkeit.) Ich habe mir die Gesellschaft beim Ausgange aus dem Hiesigen Busch daraufhin einmal besonders angesehen. Jeder von ihnen strotzt von Gesundheit und nimmt es an Kraft mit zwei, drei-Proletariaten an. Dieser Einfluß der Agrarier wäre unmöglich, wenn sie nicht begünstigt würden durch die Wahlgesetze bei den Landtagswahlen, durch ihren socialen Einfluß und durch die Unterstützung der Regierung bei den Reichstagswahlen. Wir werden durch die agrarische Gefahr aufs äußerste bedroht. Doch giebt es die Möglichkeit, daß wir vor dem Zerbrechen bewahrt bleiben.

Wie die extreme Schutzzollpolitik auf die andern Staaten wirkt, sehen wir in Nordamerika. Es ist kennzeichnend, daß Mc Kinley, der

Hauptrepräsentant der Schutzzollpolitik, wenige Tage vor seinem Tode erklärte, die Schutzzollpolitik sei in Amerika nicht mehr nötig, die Industrie habe dort eine solche Entwicklung erlebt, daß man diese Schutzzollpolitik aufgeben könne. Das ist gewissermaßen das Testament Mc Kinleys; der Schutzzöllnerische Staat der Welt ist durch die Schutzzollpolitik überflüssig und muß seinen Expansions- bedürfnis jetzt Rechnung tragen.

Die gegenwärtige Krise mit ihrer Einschränkung der Konsum- fähigkeit der Bevölkerung und dem größeren Bedürfnis nach Absatz für die Produktion macht Handelsverträge jetzt noch notwendiger als sonst. Unsere Großindustrie nimmt jetzt eine andre Stellung ein als noch vor einem Jahr, sie erklärt sich jetzt scharf gegen den Doppel- tarif, weil dieser das Zustandekommen von Handelsverträgen ge- fährdet.

Nicht nur die Großindustriellen, sondern auch die Arbeiter brauchen Handelsverträge. Vor einigen Wochen ging durch die Presse die Nachricht, daß der preussische Handelsminister, der „lange Rössler“, wie man ihn scherzweise nennt, in einer Rede ausgesprochen habe, die deutsche Industrie könne ohne mächtigen Export nicht leben, denn sie ernähre 10 Millionen Arbeiter — das ist nicht wahr, ich bin auch überzeugt, er hat das nicht gesagt, dazu kennt er die Verhältnisse zu genau. Wir haben ja überhaupt keine 10 Millionen Industriearbeiter, sondern nur 8-8 1/2 Millionen. Aber zweifellos ist, daß 1 1/2-2 Millionen Industriearbeiter von der Ausfuhr leben und daß, wenn diese in der gegenwärtigen Krise auch noch durch eine verkehrte Handelspolitik zum Teil arbeitslos gemacht werden, während der andre Teil infolge der Konkurrenz ihrer eignen Kollegen, die doch leben wollen und sich deshalb zu niedrigeren Löhnen anbieten, aufs schwerste geschädelt wird, dann für den inneren Markt in der nächsten Zeit die Absatz- verhältnisse so ungünstig wie nur möglich werden. (Sehr wahr!) Und wir brauchen nicht bloß Handelsverträge, wir brauchen auch langfristige Handelsverträge. Kein Unternehmer, kein Kauf- mann kann seine geschäftlichen Dispositionen treffen, wenn er der Gefahr ausgesetzt ist, daß nach 2, 3 Jahren die Handelspolitik eine andre wird, und alle seine Erfolge in Frage gestellt werden. Insofern sind zweifellos die Interessen der Unternehmer und Arbeiter in gewisser Beziehung solidarisch. Wir brauchen langfristige Handels- verträge sowohl mit Rücksicht auf die sociale Lage der Arbeiter, als auch insbesondere, weil sonst die agrarische Agitation gar kein Ende nimmt, weil immer und immer wieder von neuem die ganze Agitation darauf gerichtet werden wird, erhöhte Lebensmittelpreise durchzuführen. Darunter aber leidet das ganze wirtschaftliche Leben im höchsten Grade.

Von diesen Gesichtspunkten aus, die gar nicht bestritten werden können, die jeder Staatsmann als selbstverständlich anerkennen muß, ist es geradezu unbegreiflich, wie der jetzt uns vorliegende Tarif- entwurf überhaupt hat gemacht werden können. „Die Zukunft Deutschlands liegt auf dem Wasser!“ Das ist ein Ausspruch, der von keinem Socialdemokraten stammt. (Sehr gut!) Dieser Ausspruch besagt aber, wir haben den freien Verkehr mit fremden Völkern, der durch das Meer gefördert wird, nötig, weil wir sonst als große industrielle Nation auf die Dauer nicht existieren können. Wenn diese Ansicht in den höchsten Stellen, und zwar in einem Maße, wie ich es gar nicht teile, vorhanden ist, — dem so steht es nicht, daß von der See- oder Wasserherrschaft die Zukunft Deutschlands allein zu erwarten ist — aber wenn man diese Ansicht hat, und wenn ich so der Mann wäre, der sie hat, und die nötige Macht besäße, wist Ihr, was ich thäte? Ja würde die Verfasser dieses Tarifentwurfs ohne weiteres mit einem Fuß- tritt zur Thür hinausschleusen. (Sehr gut!) Denn das Ansehen Deutschlands, die Interessen Deutschlands, die inneren wie die äußeren, werden dadurch in geradezu unerhörter Weise bloßgestellt. (Sehr wahr!) Ich behaupte, daß wir in den ganzen 30 Jahren seit Gründung des Reiches noch niemals einen gereizterischen Akt vor uns gehabt haben, der in solchem Maße alle Klassen der Gesellschaft, alle Interessenschichten so gegen einander bringt und aufregt, wie dieser Entwurf. Es ist eine Fülle von Aufregung, Erregung, Haß und Bitterkeit in weiten Kreisen des Volkes durch den Entwurf ent- standen, und man kann wohl sagen, wenn es die Absicht war, von Grund aus die Grundlagen des ganzen Reichs zu erschüttern, dann hat es dieser Entwurf fertig gebracht, nicht allein nach innen, sondern auch nach außen.

Lesen Sie einmal die ausländischen Zeitungen. Mit England haben wir einen Handelsverkehr von 1000 Millionen jährlich. In England ist seit Jahren — wie das made in Germany beweist — die Erregung in industriellen Kreisen gegen die deutsche Konkurrenz sehr groß. Kommt nun dazu die Zollserhöhung bei uns, dann muß die schutzöllnerische Strömung in England einflußreicher werden, und hat sie die Macht, dann ist das ein Schlag für unsere wirtschaftlichen Verhältnisse, wie er schwerer nicht gedacht werden kann. Freuen sich die Franzosen über unsere Zolltarif, denn es heißt, unter der Herr- schaft desselben den von uns ihm abgenommenen Markt wieder zu gewinnen.

Diese Politik, die künstlich maßgebend sein soll, die die schwersten Schädigungen für die Arbeiterklasse bringt, dann aber auch für den größeren Teil unserer Bevölkerung überhaupt, der ja beinahe ausschließlich von Handel, Industrie und Gewerbe und nicht von der Landwirtschaft lebt, steht in dem schneidendsten Widerspruch zu unsrer See- und Weltpolitik, unsrer Flotten- und Kolonialpolitik, zu unsrer Chinapolitik, deren eigentlicher Zweck doch war, China unserem Handel zu verschließen. Und während wir diesen Heißzug gegen China gemacht haben, werden wir selber zu Chinesen, errichten wir eine chinesische Mauer um uns. Die Zoll- und Handelspolitik beruht auf Gegenseitigkeit. Gewiß, niemals kann es eine Zoll- und Handelspolitik geben, die nicht für irgend eine Schicht der Be- völkerung ungünstig ist; das muß man in den Kauf nehmen. Worauf es aber ankommt, ist, daß die ungeheure Mehrheit der Nation Vorteil von dieser Handelspolitik hat. Den Industriellen glaubte man einem jeden das Glück mit den Zöllen des Tarifs ins Haus zu bringen, und aus allen Branchen kommen jetzt die Klagen über diesen Tarif, weil auch diese Unternehmer schwer geschädigt werden würden. Das Centrum wird mit seiner Mittelpolitik sein blaues Wunder erleben. Der Vachem hat schon gesagt, der Zolltarif wird als Sprengpulver wirken, und er wird recht haben. Das Centrum wird mit seiner spiegelbildlichen Politik in die Schliche geben, denn ideale Interessen haben ausgespielt, es kommen nur die nackten materiellen Interessen in Frage.

Geschädigt werden also in erster Linie die Arbeiter werden. Die Konsumartikel werden verteuert, die Löhne gedrückt; und wie der Staat, der die Musterbetriebe beschaffen wollte, darüber denkt, das beweist der Erlaß des Ministers v. Thielen, der seine Bedenken ausdrücklich anweist, dem infolge der Krise entstehenden Ueberangebot der Arbeiter durch Herabsetzung der Löhne Rechnung zu tragen; wenn das der Vater Staat thut, werden die Industriellen natürlich nicht zurückbleiben. Das Kapital wird in letzter Linie nicht geschädigt. Wenn die Groß- industrie unter den künftigen Handelsverträgen nicht prosperiert, dann wandert das Kapital aus und gründet im Auslande Konkurrenz- fabriken. Das ist schon früher so gemacht worden. So hat sich die deutsche Textilindustrie in Rußisch-Polen angeheftet. Deutsche Werk- zeuge sind hindübergenommen worden und sie haben die fremden Arbeiter dressiert.

Die gewaltige Zunahme unsres Handelsverkehrs in den Jahren von 1894-1901 zeigt den Nutzen der Handelsverträge: die Einfuhr ist um 1500 Millionen, die Ausfuhr um 1600 Millionen Mark gewachsen, zusammen also um die genaue Summe von 3000 Mill. Mark. Ich kann auf diese Dinge jetzt nicht weiter eingehen. Soweit steht fest: es kann keinem Zweifel unterliegen, welche Stellung wir dieser ganzen Sachlage gegenüber einnehmen müssen. Alle unsre Kräfte müssen aufgeboten werden für die Agitation gegen die Getreidezölle und Aufregung, ja ich sage das Wort: Aufregung in die Massen zu

bringen. Denn das verdient dieser Entwurf. Bis ins entfernteste Dorf, bis in die letzte Familie muß die Agitation getragen werden, um diesem ungeheuerlichen Attentat gegen das deutsche Volk zu begegnen! (Lebhafte Zustimmung!) Ganz besonders aber müssen wir es uns zur Aufgabe machen, die uns noch fernstehenden Arbeiter, die christlichen Arbeiter, die Anhänger des Centrums aufzuklären über den Entwurf und die Haltung des Centrums. (Sehr richtig!) Wir müssen hinweisen auf die Redeaussagen, die dem Reich und den Kommunen durch die Verteuerung der Lebensmittel entstehen durch die Verletzung der Budgets für die Krankenhäuser, Siechenanstalten, Gefängnisse, die Versorgung des Militärs usw. Daß es gerade das christliche Centrum ist, das den Protzwucher macht, jene Partei, die auf dem Boden des neuen Testaments stehen will, das die schärfsten Worte gegen den Wucher enthält, jene Partei, die, wenn Christus jetzt wieder käme, zuerst von ihm aus dem Tempel gejagt würde als Föllner und Sünder (Lebhafte Beifall), das ist die Ironie der Geschichte.

Thun wir unsere Pflicht. Unsere Stimmen fallen ins Gewicht. Wenn wir alle unsere Schuldigkeit thun, dann hoffe ich, daß es uns gelingt, dieses schamlose Attentat auf das Volk beiseite zu werfen. (Lebhafte Beifall und Händeklatschen.)

**Riesell-Verlin** beantragt, von einer Diskussion abzusehen. Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.  
Die **Resolution Bebel** (siehe Nr. 22 des „Vorwärts“) gelangt hierauf zur einstimmigen Annahme.  
(Schluß im Hauptblatt.)

## Tokales.

### Die unschuldigen „Milchbauern“.

Je näher der Zeitpunkt heranrückt, an dem der Milchkrieg zu offenem Ausbruch kommen muß, desto heftiger wird von den in der Berliner Milchzentrale geneigten mälkischen „Milchbauern“ um die Gunst der Berliner Bevölkerung gerungen. Auf den Herrgott allein — das weiß auch ein „Milchbauer“ — ist in einer so heißen Sache doch am Ende kein rechter Verlaß. Diese Milchverteuerer würden auf dessen Bundesgenossenschaft gern verzichten, wenn es ihnen gelänge, die Hausfrauen Berlins für sich zu gewinnen.

Durch die Veröffentlichungen, die von der Milchzentrale ausgehen, durch alle Anrufe, mit denen sie sich an das konsumierende Publikum wenden, klingt als Grundton immer wieder die Versicherung hindurch: Wir mälkischen Milchbauern sind die unschuldigsten Leute von der Welt, wir wollen keine Verteuerung der Milch; die wahren Milchverteuerer sind die Berliner Milchhändler. Um das Publikum gegen die Milchhändler einzunehmen, hat man dreist behauptet, daß die 13 1/2 Pf., die die „Milchbauern“ sich fortan für das Liter von den Händlern bezahlen lassen wollen, gerade nur die Selbstkosten der Milchproduktion decken würden, hat man andererseits den Eindruck zu erwecken gesucht, daß der Aufschlag von 6 1/2 Pf., der sich bei einem Ladenpreis von 20 Pf. pro Liter ergibt, umgeschmälert als Reingewinn in die Taschen des Händlers fliehe. Daß der Händler noch mancherlei nicht unbeträchtliche Geschäftskosten hat, daß er einen Laden bezahlen muß, für den Transport der Milch von Bahnhof sorgen muß, daß überdies bei dem üblichen Jugabewesen für 20 Pfg. nicht 1 Liter, sondern etwa 1 1/5 Liter, also 1 Liter für knapp 18 Pfennig gegeben werden muß — alles das wird von den „Milchbauern“ wohlweislich verschwiegen.

Es ist möglich, daß sich unter den Konsumenten vereinzelt Dumme finden, die auf diese echt agrarische Beweisführung hineinfallen und sie gläubig nachbeten. Die Mehrzahl der Berliner Bevölkerung aber, und vor allem die Arbeiterbevölkerung, wird wissen, was davon zu halten ist. Sie wird auch die Versicherung, daß die Milchzentrale keine Verteuerung der Milch beabsichtigt, zu wärtigen wissen. Wir haben bereits mehrfach gezeigt, daß die vertraulich geäußerten Absichten der Milchringführer in krassestem Gegensatz zu dem stehen, was von dieser Seite aus öffentlich erklärt und verprochen wird. Gelingt es den mälkischen Milchbauern, die Milchhändler Berlins zu unterwerfen, so bringen oder mit den eigenen Verkaufsstellen der Milchzentrale in Berlin festen Fuß zu fassen und so den Zwischenhandel auszuschalten, so wird, wie man zu sagen pflegt, das dicke Ende sehr bald ankommen. Wir haben sonst für den Zwischenhandel nicht viel Sympathien übrig, aber in diesem Falle würde seine Vertreibung der Berliner Bevölkerung nicht Nutzen, sondern Schaden bringen, weil sie den „Milchbauern“ das erstrebte einseitige Preisbestimmungsrecht sicherte und ihnen die Konsumenten auf Gnade oder Ungnade auslieferte.

Hinter der unschuldigen Miene, mit der die mälkischen „Milchbauern“ vor die Berliner hintreten, verbergen sich dieselben Wuchergelüste, die wir aus den Protzwörterungsbestrebungen der Agrarier ja hinreichend kennen. Der Milchverteuerung laßt die Berliner Bevölkerung auf eigene Faust wehren, wenn sie fest zusammensteht, keinen Tropfen Ringmilch kaufen und bei etwa eintretendem Milchmangel lieber ihren Milchverbrauch eine Zeitlang einschränkt, als daß sie für die Läden der Milchzentrale läuft.

### Was wird der Oktoberumzug bringen?

Die Tage des Umzuges sind wieder da, des großen Oktoberumzuges, der alljährlich in Berlin eine Viertelmillion Menschen aus ihrem bisherigen Heim aufsucht. Was wird uns diesmal der Oktoberumzug bringen? Werden sich die traurigen Zustände wiederholen, die wir im Oktober vorigen Jahres erlebt haben, jener gewaltige Ansturm wohnungslos gewordener Familien auf das städtische Obdach, der noch in der Erinnerung ist? Oder wird, wie im April dieses Jahres, so auch jetzt die Obdachlosigkeit auf einem kleineren Kreis als damals beschränkt bleiben?

Zu dem einen wie in dem anderen Falle wird zweifellos auch diesmal wieder der Versuch gemacht werden, das Vorhandensein einer eigentlichen Wohnungsnot abzuleugnen. Hausbesitzer und städtische Verwaltung gehen in dieser Beziehung Hand in Hand. Beide haben ja auch ein gleich lebhaftes Interesse daran, daß die Bevölkerung über den Umfang der Wohnungsnot möglichst im Unklaren bleibt. Die städtischen Behörden, der Magistrat wie die freiwillige Wehrheit der Stadtverordnetenversammlung, wollen eine Verpflichtung der Stadtgemeinde, in wirklich durchgreifender Weise für Beseitigung des Wohnungsmangels und Besserung der Wohnungsverhältnisse zu sorgen, nicht anerkennen. Die Hausbesitzer aber erklären sich gegen eine solche Forderung, schon mit Rücksicht auf ihren Vorteil, und sie wissen den Einfluß auf die Gemeindeverwaltung, den sie auf Grund eines längst veralteten Vorrechts immer noch besitzen, in diesem Sinne auszunutzen.

Der Magistrat beabsichtigt, die Vorkagenerstraße zwischen Frankfurter Allee und Vorkagenerstraße, die alte Landstraße zwischen Berlin und Rummelsburg, zu verbreitern und zu diesem Zweck fünfzehn verschiedene Flächen zu erwerben. Elf von diesen Flächen liegen auf der nordöstlichen und der West auf der südwestlichen Seite der Straße, die eine durchgehende Breite von 17,5 Meter besitzt und auf 22,6 Meter verbreitert werden soll. Die Flächen sollen freihändig zu einem Durchschnittspreis von 25 M. pro Quadratmeter erworben werden. Die Stadtverordneten werden

nun ersucht, sich mit dem Erwerb einverstanden zu erklären und die Entschädigungen für die Gaultigkeiten, die abgerissen und erzeugt werden müssen, zu bewilligen.

Bei den Verhandlungen über den Ankauf des forstfiskalischen Geländes (Wuhlsheid) an der Oberspreewald im Gutsbezirk Köpenicker Forst war die Größe von etwa 45 Hektar angenommen worden. Bei der Vermessung hat sich herausgestellt, daß der Flächeninhalt annähernd 55 Hektar beträgt. Da der Preis auf 10 M. pro Viertelmeter bemessen worden ist, so würde der Kaufpreis von 4 1/2 Millionen Mark natürlich weit überschritten werden. Durch neue Verhandlungen mit dem Fiskus hat sich dieser bereit erklärt, nur rund 50 Hektar abzutreten. Der Magistrat ersucht nun die Stadtverordneten, sich damit einverstanden zu erklären, den höheren Preis bis zu rund 5 Millionen Mark zu zahlen.

Die Genossenschafts-Schlächtereien soll in nächster Zeit in Berlin errichtet werden. Praktisch gefasste Personen, die auch gleichzeitig Mitglieder der Gesellenorganisation sind, haben hierzu die Initiative ergriffen. Man glaubt auf diese Weise noch im Beruf thätige Kollegen, die sich in unabhängiger Existenz befinden, für die Gesellenbewegung besser engagieren zu können. Auch soll das Unternehmen unter Umständen gemäßigten Kollegen wieder Arbeitsgelegenheit bieten. Die Vorarbeiten zu dieser Gründung sind jedoch bis zur Zeit noch nicht zum Abschluß gebracht, so daß man erst noch abwarten muß, was die fernere Entwicklung dieser Angelegenheit bringt.

Und noch ein Konflikt mit der Krone? Das „Berliner Tageblatt“ schreibt: „Der Einspruch des Kaisers gegen die Aufstellung des Märchenbrunnens ist um so bemerkenswerter, als gleichzeitig gemeldet wird, daß der Kaiser auch die Genehmigung zu den Plänen für den Neubau der Mantuffel-Brücke abgelehnt hat. Wie verlautet, sollen auch verschiedene andre Neubauten, die die Stadt Berlin plant, auf ähnliche Schwierigkeiten stoßen sein.“

Die **Krankenkasse Brüderstraße 10**, die wegen notwendiger Ausbesserungen während sechs Wochen geschlossen war, hat jetzt ihren Betrieb wieder eröffnet.

Zum **Milchriege**. In unsrer gestrige Entgegnung auf die Anzählungen des Herrn Ernst Ring-Düppel hat sich ein Versehen ereignet, das sachkundigen Lesern wohl schon als solches aufgefallen sein dürfte. Nach den Mitteilungen eines Milchhändlers in der Versammlung in Moabit soll Herr Ring erklärt haben, er wolle eine Herabsetzung des politisch vorgeschriebenen Minimalfettgehalts von 2,7 auf 2,5 Proz. (nicht wie gedruckt war auf 2,7 Proz.) beantragen. Unser Ersuchen um Aufklärung an Herrn Ring bleibt hierdurch unberührt.

**Mälkische Bauern**, wollt Ihr Euch das gefallen lassen? Und wird die konservative Partei einen solchen Mann noch ferner in ihren Reihen dulden? Diese schwerwiegende Frage wird von berufener Seite, nämlich von der „Staats. Ztg.“ erhoben. Erstaunt werden die Leser fragen, oder etwa ein neuer Hammerstein die heiligen Gefühle der „mit Gott“ für Vaterland und Lebensmittelmangel kämpfenden Partei verletzt hat. Ganz so schlimm ist die Sache zwar nicht, aber immer noch schlimm genug. Denn der Mann, der aus der konservativen Partei stiegen soll, ist kein anderer als der Oberanführer des Milchriege, Herr Oberonimmann Ring und das Verbreden, das ihm vorgeworfen wird, besteht darin, daß er im Vorwärts und nicht in der Staatsbürger-Zeitung eine Annonce erlassen hat. Es wäre allerdings die einfachste Lösung der Milchrieges-Wirren, wenn die „mälkischen Bauern“ nach dem Rezept des Antisemitentablatts ihren eigenen Führer an die frische Luft setzen würden!

Eine **unliebsame Ueberraschung** wurde dem Redacteur Robert Kusterlich, dem Herausgeber der Zeitschrift „Der deutsche Kaufmann“, bei seiner Rückkehr aus der Sommerfrische bereitet. Er beschäftigt seit zwei Jahren einen 26 Jahre alten Oskar Löw, der sich Journalist und Specialberichterstatter der „Neuen freien Presse“ nannte. Da er sich bisher bewährt hatte, so übertrug ihm A. die Leitung seines Blattes, als er am 1. Juli in die Sommerfrische ging. Als Kusterlich vor einigen Tagen nach Berlin zurückkehrte, überrannte ihn ein bei Verwandten von ihm angestelltes junges Mädchen, das mit Löw ein Liebesverhältnis unterhalten hatte, mit der Nachricht, daß ihr Geliebter sich seit einigen Tagen nicht mehr habe sehen lassen. Nichts Gutes ahnend, machte er sich nun an die Durchsicht seiner Wohnung und fand seine Befürchtung bestätigt. Löw hatte den Schreibtisch erbrochen, den Schlüssel zum Schrank heraus entnommen, eine Zimmertür mit einem Nachschlüssel und dann den Schrank mit dem richtigen Schlüssel geöffnet. Mit dem sauberen Vertrauensmann waren ein halbes Dutzend silberne Messer, Gabeln und Löffel, ein Kästchen mit dem Schmuck der Frau A. und Wertpapiere verschwunden. Wie die Ermittlungen ergeben, hatte Löw die Wertpapiere schon am 9. d. Mts. zu Geld gemacht. Außerdem ist im ganzen um 12 000 M. geschädigt worden. Von dem Flüchtigen hat man noch keine Spur gefunden.

Die **Fabrikarbeiterin Marie Hendry** geb. Koczwinacz aus Radersdorf, die dort, wie wir mitteilten, im Wohnstübchen alten Rentner Doderich durch einen Messersich in den Rücken lödete, ist gestern nach Berlin gebracht und in der Neuen Charité untergebracht worden.

Durch **einen schrecklichen Unfall** sind die Schneider Kupfleichen Eheleute, Neue Hofstr. 18, eines Kindes beraubt worden. Frau Kupfle war am Donnerstagnachmittag mit Waschen beschäftigt. Ihre beiden Kinder Alara und Marie, 3 und 1 Jahr alt, waren bei ihr. Als sie einen Kessel mit kochendem Wasser vom Feuer nahm, sah sie, daß die kleine Marie auf einen Stuhl zu klettern versuchte, stellte daher den Kessel rasch auf den Fußboden und lief nach dem Fenster. Im selben Augenblick aber kam die dreijährige Alara an den Kessel, stürzte rucklings hinein und fiel mit ihm um. Au Rücken und Brust entsetzlich verbrüht, wurde die Kleine mit einer Droschke nach dem Kaiser und Kaiserin-Friedrich-Krankenhaus gebracht. Hier starb sie.

**Strafensperrung**. Die Straßburgerstraße von der Meyer- bis zur Vorkagenerstraße wird behufs Umplasterung vom 3. d. M. bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

**Feuerbericht**. Sonnabendnachmittag kam Kurfürstenstraße 45 in der Glühlampenfabrik von Herr durch Kurzschluß der elektrischen Leitung ein Schadenfeuer aus, welches Werkzeuge und Maschinenapparate einschloß und die Wehr längere Zeit beschäftigte. Eine Betriebsstörung findet nicht statt. Vorher hatte die Wehr in der Viehmannstraße 1 zu thun, wo in der Räucherkommer einer Schlächtereier ein Brand entstanden war, der mit einem Hohe abgelöscht werden mußte. Ein größerer Schaden an Fleisch und Wurstwaren wurde erstört.

### Aus den Nachbarorten.

Eine **Mallée** zum Besten der Glas- und Tabakarbeiter veranstaltet das Gewerkschaftsamt heute mittag in Lanfers Festhöl, Bergstr. 151/152. Des guten Zweckes halber wird auf zahlreichen Besuch dieser interessanten Veranstaltung gerechnet.

**Neu-Weihensee**. Die Gemeindevertretung beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung mit der Regulierung der Bürgersteige an der König-Chaussee. In Ermangelung einer geeigneten Handhabe, die für die Häuser- und Grundbesitzer dieser Straße zur Aufbesserung der Fußwege heranzuziehen, wurde die Herstellung auf Kosten der Gemeinde beschlossen, die Adjazenten sollen nur die Hälfte der Kosten hierzu beitragen. Zur Errichtung einer elektrischen Kraftstation seitens der Gemeinde soll zunächst Material über den Umfang des Verbrauchs von elektrischer Kraft gesammelt werden. Die hierzu eingesetzte Kommission soll in Gemeinschaft mit der Beleuchtungskommission arbeiten. Letzterer gehört von unserer Seite der Genosse L a u b m a n n an. — An die Einführung eines Einheitspreises für Gas kann zur Zeit nicht gedacht werden, da die Gemeinde an den bis 1908 laufenden Vertrag mit der Imperial-Gas-Association gebunden ist, und diese Gesellschaft jede Gelegenheit wahr-

nimmt, ihre Position der Gemeinde gegenüber günstiger zu gestalten. Der Einführung des Einheitspreises wollte die Gesellschaft zustimmen, wenn im Verträge mit der Gemeinde ein neuer Paragraph folgenden Inhalts Aufnahme finden würde: „Die Gemeinde verpflichtet sich, die Entwicklung der Gesellschaft zu fördern zu helfen.“ Der Referent hierzu bemerkte ganz richtig, daß durch Annahme eines solchen Antrages sich die Gemeinde der Gesellschaft mit Haut und Haaren überließere; niemals könne die Gemeinde später daran denken, selbstständig auf diesem Gebiete etwas zu unternehmen. — Die hiesige katholische Kirchengemeinde hat das Sterbegeld eines Verstorbenen in ihren Säckel gesteckt, die Kosten für die Beerdigung desselben aber die politische Gemeinde Neu-Weihensee bezahlen lassen. Die Vertretung beschloß gegen die Kirchengemeinde auf Herausgabe des Sterbegeldes zu klagen. — Die Kosten für die Vergrößerung der Sieschen-Parade in der Schönstraße betragen nach einem Vorschlage 23 000 M. Zur Prüfung des Vorschlages sowie zum Ankauf eines Grundstücks hierzu wurde eine besondere Kommission eingesetzt.

Ein **Vorfall**, der dringend der Aufklärung bedarf, heißt kürzlich in Veelitz bei Potsdam zugetragen. Der jährliche Sohn des Pagers Schielde wurde von einem beladenen, vom Eigentümer selbst geführten Wagen des Aderbürgers Kaay aus Veelitz überfahren und starb an den Folgen dieses Unfalles. Nach der Festsetzung des Termins zur Beerdigung ließ die Staatsanwaltschaft die Leiche zur gerichtsarztlichen Öffnung beschlagnahmen. Die Eltern widersetzten sich in keiner Weise, weil sie ein Interesse daran hatten, die Todesursache festgestellt zu sehen. Zwei Tage darauf erhielt der Vater die Benachrichtigung, daß die Leiche freigegeben sei und der Beerdigung nichts mehr im Wege stehe. Die Leidtragenden, welche die Leiche wieder aufgebahrt wählten, waren entrüstet, als sie diese in einem Zustande fanden, den man als skandalös bezeichnen muß. Das Kind lag noch auf der Bohle, auf der die Obduktion vorgenommen worden war, nur mit dem blutigen Hemd bedeckt, von unten bis oben mit Blut und Urat besudelt. Bei dem Beginnen, der Leiche ein reines Hemd anzuziehen, mußte sie ein wenig hochgehoben werden und da stellte sich heraus, daß diese wohl wieder zugenäht worden war, doch hatte man vergessen, die Eingeweide dem Körper einzuverleiben. Man kann sich denken, daß unter diesen Umständen die Stimmung der Trauergefolgenschaft äußerst gedrückt war. Der Vater hat Beschwerde beim Bürgermeister erhoben, und die eingeleitete Untersuchung wird ergeben, ob an diesem Vorfall der Arzt oder der bei der Obduktion beschäftigte Hilfsarbeiter die Schuld trägt.

**Wilmersdorf**. Ueber das Thema „Wohin steuern wir?“ spricht Genosse Adolf Hoffmann Mittwochabend in einer vom Wohlverei bei Witte, Berlinerstr. 40, veranstalteten Vereinsversammlung. Gäste sind willkommen.

**Pankow**. Hinter verschlossenen Türen, das heißt in geheimer Sitzung, wurde in letzter Gemeindevorsteher-Sitzung nochmals über den Antrag verhandelt, der die Abholung sämtlicher direkten Staats- und Kommunalsteuern durch Gemeindebeamte fordert. Der Gemeindevorstand hob hervor, daß fast sämtliche Vorortgemeinden die Steuern aus den Wohnungen der Steuerzahler abholen lassen. Pankow ist der einzige Ort, welcher trotz seiner 25 000 Einwohner und großer räumlicher Ausdehnung seinen Steuerzahlern das Opfer auferlegt, die Steuern an bestimmten Tagen nach dem Amte zu bringen. Genosse Klingenberg beantragte, bei Abholung des Antrages auf Abholung der Steuern eine heizbare Halle zu bauen und den Leuten, welche Stundenlang auf dem Hofe warten müßten, einen Schutz im Winter zu bieten. Der Fabrikant Wientke gefiel sich in allerhand Geschlampfe auf die Arbeiter, welche die wenigsten oder überhaupt keine Steuern bezahlten. Der Herr scheint zu vergessen, daß seine Arbeiter ihn erst in Stand setzen, höhere Steuern zahlen zu können. Nach einer heftigen Debatte wurde in namentlicher Abstimmung bei gleichem Stimmenverhältnis der Antrag angenommen, da der Amtsvorsteher als Ausschlaggebender für die Abholung der Steuern eintret.

Von **welcher grauenhaften Rückständigkeit das Künstler-tum** bezeugt ist, lehrt eine Meldung der „Spandauer Korrespondenz“: In der unverständlichen Haltung der Handwerksmeister ist in Fürstenaue im Kreise Ludow der von der Behörde verfolgte Plan, daselbst die Errichtung einer gewerblichen Fortbildungsschule zu bewerkstelligen, gescheitert. Die Stadtverordneten-Versammlung, in welcher der Handwerksstand stark vertreten ist, hat sich in ihrer Mehrheit mit großer Entschiedenheit gegen die Fortbildungsschule ausgesprochen und die Sache zu Falle gebracht. Man erklärte unter andern, daß der achtjährige Besuch der Volksschule für die Bildung eines Lehrlings ausreichen müsse, und daß man am besten auf die Einstellung eines Knaben verzichte, der während der Schulzeit nicht genügend für sein Handwerk gelernt habe.

Natürlich wird hier wie immer bei den Künstlern außer der Feindschaft gegen die Fortbildung an sich die Angst, daß ein paar Arbeitsstunden in der Woche verloren gehen könnten, das maßgebende Motiv gewesen sein. Leider können die Herren sich auch auf die Reichshauptstadt berufen. Auf dem dritten allgemeinen Städtecongreß der hier-Ende Januar d. J. abgehaltenen Parteitag, waren die Vertreter Berlins, natürlich mit Ausnahme unseres Parteigenossen Singer, die einzigen, die der proletarischen Jugend das Recht auf Fortbildung nicht sichern wollten und sich durch ihre Gegnerhaft gegen die obligatorische Fortbildungsschule blamierten.

**Aus der Spandauer Stadtverordneten-Versammlung**. Vor Eintritt in die Tagesordnung giebt der Stadtverordneten-Vorsteher, Herr Sturm, in der bekannten Kohlenlieferungs-Angelegenheit eine längere Erklärung ab, die sich gegen den Stadtverordneten Ruyke richtet und dahin ausstößt, daß Fehler in allen Geschäften vorkommen. Stadt. Rieger (Soz.) führt aus, daß Herr Sturm diese ganze unerquickliche Angelegenheit verschuldet habe; er als Stadtverordneter-Vorsteher hätte auf alle Geschäfte mit der Stadtgemeinde von vornherein verzichtet müssen, wolle er sich derartige Verdächtigungen ersparen. Herr Sturm hält dies für falsch; die Stadtverordneten, soweit sie Geschäftsleute sind, würden sich selbst ein schlechtes Zeugnis ausstellen, wollten sie alle diese Konsequenzen ziehen! Der Magistrat teilte mit, daß Herr Rammerey Fortemann am 1. Oktober den städtischen Dienst quittiert. In die Kommission für die Wiederbesetzung dieses Postens wird unter andern Stadtverordneter Rade (Soz.), in die Kommission betreffend Umwandlung des Radmacherwagens Stadtverordneter Rieger (Soz.), und in die gemischte Kommission zur Beratung eines Statuts betreffend die Zusammenfassung der Verwaltungsdeputationen Stadt. Holz (Soz.) gewählt. Des ferneren wurde der Wahl-vorstand für die kommenden Stadtverordnetenwahlen, bestehend aus 16 Mitgliedern und 16 Stellvertretern (darunter unser Genosse Rade) gebildet. Hierbei teilte der Oberbürgermeister mit, daß die diesjährigen Wahlen für die III. Abteilung wieder in verschiedenen Lokalen, nach Ausschloß getrennt, stattfinden werden. Die ganze III. Abteilung wählt in Spandau in einem Bezirk! Stadt. Rieger ersuchte, die Wähler auch für die zweite Abteilung bis 8 Uhr abends auszubedenen. Der Vorsteher teilte mit, daß die Stadt. Dusch, Piel und Kunkel (Soz.) schriftlich die Niederlegung ihres Mandats angezeigt haben. Es geschah dies aus Anlaß der bekannten Auseinandersetzung mit Dusch; die Mandate wären ohnehin am 1. Januar abgelassen. Es folgte eine geheime Sitzung.

**Bildungsverein der Barbiers**. Macht ist Wissen und Wissen ist Macht. Montag, den 30. d. M., abends 10 Uhr, bei Bauer, Rosenhaldenstraße 57: Sitzung. Gäste willkommen.

**Weiter: Prognose für Sonntag, den 29. September 1901**. Etwas wärmer, vielfach heiter bei schwachen südwestlichen Winden, keine oder unbedeutende Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

Sonntag, 29. September.  
**Freie Volksbühne.** Berliner Theater. 9. Abteilung (gelbe Karten) und 10. Abteilung (gelbgrüne Karten): Othello, der Probr von Benedig. Anfang 2 1/2 Uhr.  
**Deffing-Theater.** 2. Abteilung (rot-blaue Karten) und 3. Abteilung (blaue Karten): Geistesher. Anfang 2 1/2 Uhr.  
**Cyrenhaus.** Die verkaufte Braut. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Schauspielhaus.** Der kommende Mann. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Neues Opera-Theater (Krohn).** Die Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Schiller-Theater.** Heimit. Anfang 8 Uhr.  
**Deutsches.** Die Hoffnung. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Rachm.** 2 1/2 Uhr: Cyrano von Bergerac.  
**Berliner.** Die Goldgrube. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Leffing.** Haus Rosenhagen. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Neubau.** Sein Doppelpänger. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Neues.** Das ewig-Weibliche. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Rachm.** 3 Uhr: Der Selbsthater.  
**Deffen.** Die Dehntantim. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Rachmittags.** Lindine.  
**Secessionsbühne.** Dittes Viten-crans Bantet Breitt. Anfang 8 Uhr.  
**Central.** Othello-Girofla. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Rachm.** 3 Uhr: Die Geisha.  
**Thalia.** Ein tolles Geschäft. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Rachm.** 3 Uhr: Der Goldbauer.  
**Carl Weich.** Berliner Nangen. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Rachm.** 3 Uhr: Diane, die zweite Frau.  
**Friedrich-Wilhelmstädtisches.** Die Landfischer. Anf. 7 1/2 Uhr.  
**Rachm.** 3 Uhr: Der Bettelstudent.  
**Neues.** Die Landfischer.  
**Neue-Minace.** Talolo. Anfang 8 Uhr.  
**Rachm.** 3 Uhr: Nathan der Weise.  
**Metropol.** Specialitäten-Vorstellung. Schön war's doch. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Passage-Theater.** Damen-Mitgahupe. Specialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 3 Uhr.  
**Passage-Panoptikum.** Specialitäten-Vorstellung.  
**Reichshallen.** Stettiner Sänger.  
**Palast.** Specialitäten-Vorstellung. Rosenfontain. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Urania.** Taubenstr. 48/49. (Am Theateraal.) Abends 8 Uhr: Ueber den Wolken.  
**Urania.** Invalidenstr. 57/62. Täglich abends von 5-10 Uhr: Sternwarte.

## Urania.

Tauben-Strasse 48/49.  
Im Theater um 8 Uhr:  
**Ueber den Wolken**  
Invalidenstr. 57/62.  
Tägl. Sternwarte.

**Castans Panopticum.**  
Friedrichstr. 165.  
Heute, Sonntag: Letztes Auftreten des „Homunculus“ (der künstliche Mensch).  
**Grosses Konzert.**  
Präsident Me Kinley.  
Graf Waldersee.  
Botha und Dewet.

**Berliner Aquarium**  
Unter den Linden 68a.  
Eingang Schadowstr. 14.  
Heute Sonntag Eintrittspreis: **25 Pf.**  
Reichhaltigste Ausstellung der Welt an lebenden Säugetieren, Reptilien etc.

**Zoologischer Garten**  
Heute Sonntag **50 Pfennig.**  
Entree:  
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.  
Ab 4 Uhr nachmittags:  
**Grosses Konzert.**  
Morgen Montag und folgende Tage ab 4 Uhr: Gr. Konzert.

**Apollo-Theater.**  
Letzter Sonntag mit:  
**Almasio-Trio.**  
Der Kosmograph.  
Les 4 Dames Provenciales.  
**Robert Steidl**  
als Wozzen II.

**Osrani-Truppe**  
**Marcelle-Grandet.**  
Ferner: Zum 284. Male:  
**Frau Luna**  
mit dem „Gregolatis“.  
Kasseneröffnung 6 Uhr.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Dienstag, den 1. Oktober 1901:  
**Vollständig neues Specialitätenprogramm.**  
**8 Debüts.**  
**Mme. Delbosq.**

**Metropol-Theater.**  
**Schön war's doch!**  
Gr. Berliner Ausstattungssposse mit Gesang u. Tanz in 5 Bildern.  
**Emil Thomas a. G.**  
**Joseph Josephi a. D.**  
**H. Bender. G. Kaiser.**  
**Else de Veré a. D.**  
**Frid-Frid. F. Georgette.**  
Gastspiel:  
**Saharet!**  
Anfang 1/8 Uhr.  
Rauchen überall gestattet.  
**Carl Weiss-Theater**  
Grosse Frankfurtstr. 132.  
Nachmittags 3 Uhr bei kleinen Preisen 30, 60 Pf.  
**Diane, die zweite Frau.**  
Kom. Schauspiel in 5 Akten nach dem Roman in der „Gartenlaube“ von G. Marlin.  
Abends 7 1/2 Uhr! Abends 7 1/2 Uhr!

**Berliner Augen!**  
Grosse Ausstattungssposse mit Gesang in 5 Akten und 7 Bildern v. G. Albert.  
Mittl. v. H. Veonard.  
Montag 8 Uhr: Diefelbe Vorstellung.

**Casino-Theater**  
Lothringerstrasse 37.  
Glänzender Erfolg der Saison!  
**Steidl.**  
Berlin N. — Berlin W.  
Auf wochent. 8. Sonntag 7 1/2 Uhr.  
Sonntag, den 29. September, nachmittags 3 Uhr, zu kleinen Preisen, Embertunde und Schiller halbe Preise.  
**Nathan der Weise**  
von Lessing, unter Mitwirkung hervorragender Kräfte.

**W. Noacks Theater.**  
Brünnensstr. 16.  
**Die wilde Katze.**  
Goffe mit Gesang in vier Akten von Rannhald und Weller. Musik von G. Steffens.  
Nach der **Tanztränzen.**  
Montag: **Schuldig.**

## Central-Theater.

Heute 2 Vorstellungen: Rachm. 3 Uhr: Vollständige Vorstellung zu halben Preisen. **Die Geisha.**  
Abends 7 1/2 Uhr mit neuer glänzender Ausstattung:  
**Giroflé-Giroflá.**  
Kom. Operette in 3 Akten von Lecocq.  
Hauptdarsteller:  
Ris Berber, Sigmond Kunz, Carl Schulz, Emil Sondermann.  
Montag und folgende Tage Anfang 8 Uhr, nur noch 5 Aufführungen:  
**Giroflé-Giroflá.**  
Sonabend, den 5. Oktober: Robitát! Zum erkmant: „**Lose Blätter.**“ 1. Akt: Die Probe. 2. Akt: Lose Blätter. 3. Akt: Diogenes.

**Passage-Theater.**  
Anfang 3 — Ende 11 Uhr.  
Letzter Sonntag:  
des glänzenden  
**September-Programms:**  
**Traudchen Hundgeburth,**  
die Kuhmagd aus dem Rheinlande.  
17 erstklassige Nummern.  
Montag letzter Tag des glänzenden September-Programms.

**Schweizer-Garten**  
Am Königsplatz, Am Friedrichshain.  
Heute:  
**Gr. Extra-Specialitäten-Vorstellung und Ball.**  
Vollbelustigungen all. Art.  
Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pf.

**Cirkus Busch.**  
Sonntag, den 29. September:  
**Zwei große außerordentliche Vorstellungen.**  
Nachmittags 4 Uhr u. abends 7 1/2 Uhr.  
Nachmittags 4 Uhr hat jeder Erwachsene 1 Kind frei; weit. Kinder zahl. d. Hälfte.  
Mr. Krasacki u. Affen. Algeri-Clown Daniels. Clown Ghezzi u. sein dreif. Tieren. Die neuen Freiheitsdressuren. „His gut Brandenburg allowege.“  
Morgen: Große Vorstellung.

**Cirkus Albert Schumann.**  
Renz-Gebäude, Karlstrasse.  
Sonntag, den 29. September, nachmittags 3 1/2 Uhr u. abends 7 1/2 Uhr:  
**2 große außerordentliche Gala-Vorstellungen.**  
In beiden Vorstellungen: Auftret. sämtl. für Berlin vollständig neuen Specialitäten. U. a.: Die phantasmenalen 5 Amerikaner Johnsons. Die Chinesen Garry und Maria. Die Französinen Mlle. Blanche u. Mlle. Rita Martz mit ihren dreifachen Redaraks 3 Eugend. Clown Adolph der unverwundliche etc. etc. Ferner: Mad. Mathilde Renz, Herr C. Renz, Dir. Al. Schumann, neueste Deig. Dreihaken, Weisheit-Mark. 100 Damen etc.  
Nachmittags 3 1/2 Uhr auf allen Plätzen ohne Ausnahme ein Kind frei. Jedes weitere Kind halbe Preise (außer Gallerie), abends jedoch volle Preise.  
Zum 4. Male: Dir. Al. Schumanns neueste Erfindung: Das Schulpferd in

**Feuer und Flammen**  
und Serpentin-Tanz.

**Sanssouci**  
Kottbusstr. 4a.  
Wiederauftreten von **Adolf Hoffmann.**  
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag  
**Hoffmanns Norddeutsche Sänger**  
Nach jeder Sotze: Tanz.  
Anfang Sonntag 7 Uhr, von 5-7 Uhr Konzert.  
Entree 50 und 75 Pf. Wochentags Anfang 8 Uhr, Entree 30 u. 50 Pf.  
Wochentags Bereinbillet gültig und Tanz frei. Alle andern Tage bleiben die Sätze zu Festlichkeiten und Versammlungen frei.

**Palast-Theater**  
Burgstr. 22.  
Direktion: Winkler u. Fröbel.  
Sonntag, 29. September:  
**Große Extra-Vorstellung.**  
Vorlesung des neuesten Kunst-Specialitäten.  
Zum vorlehten Male:  
Dir. Wll. Fröbel als Dienstmann in der dachtonischen Gesangsposse **Rosen Sonntag**  
Anfang 7 Uhr. Kasseneröffnung 6 Uhr. Billet-Vorverkauf von 11-1 Uhr.  
Montag, den 30. September:  
Gr. Abschieds-Vorstellung.

# Lese- und Diskutier-Klub „Süd-Ost“.

Sonntag, den 29. d. M., nachmittags 5 Uhr, im grossen Saale des „Gewerkschaftshauses“, Engel-Ufer 15:  
**Unterhaltungs-Abend.**  
Zur Aufführung gelangen: **Recitation, Gesangsvorträge, Zither-Konzert.**  
Aus dem sorgfältig gewählten Programm heben wir besonders hervor:  
**Enoch Arden.**  
Gedicht von Alfred Tennyson. Musik von Richard Strauss.  
Recitator: Emil Walcoote.  
Nachdem **Tanz.** Herren zahlen 30 Pf. nach.  
Kasseneröffnung 4 Uhr. Anfang pünktlich 5 Uhr. Entree 30 Pf. Programme an der Kasse gratis. 289/19

## Freie Volksbühne.

Sonabend, den 12. Oktober, 8 Uhr  
in den  
glänzend neu renovierten gesamten Festsälen der  
**Brauerei Friedrichshain:**  
**Herbstfest.**  
Aus dem sorgfältig gewählten Programm heben wir besonders hervor:  
**Die Hasenpfote.**  
Kanzleikomödie von Hans Brenner mit Marcell Salzer als Gast.  
Recitation: **Herr Ernst Pittschau**  
vom Berliner Theater.  
Gesang: **Frl. Laura Detschy** u. G. Birkholz  
vom Theater des Westens.  
Festmarken a 50 Pf. sind für Mitglieder in den Zahlstellen zu haben.  
Heute nachmittags 2 1/2 Uhr im Berliner Theater:  
**Othello.**  
9. und 10. Abteilung (gelbe und gelbgrüne Karten).  
Gleichzeitig im **Lessing-Theater:**  
II. Serie. 2./3. Abteilung (rotblaue und blaue Karten):  
**Gespenster.**  
Um pünktliches Erscheinen ersucht dringend  
231/21) **Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.**

## Cirkus Renz' Riesen-Tunnel.

**Josefine Delcliseur**  
Die grösste Attraction Berlins mit ihren unübertroffenen Schleglern.  
**Zum Totlachen.**  
Ferner das vorzügliche September-Programm.  
Heute Sonntag Anfang 5 Uhr. [2336L\*]  
Gute Küche. Billige Preise.

## Cirkus Renz-Konzert-Tunnel

**Karlstrasse.**  
Wochentags 7 Uhr. Nur erstklassige. Direction:  
Sonntags 5 Uhr. **Specialitäten. J. M. Hutt.**  
Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: **Tanz** ohne Nachzahlung.

Wo amüsiert man sich grossartig?  
in **Schnegelsbergs Festsälen**  
Hasenheide 21 und Jahnstrasse 8.  
Zuh.: **Max Schindler.**  
Heute: **Grosser Ball und Thaler-Regen**  
verbunden mit Cigarren-, Boudoir-Regen und diversen Ueberbahrungen. 21082\*  
Täglich: **Specialitäten-Vorstellung.** Entree frei.

## Neue Welt.

Hasenheide 108-114. Täglich:  
**Konzert u. Specialitäten-Vorstellung.**  
Jeden Sonntag und Donnerstag:  
im Bal champêtre: **Grosser Festball.** Anfang 4 Uhr.  
Jeden Mittwoch:  
**Grosses Kinderfest mit Gratisverlosung.**  
Jeden Donnerstag: **Grosses Feuerwerk.**  
Kaffeeküche, Kornfeld, Marionettentheater etc. täglich geöffnet.  
Alles Nähere durch die Tagesanschlüsse an den Säulen. [22092\*]  
A. Fröhlich.

## Andreas-Garten, Andreasstr. 26,

Achtung! Allen Vereinen und Gewerkschaften zur Nachricht, doch ich das früher Wiltheide Lokal  
übernommen habe und als Gastwirtschaft und Logierhaus weiterführen werde. Sämtliche Räume sind vollständig renoviert und stehen die Sätze, Vereinszimmer sowie Kegelbahn nach für einige Tage, auch Sonnabends, frei. Es wird mein Bestreben sein, durch vorzügliche und preiswerte Küche und gutgeputzte Biere meinen wertigen Gästen den Aufenthalt in meinem Lokal so angenehm wie möglich zu machen, und lade ich zu recht zahlreichem Besuch freundlich ein.  
2353L\* Am 7. 945. **Franz Merkowski.**

## Graumann's Festsäle (früher Renz)

**Naunynstrasse 27.** [21962\*]  
Empfehle meine Sätze, 900 Personen fassend (auch mit Bühne), zu allen Festlichkeiten und Versammlungen. — Sonnabende und Sonntage im Dezember, Januar, Februar und März noch an Vereine zu vergeben, Suhtag, Silvester und Neujahrsfest noch frei. **Gustav Graumann.**

**Deutsche Konzerthallen.**  
An der Spandauer Brücke 3.  
Vornehmst. Vergnügungsort!  
Täglich: **Internationale Konzerte.**  
Specialität-Doppel-Vorstellung von nur erstklassigen Kräften.  
**Special-Ausschank der Berliner Bock-Brauerei.**  
Vorzügliche Küche. Gut gepflanzte Biere.

**Reichshallen.**  
Stettiner Sänger.  
Herrliches Programm u. a. „**Bosco**“.  
Anfang 8 Uhr.  
Sonntags 7 Uhr.

**Berliner Uk-Trio.**  
Felix Scheuer **Uk-Trio** Strassenstr. 1.

**Alhambra**  
Wallnertheater-Strasse 15  
Jeden Sonntag und Dienstag:  
**Grosser Extra-Ball** bei doppelt bei jedem grossen Orchester. Anfang 5 Uhr.  
**A. Zamoliat.**

**Urania**  
Wrangelstrasse 10/11.  
Jeden Sonntag:  
**Grosser Ball.**  
Anf. 4 Uhr. Siehe Anschlagtafel.  
Empfehle mein Lokal zu Festlichkeiten und Versammlungen.  
19372\* **C. F. Walter.**

**Gesellschaftshaus**  
Zwinemünderstr. 42.  
Tägl. Theater u. Specialitäten-Vorstellung. Jeden Sonntag: **Ball.**  
Säle für Gesellschaften, Vereine, tantant zu vergeben. [19382\*]

**Johannisthal.**  
**Raus Park-Restaurant.**  
Jeden Sonntag: **Grosser Ball.**  
Kaffeeküche, Kegelbahn, Ausspannung, Saal für Vereine u. Versammlungen.

**Buss' Salon,** Gr. Frankfurter-Strasse 65.  
Empfehle meinen Saal mit schönem Nebenzimmer nach einige Sonnabende, Suhtag zu Festlichkeiten, einige Wochentage zu Versammlungen.  
**Otto Theel.**

**Neues Klubhaus**  
72. Kommandantenstr. 72.  
Habe noch Sonnabende u. Sonntage im November, Dezember, Januar etc. einen grossen Saal zu vergeben. **H. Ebert.**

**Engl. Garten.**  
Alexanderstrasse 27a.  
Säle im November, sowie der Totenfeier und 1. 2. Weihnachtstages zu Festlichkeiten nach zu vergeben. 22032\*

**Kummers Quartett**  
und **Humoristen**  
nach einige Tage frei!  
Geschäfts-Adresse:  
**Rud. Kummer,**  
Königsbergerstr. 38 I

Wer schnell und zu constanten Bedingungen **25502\***  
**Geld!**  
Darlehen oder Hypothek sucht, verlange unsern **Hypotheken- und Darlehens-Nachweis.**  
**H. Bittner & Co.,**  
Hannover-Z.

**Presskohlen**  
Bruch aus Henschel Werken, pro Centner 80 Pf. ab Wag. **A. Herrmanns** Kohlenlager, Wägenstrasse 12 und Pfeilstrasse 5

# BAER SOHN



**Chausseestrasse 24 a u. 25**

Zwischen Invalidenstr. u. Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.

**11 Brückenstrasse 11**

Zwischen Jannowitzbrücke u. Köpnickerstr. (Ecke Rungestr.).

**Gr. Frankfurterstr. 20**

Ecke Koppenstrasse, am Bürger-Hospital.

**Fabrikation und Maass-Anfertigung guter Herren- und Knaben-Bekleidung.**

Lieferanten an die preussische Armee.  
Lieferanten an ausländische Gesellschaften.

Lieferanten an Vereine.  
Lieferanten an Institute.

Lieferanten an Garderoben-Geschäfte.  
Lieferanten an Waaren-Häuser.

Sonder-Abteilungen unserer Häuser }  
Chausseestr. 24a/25 u. Brückenstr. 11.

Filz-Hüte,  
Loden-Hüte.

Cylinder-Hüte,  
Chapeaux Claques.

Kragen,  
Manschetten.

Oberhemden,  
Cravatten.

Glacé-Handschuhe,  
Pelz-Handschuhe.

Schirme,  
Stöcke.

Hosenträger,  
Strickwesten.

Tricotagen,  
Strümpfe usw.

## Eine Million

beträgt die Auflage unserer soeben erschienenen

### 18<sup>ten</sup> Preisliste für die Winter-Saison 1901-1902

Auf Wunsch kostenloser und portofreier Versandt der Preislisten.

Ca. 150 Abbildungen. \* Klare Veranschaulichung. \* Verständlich für Jedermann.

Der Inhalt der 18<sup>ten</sup> Preisliste ist folgender:

Winter-Paletots . . . . . von 25 Mk. bis 8 Mk. 50	Winter-Paletots nach Maass 45.—, 42.—, 30 Mk.	Radfahrer-Anzüge . . . . . von 27.— bis 6 Mk.
Winter-Paletots . . . . . von 60 Mk. bis 30 Mk.	Winter-Paletots nach Maass 75.—, 65.—, 60 Mk.	Radfahrer-Pelerinen . . . . . von 12.— bis 5 Mk.
Winter-Raglan-Mäntel . . . . . von 45 Mk. bis 30 Mk.	Jaquet-Anzüge nach Maass 50.—, 40.—, 30 Mk.	Piqué-Westen . . . . . von 6.— bis 2 Mk. 25
Pelz-Paletots . . . . . von 60 Mk. bis 50 Mk.	Jaquet-Anzüge nach Maass 65.—, 55.—, 50 Mk.	Weisse Westen . . . . . von 6.— bis 2 Mk. 75
Gehrock-Paletots . . . . . von 50 Mk. bis 36 Mk.	Rock-Anzüge nach Maass 55.—, 45.—, 36 Mk.	Strick-Westen . . . . . von 10 Mk. bis 2 Mk. 50
Geh-Pelze . . . . . von 250 Mk. bis 75 Mk.	Rock-Anzüge nach Maass 65.—, 70.—, 60 Mk.	Stoff-Westen . . . . . von 3,50 Mk. bis 1 Mk. 50
Hohenzollern-Mäntel . . . . . von 70 Mk. bis 18 Mk.	Gehrock-Anzüge nach Maass 63.—, 52.—, 40 Mk.	Weiche Filz-Hüte . . . . . von 5,50 bis 1 Mk. 90
Gummi-Regen-Mäntel . . . . . von 40 Mk. bis 18 Mk.	Gehrock-Anzüge nach Maass 96.—, 75.—, 67 Mk.	Steiße Filz-Hüte . . . . . von 6.— bis 1 Mk. 90
Kaiser-Mäntel . . . . . von 30 Mk. bis 20 Mk.	Frack-Anzüge nach Maass 60.—, 50.—, 40 Mk.	Cylinder-Hüte . . . . . von 12 Mk. bis 4 Mk.
Interims-Mäntel . . . . . von 36 Mk. bis 18 Mk.	Frack-Anzüge nach Maass 110.—, 80.—, 60 Mk.	Chapeaux claques . . . . . von 18 Mk. bis 9 Mk.
Winter-Havelocks . . . . . von 30 Mk. bis 6 Mk. 75	Hosen nach Maass . . . . . 12.—, 10.—, 6 Mk. 75	Loden-Hüte . . . . . von 4,25 Mk. bis 2 Mk. 25
Pelerinen-Mäntel . . . . . von 36 Mk. bis 18 Mk.	Hosen nach Maass . . . . . 24.—, 18.—, 15 Mk.	Pelzmützen . . . . . von 12 Mk. bis 1 Mk. 25
Livree-Anzüge . . . . . von 36 Mk. bis 27 Mk.	Schüler-Anzüge in Joppenform von 18.— bis 8 Mk.	Pelzkragen . . . . . von 11 Mk. bis 4 Mk. 50
Groom-Anzüge . . . . . 30 Mk.	Schüler-Anzüge in Jaquetform von 24.— bis 6 Mk. 50	Nachthemden . . . . . von 2,75 Mk. bis 1 Mk. 50
Livré-Gehrock-Anzüge . . . . . von 60 Mk. bis 45 Mk.	Einsegnungs-Anzüge . . . . . von 30.— bis 12 Mk.	Normal-Unterhemden . . . . . von 5,50 Mk. bis 1 Mk. 50
Diener-Mäntel . . . . . von 60 Mk. bis 36 Mk.	Jünglings-Paletots . . . . . von 18.— bis 8 Mk.	Normal-Unterhosen . . . . . von 5 Mk. bis 1 Mk. 50
Livree-Mützen . . . . . von 4,50 Mk. bis 2 Mk. 50	Hohenzollern-Mäntel für Jünglinge 18.— bis 13 Mk.	Wäsche-Serviteurs . . . . . von 1,10 Mk. bis 55 Pf.
Buntfarbige Jaquet-Anzüge von 25 Mk. bis 9 Mk.	Hohenzollern-Mäntel für Jünglinge 27.— bis 21 Mk.	Ober-Hemden . . . . . von 5,50 Mk. bis 2 Mk. 75
Buntfarbige Jaquet-Anzüge von 50 Mk. bis 30 Mk.	Pelerinen-Mäntel für Jünglinge . . 12.— bis 8 Mk.	Regenschirme . . . . . von 4 Mk. bis 1 Mk. 50
Buntfarbige Rock-Anzüge von 40 Mk. bis 30 Mk.	Kaiser-Mäntel für Jünglinge . . . . 15.— bis 8 Mk.	Regenschirme . . . . . von 8,75 Mk. bis 6 Mk.
Buntfarbige Gehrock-Anzüge v. 50 Mk. bis 36 Mk.	Raglan-Mäntel für Jünglinge von 36.— bis 22 Mk. 50	Handschuhe . . . . . von 3 Mk. bis 75 Pf.
Schwarze Jaquet-Anzüge von 24 Mk. bis 10 Mk.	Winter-Joppen . . . . . von 13,50 bis 6 Mk.	Hosenträger . . . . . von 2 Mk. bis 75 Pf.
Schwarze Jaquet-Anzüge von 45 Mk. bis 30 Mk.	Winter-Joppen . . . . . von 25.— bis 15 Mk.	Manschetten . . . . . von 75 Pf. bis 45 Pf.
Schwarze Rock-Anzüge von 33 Mk. bis 21 Mk.	Pelz-Joppen . . . . . von 30.— bis 25 Mk.	Wäsche-Kragen . . . . . von 55 Pf. bis 25 Pf.
Schwarze Rock-Anzüge von 50 Mk. bis 39 Mk.	Jäger-Anzüge . . . . . von 45.— bis 30 Mk.	Herren-Cravatten . . . . . von 2 Mk. bis 15 Pf.
Schwarze Gehrock-Anzüge von 39 Mk. bis 30 Mk.	Knaben-Joppen . . . . . von 7.— bis 4 Mk.	Kragen-Schoner . . . . . von 3,50 Mk. bis 95 Pf.
Schwarze Gehrock-Anzüge von 60 Mk. bis 45 Mk.	Jünglings-Joppen . . . . . von 10.— bis 5 Mk.	Herren-Socken . . . . . von 1,50 Mk. bis 35 Pf.
Smoking-Anzüge . . . . . von 45 Mk. bis 30 Mk.	Litewka . . . . . 12.—, 7 Mk. 50	Monteur-Jaquets . . . . . von 4 Mk. bis 1 Mk. 90
Frack-Anzüge . . . . . von 50 Mk. bis 28 Mk.	Litewka . . . . . 20.—, 15 Mk.	Monteur-Hosen . . . . . von 3,50 Mk. bis 1 Mk. 50
Winter-Hosen für Herren . . . . . 6.—, 4.—, 3 Mk.	Morgenröcke . . . . . 12.—, 7 Mk. 50	Kesselreiniger-Anzüge . . . . . 5 Mk.
Winter-Hosen für Herren . . . . . 12.—, 9.—, 7 Mk. 50	Morgenröcke . . . . . 24.—, 18 Mk.	Sortirerinnen-Kittel . . . . . 4.—, 3 Mk. 25
Cheviot-Hosen für Herren . . . . . 7.—, 5.—, 3 Mk. 75	Knaben-Mäntel . . . . . von 11.— bis 4 Mk.	Aerzte-Kittel . . . . . 4,90 bis 3 Mk. 40
Schwarze Hosen für Herren . . . . . 10.—, 8 Mk.	Knaben-Pyjacks . . . . . von 9.— bis 5 Mk.	Leder-Hosen . . . . . 7.—, 4,50, 2 Mk. 50
Schwarze Hosen für Herren . . . . . 15.—, 12 Mk.	Wetter-Kragen für Knaben . . . . . 5 Mk. 50	Manchester-Hosen . . . . . von 9 Mk. bis 4 Mk. 25
Kammgarn-Hosen für Herren . . . . . 9.—, 6 Mk.	Knaben-Anzüge . . . . . von 5,25 bis 2 Mk.	Westen und Jaquets aus Manchester u. Leder
Kammgarn-Hosen für Herren . . . . . 12.—, 10 Mk.	Knaben-Anzüge . . . . . von 11.— bis 6 Mk.	Malerkittel . . . . . von 4,50 Mk. bis 2 Mk.
Kammgarn-Hosen für Herren . . . . . 20.—, 18.—, 15 Mk.	Kellner-Jaquets . . . . . von 18.— bis 7 Mk. 50	Mechaniker-Kittel . . . . . von 3 Mk. bis 2 Mk. 40
Schlafröcke . . . . . 12.—, 8 Mk. 50	Kellner-Westen . . . . . von 3 Mk. 50	Staub-Mäntel . . . . . von 3,50 Mk. bis 2 Mk. 75
Schlafröcke . . . . . 18.—, 15 Mk.	Kellner-Fracks . . . . . von 25.— bis 10 Mk.	
Schlafröcke . . . . . 24.—, 21 Mk.	Kellner-Hosen . . . . . von 12.— bis 3 Mk. 50	
Schlafröcke . . . . . 30.—, 27 Mk.		

Maass-Anleitung. Versandt-Bedingungen.

Grösste Auswahl. • Billigste Preise. • Baar-Verkauf. • Feste Preise.

Litterarisches.

La femme et le féminisme. Collection des livres, périodiques etc sur la condition sociale de la femme et le mouvement féministe. Faisant partie de la bibliothèque de M. A. Mme. C. V. Gerritsen (Dr. Aletta H. Jacobs) à Amsterdam, Paris 1900 V. Giard, E. Brière Libraires-Éditeurs 16, 240 und CIV S. 49.

240 Quartseiten umfaßt, ist nichts anderes, als ein Katalog des auf die Frauenbewegung sich beziehenden Teils der Privatbibliothek der Herausgeber. Man kann deshalb nicht den Wunsch der Kritik an das Buch legen, man kann sich die leichte Arbeit erproben, darauf aufmerksam zu machen, daß dies oder jenes mehr oder minder wichtige Buch nicht zu finden sei, denn eine Privatbibliothek kann selbst bei den reichsten Leuten nie den Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Aber man kann füglich behaupten, daß es kaum irgendwo eine Privatbibliothek gibt, die so reichlich das Material über die Frauenfrage besitzt wie die der Amsterdamer Herzlin. Die Bibliothek ist so reich, daß ihr Katalog sich als ein überaus wertvolles Hilfsmittel für jedermann darstellt, der auf dem Gebiete der Frauenfrage oder in den Nachbargebieten literarisch oder politisch thätig ist, oder sich zu orientieren sucht. Der Katalog teilt sich in 14 Abschnitte, von denen einzelne wieder in zahlreiche Kapitel, 30 und mehr zerfallen, von den Abschnitten haben wir nur einzelne des Beispiels wegen hervor: Aufzählungen über die Frau, die Frau in der Familie, die Beziehungen zwischen den Geschlechtern, die gesellschaftlichen Verhältnisse, die Frauenfrage, die Erziehung, die Berufstätigkeit etc. Man findet das Material für jedes einzelne Land besonders geordnet, der Inhalt der wichtigsten Zeitschriften ist ausbezogen und in die bezüglichen Rubriken verteilt. Ein sehr eingehendes alphabetisches Register erleichtert die Orientierung in den reichen Schätzen des Katalogs. Die Sammlerin Frau Dr. Aletta H. Jacobs in Amsterdam erhofft durch den Katalog von Schriftstellern auf dem Gebiete der Frauenfrage durch Zufindung nicht aufgenommener oder künftig zu veröffentlichender Schriften einen Ausbau und eine Ergänzung ihrer Bibliothek. Dürfen wir sicher sein, daß dieser Katalog eine Fortsetzung erfahren wird, so können wir auch im allgemeinen Interesse eine vielseitige Erfüllung dieses Wunsches nur für erwünscht halten.

Wir nur einzelne des Beispiels wegen hervor: Aufzählungen über die Frau, die Frau in der Familie, die Beziehungen zwischen den Geschlechtern, die gesellschaftlichen Verhältnisse, die Frauenfrage, die Erziehung, die Berufstätigkeit etc. Man findet das Material für jedes einzelne Land besonders geordnet, der Inhalt der wichtigsten Zeitschriften ist ausbezogen und in die bezüglichen Rubriken verteilt. Ein sehr eingehendes alphabetisches Register erleichtert die Orientierung in den reichen Schätzen des Katalogs. Die Sammlerin Frau Dr. Aletta H. Jacobs in Amsterdam erhofft durch den Katalog von Schriftstellern auf dem Gebiete der Frauenfrage durch Zufindung nicht aufgenommener oder künftig zu veröffentlichender Schriften einen Ausbau und eine Ergänzung ihrer Bibliothek. Dürfen wir sicher sein, daß dieser Katalog eine Fortsetzung erfahren wird, so können wir auch im allgemeinen Interesse eine vielseitige Erfüllung dieses Wunsches nur für erwünscht halten.

Wer ein Cigarren-Geschäft eröffnen will, wende sich zuvor an Adolf Adler, Belforterstrasse 25. Verkauf nur an Cigarren-Händler und Grossisten. [2381]

An die Arbeiterschaft Deutschlands!

Am 13. Juni d. J. hat die Berliner Gewerkschafts-Kommission den Boykott über die Nordhäuser Kantabak-fabrikate verhängt. Den Anebelrevers (Verfassung des Rechts auf Koalitionsfreiheit) verlangen folgende Nordhäuser Kantabakfirmen: C. A. Kneiff, G. Reddersen, H. A. Hanewacker, Berlin & Bona, H. & R. Wittig, Rothhard & Comp., F. C. Lerche, Salfeld & Stein.

Wir ersuchen, den Tabak obiger Firmen so lange zu meiden, bis die Inhaber das Koalitionsrecht ihrer Arbeiter anerkannt haben.

Die Kommission der Tabakarbeiter.

Feuersteins Festsäle

Alte Jacobstrasse 75. Empfehle meine Festsäle 300, 250, 150, 100 Personen fassend, zu Festlichkeiten und Versammlungen. Desgleichen Vereinsräume 150, 100, 50 Personen fassend. Amt I. No. 867.

Luise Städtisches Klubhaus

Amnenstrasse 16. Inhaber H. Grupe. (Altes Gewerkschaftshaus.) Saal. Täglich Brot 60 Pf., 75 Pf., Weibler-Kuchent. [2325]

„Messplatz“, Festsäle.

Alexandrienerstr. 110. Empfehle Säle verschiedener Größe und Vereinzimmer zu Festlichkeiten aller Art und Versammlungen. 4 Regalbahnen haben noch einige Tage zur Verfügung. Im Restaurant jeden Abend unvollständige Unterhaltung. [2329]

Andreas-Fest-Säle, Andreas-Strasse 21,

am Andreasplatz. Empfehle meine neu dekorierten Säle, 100, 200 bis 1500 Personen fassend, zu Versammlungen und Festlichkeiten aller Art, besonders meinen kleinen eleganten Saal zu Hochzeiten. Bei besonderen Befehlen durch Marine-Scheinwerfer in über 100 verschiedenen Farben. [2194]

O., Rigaerstrasse 127, Restauration Otto Plöger.

Empfehle Freunden und Gönnern meine freundlichen Salons in warmen und kalten Speisen zu jeder Tageszeit. Großes Preiszimmer mit Piano noch einige Tage in der Woche frei. Telefon: 7a. 7844.

Franke's Speisehalle

Neue Grün-Strasse 39 (zwischen Kommandanten- und Scheffelstrasse). Jeden Tag 12 verschiedene Gerichte | Speiszeit ununterbrochen von Vormittag 8-10 Uhr abends. [2194]

30 Tage zur Probe!

versendet die Stahlwaren-Fabrik und Versandhaus I. Rang von

Gebrüder Rauh

Gräfrath bei Solingen das

China-Nickermesser

Neu! Noch nie dagewesen! Neu!

Bei keiner Konkurrenz und in keinem Ladengeschäfte zu haben, mit 2 aus prima Stahl geschmiedeten Ringen u. Korbleber, echtes Dickschornstein, mit doppelter Keilfederbelästigung, unter Garantie zum Preise von nur 1.60 franco. Die große Klinge läßt sich wie jedes bevor der oben befindliche Hebel in waagrechte Richtung gestellt wird; es ist somit jede Gefahr ausgedehnt, durchaus nicht verletzen zu können, da der Hebel nicht zerbricht, die große Klinge auf andere Art zu schneiden. Gebrauchsanweisung liegt jedem Messer bei. Für Eingliederung eines jeden beliebigen Randes in die große Klinge, sein vergolbet und verziert, berechnen nur 10 Pf. Sollte vorstehendes Messer nicht gefallen, so bitten wir nach unserem Katalog zu wählen, derselbe enthält eine große Auswahl in Jagd- und Tafelmessern.

Verband gegen Nachahme oder vorüberige Einlieferung des Bezuges. Garantiechein: Nichtfallende Waren tauschen wir bereitwilligst um oder zahlen das Geld zurück.

Union u. portofrei versenden wir an jedermann unseren neuesten illustrierten Prachtatlas mit über 2000 Abbildungen von Solinger Stahlwaren, Lederwaren, Gold- und Silberwaren, Haushaltungszubehör, Uhren, Wärfeln, Musikinstrumenten, Cigarren, Cigarrenspitzen u. sonstigen vielen Neuheiten. Wir bitten genau auf unsere Firma und Adresskarte zu achten.

Gardinen. Gebrüder Wolff. Gardinen.

Berlin N., Invalidenstrasse 134, Ecke Gartenstrasse. Gegründet 1854.

Ausverkauf

von zurückgelassenen und im Schaufenster angestanden Engl. Tisch- in creme und weiß, 22 u. 35 Pf.

bessere Qualität 48 u. 60 Pf. hohlegant Relief-Plüsch ohne Appretur Meter 65, 80 u. 90 Pf.

Gardinen

Abgepaßte Fenster, auf 3 Seiten Bänderfassung, das Fenster 1. 1.35, 1.75, 2.25, 2.75 u. 3.50.

Läuferstoffe Meter 25 Pf. Tischdecken in dunkler Fantasieform Stück 1,25 bis 1,75

Wandstuhlen Meter 38 Pf. Möbel-Kattune Meter 29 Pf. Schwere Schlafdecken Stück 1,35 bis 1,75

Rouleau-Stoffe in weiß, creme, rot und gelb sind in allen Größen vorräthig. [2412]

Steppdecken, Teppiche mit feinen und Linoleum in reicher Auswahl. Stores in weiß und creme von 67 Pf. an

Lambrequins in weiß u. creme Stück 48 Pf., in buntem 1,45 bis 1,75

Gardinen. Portieren. Schal 95 Pf. Gardinen.

Kinderwagen

8-90 cm, mit Gummirad 12 cm, vernickelte 16 cm. [2792]

Kinderbetten 7 cm, Puppen-, Sport-, Kasten- und Leiterwagen aus Konfirwarell, Holz, oder Eisen, Best. Fabr. Schutzvorrichtung „Ideal“ verhindern Herabfallen der Kinder 3,50 bis 4,50. Berlin u. außerhalb Fabrik. Nachb. gratis. Teilzahl. nur in Berlin. Vorort. gef. F. Bergmann & Sohn, [2412]

Restauration, Lortzingstr. 24.

Ecke Graunstrasse. Vereinszimmer mit Pianino zu vergeben. [21793]

Um freundlichen Zuspruch bitten Carl Koblenzer.

R. Schrödter, Frankfurter Allee 197,

vid-avis vom Bahnhof, im Hause der Badeanstalt, empfiehlt reichhaltiges Lager zu billigen Preisen in: Brautschleier, von 1,80 bis 2,50, Myrtenkränze von 1,50 bis 2,00, Korsetts, Strümpfe, Unterröcke, fertige Wäsche, Glacé-Handschuhe, Fichus etc.

Möbel- u. Polsterwaren-Fabrik

von A. Schulz, Reichenbergerstr. 5, empfiehlt Einrichtungen von 250 bis 10 000 M. [23079]

Anerkannt gebogene Arbeit, billige Preise, konstante Zahlungsbedingungen.

Gesundheit ist Reichtum!

Dampf- und Heissluft-Bäder wirksamstes, erfolgreichstes und billigstes Mittel gegen Erkältung, Gicht und Rheumatismus. [1927L]

Bad Frankfurt | Ritter-Bad 136 Gr. Frankfurterstr. 136 | 19, Ritter-Strasse 19. Specialität: Russ. bzw. Dampfbaden, Röm. bzw. Heissluft-, Lohtannin-, Sool- und Schwefelbäder täglich für Damen und Herren.

Zähne 2 M. 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzlos. Zahnziehen 1 M. Pfunden 1,50 M. Teilzahl. wochentl. 1 M. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 130. Sp. 9-7.

Herrn-Anzüge,

Paletots u. Moh. eleg. Auslieferung, auch fertige Garderobe am Lager, liefert J. Nurgberg, Landshoferstr. 13 pt. Teilzahlung gestattet.

Künstliche Zähne

ohne Wurzeln Entfernung! Garantiert schmerzlos! Zahn- u. Wurzel-Operat., Pfunden etc. Langjährige Garantie. Teilzahlung Woche 1 Mark.

Benno Steffens, Alexanderstr. 21

Zahn-Klinik.

belliedige Teilzahlung. Olga Jacobson, Invalidenstrasse 145

Max Brinner,

Zersamlerstr. 42 Brunnenstr. 6. Großartigste Auswahl von Kinder-Sports- und Puppenwagen, Kinderbetten, best. Fabrik, billigst. Teilzahlung gestattet. [20783]

Möbel

Bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen. Großes Lager. Billige Preise. Langjährige Garantie.

Wilh. Lambrecht, Simonstr. 19.

Steppdecken

Kauft man am besten und billigsten nur direkt in der Fabrik B. Strohmadel, Berlin S., 72, Wall-Strasse 72, wo auch alle Decken aufgearbeitet werden. [21372]

Wer Darlehnsgeschäfte irgend welcher Art zu machen wünscht, inseriert kostenlos im „Specialblatt für den Geldbesitzer“.

H. Bittner u. Co., Hannover Z. [22514]

Ein Haus

in Verdun a. d. Saône — schönste Gegend der Stadt, an breiter Straße am Schloss (Wehrdenkmal) und Schulen gelegen — vid-avis Kirche und Schulh. H. erblich halber aus freier Hand sofort zu verkaufen. Haben für jedes Geschäft geeignet. — Zahlungsfähiges Käufer betreiben sich direkt zu wenden an Aug. Darsel, Nürnberg i. W. [23532]

Möbel

Spiegel u. Polsterwaren reell zu soliden Preisen, empfiehlt H. Strelow, Tischlermeister, Rixdorf, Richardstr. 116, am Denfmal.

Echt chinesische Mandarindäunen

Das Pfund Mk. 2.85 natürliche Däunen wie alle inländischen, garantiert neu und sauber, in Farbe ähnlich den Oberdäunen, erstklassig füllfräftig und haltbar; 3 Pfund genügen zum großen Oberbett. Zuweilen Anerkennungs-schreiben. Bestellungen unabh. Versand gegen Nachn. von der ersten Preisfabrik mit elektrischem Betrieb Gustav Lustig, Berlin S., Prinzenstr. 46. Man verlange Proben!

Berlin's Specialhaus größtes

Teppiche

Prachtstücke a 3,75, 5, 8, 10-300 M. Stroh Gelegenheitsstücke in Teppich-, Gardinen, Portieren, Wäschhoffen, Tischdecken etc. Pracht-Katalog mit ca. 450 Abbildungen, sowie Extra-Liste für besondere Gelegenheits-Angebote gratis und franco.

Emil Lefèvre,

Berlin S., Oranienstr. 158.

36 Mark elegante Winter-Paletots.

30 Mark hochfeine Herren-Anzüge.

12 Mark schwere Winter-Beinkleider. Anfertigung nur nach Maß. Outer Stoff, tadelloser Sitz.

14 Krausenstr. 14, 1 Kr. kein Laden 1 Kr.

J. H. Garich, Hüften-Garbit.

Stallschreiberstrasse 22. Kein Händler. Langjahr. Fachmann. Billigste Bezugsquelle! Mehr. 1. Wiederverkauf. Preisliste gratis. Maße wie nebenstehend mit Ständer u. Rock 12,50 ohne 8,50 ohne 5,- Hüften schon von 2,50 an. Hüften nach Maß, keine Anprobe mehr nötig, bis 3,00 mehr. — Anfertigung unter eigener Leitung, daher Garantie für prima Qualität. [1153L]

Arbeits-Anzüge

Für jeden Tag - friegewein, kauft man billigst bei [23432]

Adolf Wecker

3. Mühlendamm 3.

Filz-Hüte

in größter Auswahl für Damen und Kinder, garniert u. ungarntiert zu anerkannt billigen Preisen, auch Trauerhüte. W. A. Peschke, Berlin, I. G. Schiffs- u. Sägewerke 30. 2. Gehäit Sägewerke 39. Stane Strad u. b. Teilzahlung 10 M. liefert elegante Herren-Garderobe nach Maß, auch bar Kasse allerbilligste Preise. Best. Garderobe stets vorräthig. Schneidmeister Tomporowski, Reanderstr. 10.

**Ziehung:** 26. bis 30. Oktober,  
1. u. 2. November d.J.

Lose à 3 Mark (Porto u. Liste 30 Pf. extra) bei

**Alex. Hessel, Dresden, Weissegasse 1.**  
General-Debitur,  
Verkaufsstellen in Berlin:

Neubauer & Co., W., Friedrichstrasse 198-99,  
Oscar Bräuer & Co. Nachf., W. Friedrichstr. 181  
u. Wilsnackerstr. 63,  
Ludw. Müller & Co., C., Breitestr. 5,  
Carl Heintze, W., Unter den Linden 3,  
Emanuel Meyer jun., C., Straßauerstr. 54, Carl Leipziger, C., Rosenthalerstr. 53, Hugo Rendelmann, W., Friedrichstr. 205, sowie in allen durch Plakate kenntl. Loshandl.

# Grosse Meissner Geld-Lotterie

Höchstbetrag im günstigsten Fall

100,000 Mark

Prämie 60000, Haupt-Gewinne 40000, 20000, 10000,  
2 à 5000, 5 à 3000, 20 à 1000, 30 à 500, 50 à 300, 150 à 100, 400 à 50, 1000 à 20, 11500 à 10 Mark.

13160 Geld-Gewinne 375,000 Mark baar Geld  
u. 1 Prämie, zus. ohne Abzug.

## Eine Million

ohne Gnade mit samt der  
Beitrag mein Baugeld in Pl.  
50 Pf. u. 1 Mt. Sachapparat 50 Pf.  
Schwaben mit samt der Beut. Idnell  
mein Schwabenb. Dose 50 Pf. mit  
1 Mt. Doppelter Erfolg. Wotter,  
Röhe, Hiegen, Amelien. Blatt-  
läufe vertilgt sicher mein Special-  
mittel. Garantiert nur direkt beim  
Erfinder **Georg Pohl**, Droguerie,  
Berlin, Brunnenstr. 157. 1924\*

# Möbel Bartsch.

Wem wäre die Möbelfabrik für bürgerliche Wohnungseinrichtungen **Rudolf Bartsch**, Oranienstrasse 73,  
Platz, nicht bekannt? Grösste Auswahl in meinem extra dazu erbauten, 4 Etagen hohen Fabrikgebäude. Empfehlenswerte Einkaufs-  
quelle für Brautleute. Solide und gediegene Einrichtungen für 200-300-400-500 bis 10 000 Mark stets zur Ansicht vorrätig.  
Verlangen Sie meinen **Prachtkatalog** gratis und franco. Coulaute Zahlungsbedingungen. **Kein Ladengeschäft.**  
Verkauf direkt im Fabrikgebäude. Lagerbesichtigung erbeten ohne Kaufzwang. Lieferung frei Haus durch eigene Gespanne. Geogr. 1899.

## Dr. med. Woerlein's Magentrank.

Das beste Genussmittel für den Magen,  
Unentbehrlich für jede Haushaltung.  
Preis 1,- Mk., 1,50 Mk. und 3,- Mk.  
Nur echt mit vollem Namenszug  
Dr. med. Woerlein, prakt. Arzt.  
Fabrikant Jean Becker, Ludwigshafen a. Rh.

Erhältlich bei:

**Berlin C.**  
Dr. H. Bernard, Einhornapotheke, 19, Kurstr. 34/35.  
Max Schwarzlose, Königl. Hoflieferant, 2, Königsstr. 50.

**Berlin N.**  
G. H. Gesterberg, Drog. u. Parf., Eiserstr. 97.  
Gugo Barth, Drog. u. Parf., Brunnenstr. 18.

**Berlin NO.**  
Richard Zoose, Nachf. G. Ulrich, Neue Königsstr. 19  
Franz Gohl, Neue Königsstr. 85.

**Berlin SW.**  
Franz Schwarzlose, Droguerie, Leipzigerstr. 56.  
G. H. Gesterberg, Droguerie, Kochstr. 3.  
Gustav Rettig, 29, Belle-Alliancestr. 91.  
Ernst Wild, Weirich, 61, Bismarckstr. 1.  
G. H. Gesterberg, 48, Friedrichstr. 249.  
Johannes Scopa, Import-Ges., 48, Friedrichstr. 249/1.

**Berlin W.**  
L. Horn, Droguerie, Potsdamerstr. 5.  
Max Eckert, Adler-Droguerie, Gullstr. 1, Ecke Abendlebenstr.  
B. Köppen, Droguerie, Abendlebenstr. 20a.  
G. H. Gesterberg, Droguerie-Handlung, Kurfürstenstr. 139.  
Bruno Städel, 30, Kollendörflerstr. 8.  
Max Schwarzlose, Königl. Hoflieferant, Potsdamerstr. 70.

**Berlin NW.**  
G. H. Gesterberg, Drog. u. Parf., Luisenstr. 30.

## Berliner Pferde-Lotterie.

Ziehung in Berlin im Kaiserhof am 11. Oktober 1901.  
3333 Gewinne Wert Mark

# 100000

Hauptgewinn: M. 10 000, 8000 etc.  
Lose à 1 Mark, 11 Lose = 10 Mark  
Porto u. Liste 20 Pf., versendet gegen Briefmarken oder Nachnahme

### Carl Heintze, Berlin W.

Unter den Linden 3. (28714)

## Partei-Expeditionen:

**Berlin vierter Wahlkreis O.:** Robert Wengels, Große  
Frankfurterstr. 133, Hof part. - **SO.:** Paul Böhm, Stollbergstr. 33,  
Hof part. - **Sechster Wahlkreis (Habit):** Karl Anders,  
Salzburgerstr. 8, Hof part. - **Wedding** und **Oranien-  
burger Vorstadt:** Emil Stolgenburg, Weidenstr. 41/42. -  
**Gesundbrunnen:** Wilhelm Garmann, Nachfolger Hermann  
Rahmke, Grünhoferstr. 65. - **Rosenthaler Vorstadt** und  
**Schönhauser Vorstadt:** Karl W. ars, Infanterie-Kaserne 13/14. -  
**Charlottenburg:** Gustav Schärberg, Seidenstr. 1, Ecke  
Goethestr. u. L. - **Deutsch-Wilmersdorf:** Th. Müller,  
Berlinerstr. 132/133, rechter Seitenstr. u. N. N. - **Wilmersdorf**,  
v. L. - **Friedrichsberg - Friedrichsfelde:** Oswald Grauer,  
Berlin O., Frankfurter Allee 197. - **Grünau:** Wolf Gündel,  
Königsbergerstr. 89. - **Rixdorf:** Hermann, Erfstraße 6,  
Königsbergerstr. 89. - **Schöneberg:** W. Bäumler, Koppel Baustr. 13, Quergeb.  
Hauptstr. - **Ober-Schöneberg:** Otto John, Wilhelmstr. 18,  
Hauptstr. - **Nieder-Schöneberg:** Karl Weber, Eigarrengeschäft -  
**Johannisthal:** Paul Mann, Friedrichstr. 39, L. - **Adlershof:**  
Gustav Hise, Hadenbergstr. 8. - **Köpenick:** Friedrich Weid,  
Schäferstr. 8. - **Friedenau - Steglitz:** G. Frenze,  
Königsstr. 15 in Friedenau. Beschlungen nehmen entgegen in Steglitz:  
G. W. H. r. Duppelstr. 8 und Fr. Schellhase, Hornstr. 15a. -  
**Baumgartenweg:** St. d. Erntestr. 2 II. - **Neu-Weissen-  
see:** Heinrich Bachmann, Veberstr. 1, Hof part. links. - **Rummels-  
burg:** Jörgert, Prinz-Albertstr. 5a.

Anßerdem ist sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen  
Werke dort zu haben. Auch werden Inserate für  
den „Vorwärts“ entgegengenommen.  
Bitte ausschneiden!

## Schweizer Uhren-Industrie.

Nur 15 Mk.



Allen Hochadeln, Offizieren, Beamten, Soldaten u. Vorkrieger-  
besitzer, sowie Jedem, der eine gute Uhr braucht, ist  
bekannt, daß wir den allein-Bestand der neuzeitlichen,  
auf der Pariser Weltausstellung mit dem höchsten  
Preis prämierten Original-Schweizer Ultra-Edel-  
Montreux-Uhren „System Glashütte“  
abgenommen haben. Diese Uhren besitzen  
ein unübertroffenes Präzisionswerk, sind  
genau reguliert und erprobt, was jedem  
für jede Uhr eine dreifache (schweizer-  
ische) Garantie. Die Gehäuse, welche aus  
edelstem Metall mit Sprungboden (Saphir) be-  
stehen, sind hochmodern, prägnant aus-  
gestaltet und aus dem anerkanntesten,  
solider und unverwundlichen amerikanischen  
Werkstoff-Metall hergestellt und außerdem  
noch mit reichlichem Vergoldungsschicht  
schonem Gold überzogen, das sie nicht nur  
schonem, sondern auch sehr gut gegen  
Foules von einem sehr edlen Material,  
die von Stahl gefertigt, nicht zu verwechseln  
sind. Diese Uhren tragen sich wie Gold,  
sind aber ein Drittel billiger und behalten immer ihren Wert.  
Jede Uhr wird mit Uhrwerkzeugen der Fabrik geliefert. Bei diese Uhren  
allein einzukaufen, haben wir den Preis für Herren- oder Damen-Uhren auf nur  
11, 15,-, 20,- und 25,- (früher 12,-) herabgesetzt. In jeder Uhr ein  
Schlüssel zum Aufwickeln, moderne Ultra-Edel-Steine für Herren und  
Damen (auch Edelstein) à 3,-, 5,-, 8,- und 12,-. Jede Uhr nicht  
gewöhnliche Uhr wird ausnahmslos zurückgenommen, daher kein Risiko! Der Wert  
einer solchen Uhr wird täglich ein. Reparaturen und Nachbestellungen hängen für  
die Sicherheit unter Aufsicht. Berlin gegen Nachnahme oder vorherige Geld-  
einführung. Reparaturen sind in rüchten an das Uhren-Versandhaus „Chronos“,  
Basel I (Schweiz). Preise nach der Schweiz folgen 20 Pf., Postkosten 10 Pf.

# Anker



# Brikets

Prüfen Sie bitte:  
die besten der Gegenwart!

## Grösstes Möbel-Kaufhaus

für complete  
Wohnungseinrichtungen u. einzelne Stücke auf  
**!!Credit!!**  
bei kleiner Anzahlung u. auf Jahre hinaus verteilten Raten  
Kompl. Einrichtungen von Mk. 300 bis Mk. 5000  
und mehr auf Teilzahlung

# Central-Möbel-Halle

S. Kommandantenstr. 51 Ecke Alexandrinenstr.  
Bere die grossen Schaufenster zu beachten

## Neueste Nachricht!

Vollständige Wohnungs-Einrichtung  
für Mark 250. (31342)

Sofas	von Mark 30 an
Bettstellen mit Federboden und Rissen	30
Büschgarituren	100
Panelschloß	90

Berlin O.,  
Eberhardts Möbelfabrik, Holzmarktstr. 21.

## Sie werfen Geld fort!

wenn Sie immer Ihre Cigarren zu  
teuer einkaufen. Rauchen Sie nur  
meine beliebten Havanillos (genau  
wie Abbildung) 8 cm lang, 500 Stück  
für nur 7 M. franko gegen Nach-  
nahme. Sie werden viel Geld sparen!  
Ueber 2000 Anerkennungen aus allen  
Ständen. Bestellen Sie bitte sofort  
postfrei ins Haus 500 Stück für  
7 M. bei R. Tresp, Cigarrenfabrik,  
Neustadt, Westpr. H. 8.

## J. Baer,

Berlin N. (19239)  
26, Badstraße 26,  
Ecke Princes-Allee,  
u. 37 Schlemmerstrasse 37  
empfehlen, wie bekannt, in reichster Aus-  
führung und streng festen Preisen:  
Herren- u. Knaben-  
Garderobe.  
Arbeitsachen.  
Grosses Stofflager  
zur Anfertigung nach Mass.

Elegante Gesellschafts- und Jagdanzüge.  
Elegante Einsegnungs-Anzüge.

Zähne vorzügl. sitzend. Garantie. Teilzahl. Plomb. Schmerz-  
Rohr, Umrath. Schleiss. Gek. Goldstein, Oranienstr. 123

## Schön schreiben 8 M., Buchführung 12 M.

Stenographie, Schreibmaschine, sämtliche Comptoirbücher, leicht  
erlernlich, auch älteren Herren, **Krachts Handelsschule**,  
Rosenthalerstr. 44. Zweigstelle: Charlottenburg, Wilhelm-  
Platz 2. Anfang jeden Monatsbeginn. Der Dreimonats-Kursus  
in sämtlichen Fächern monatlich 25 Mark. 28739\*

## Handwerker und Arbeiter!

die ihren Firmen ein Cigarrengeschäft als Nebenberuf einrichten, erhalten  
mit wenig Mitteln Kredit. Auch bestehende Cigarrenhändler können durch  
erprobte Fabrikat für Abgabebiet erweitern. (22761)\*

### Cigarren-Generalagentur und Kommissionslager

S. Rund, Grosse Frankfurterstr. 52.

## Metzners Korbwaren-Fabrik.

Berlin, Andrastr. 23. Pappowagen,  
II. Geschäft: Brunnenstr. 95. Leiterwagen,  
III. Geschäft: Beusselstr. 67. Sportswagen,  
IV. Geschäft: Leipzigerstr. 51/55. Kinderstühle.  
V. Geschäft: Straßauerstr. 19. Kinderwagen, Grösstes Lager  
Kinderbettstellen. Berlins. Reichh.  
gratis.

1000 Mark Belohnung zahle ich jedem, der mir in Berlin ein  
arabers Spezialgeschäft in der Branche  
als das meiste nachweist. Diese Belohnung biete ich schon seit 15 Jahren  
an und ist meine Konkurrenz garnicht in der Lage, diese 1000 Mt. zu verdienen.

## Brauerei Germania

Aktien-Gesellschaft  
Berlin O. 34  
Frankfurter Allee 53  
Teleph. Amt VII 2645

empfiehlt für 1,50 frei Haus

18 Fl. 4/10 Lagerbier (23169)
15 Fl. 1/2 Lagerbier
15 Fl. 4/10 Pilsener Art
15 Fl. 4/10 Münchener Art
15 Fl. 00 Weissbier
20 Fl. Doppel-Weissbier.

## MUSIKWERKE

Automaten Orchestern  
Latern Zithern Harmonikas  
u. viele mehr Monatszahl  
die allbekannte Firma  
**CARL SACKUR**  
Breslau Ring 56  
Katalog gratis



Schönheit der Zähne  
ist eine Zierde.

Max Guckel, Laußitzer  
Zahn-Atelier, Platz No. 2,  
10 Fl. 9 Mk. Altbewährtes be-  
liebtes Hausmittel. Aerztlich  
empfohlen, sicherer Erfolg. Viele  
Dankschreib. Droguerie **Georg  
Pohl**, Berlin, Brunnenstr. 157.  
Sonst nirgends. 17241\*

## Künstl. Zähne

ohne Entfernung der Wurzel  
Schmerzloses Zahnziehen.  
Plomben sowie sämtliche  
Zahnoperationen schmerzlos.  
Teilzahlung per Woche 1 Mk.

Meine 15-jährige Thätigkeit im Beruf bürgt für exakte und  
gewissenhafte Ausführung. 23489\*

**Franz Steffens, Rosenthalerstr. 61, Ecke Steinstrasse.**

## Anker-Briketts

sind zu haben bei  
**Friedr. Daniel & Co.,**  
Berlin W. 8, Leipzigerstr. 29. \*

Geldene u. silberne Medaille Paris 1900.  
**Darmkrankheiten**  
Georg Pohl's Sanitäts-Heidel-  
beerwein ist erprobt bei Darm-  
krankheiten (Diarrhoe), Zucker-  
krankheit, Blatarrhoe, Verdau-  
ungsstörung usw. à Fl. 1 Mark.  
10 Fl. 9 Mk. Altbewährtes be-  
liebtes Hausmittel. Aerztlich  
empfohlen, sicherer Erfolg. Viele  
Dankschreib. Droguerie **Georg  
Pohl**, Berlin, Brunnenstr. 157.  
Sonst nirgends. 17241\*

# Weder Milchnot noch Preiserhöhung

## der Milch in Berlin und den Vororten!

Die Milchcentrale verkauft ab Bahnhöfen Berlins und folgenden Läden vom 2. Oktober an:

- ☛ Schillingstraße 12,
- ☛ Kottbusser Damm 96,
- ☛ Mohlstraße 13,
- ☛ Spenerstraße 33,
- ☛ Denzminerstraße 28,
- ☛ Charlottenburg, Cauerstraße 33.

Im Großverkauf an jedermann:

In Kannen zu 20 Liter pro 1 Liter	}	Vollmilch	16-18 Pfennig,
		Magermilch	6 Pfennig,
		Kaffeesahne	60 Pfennig,
		Schlagsahne	1 Mark 20 Pfennig.

Im Kleinverkauf an jedermann:

1 Liter Vollmilch	20 Pfennig,
1 Liter Magermilch (abgerahmt)	8 Pfennig,
1 Liter Kaffeesahne	1 Mark,
1 Liter Schlagsahne	2 Mark.

Also von Milchvertenerung keine Rede!

Wohl aber Milchverbesserung, denn wir verkaufen keine Halbmilch, die nur 1,5% Fett zu haben braucht.

Wer Halbmilch trinken will, kaufe sich 1 Liter Vollmilch und 1 Liter Magermilch und menge sich 2 Liter Halbmilch

# a Liter 14 Pfennig.

Die in der Milch-Centrale geeinigten 5000 märkischen Bauern wollen nichts weiter, als 13 1/2 Pfennig für 1 Liter Milch franco Bahnhof Berlin erzielen.

Die Hausfrau soll 20 Pfennig pro Liter Vollmilch zahlen wie bisher, soll aber Vollmilch erhalten, nicht aber Halbmilch mit einem Fettgehalt von 1,5, während die Polizei für Vollmilch 2,7 pCt. Fettgehalt verlangt. Dem Produzenten (Bauern) ca. 1/3 = 13 1/2 Pfennig, dem Handel ca. 1/3 = 6 1/2 Pfennig. Dies nennt Dr. Georg v. Siemens, gewiß kein Agrarier, eine „faire Teilung“.

Und das soll Unrecht, das soll begehrlidh sein?

Helft uns den märkischen Bauernstand erhalten, der nichts will, wie sein Recht dem Milchhandel gegenüber.

784

# Centrale für Milchverwertung e. G. m. b. H.

Berlin, Köthenerstrasse 39 und vom 1. Oktober an Schillingstrasse 12.

Wegen drohenden

## Abbruchs

des Hauses **Breite Strasse 20**, gegenüber dem **Köllnischen Fischmarkt**, löse ich mein seit 43 Jahren bestehendes Geschäft auf.

== Gänzlicher ==

## Ausverkauf

der grossen Lager von

**Teppichen**  
**Gardinen**  
**Porzellan**  
**Steypdecken**  
**Schlafdecken**  
**Läuferstoffen**  
etc. etc.

Verkauf von morgens 8 Uhr bis abends 8 Uhr nur gegen Kasse.

Der Ausverkaufspreis ist auf jedem Gegenstand neben dem alten Preise mit Blaustift vermerkt.

## A. Löwenthal

Breite Strasse 20  
Ecke Scharrenstrasse.

Boykottfrei! **Kautabake** Boykottfrei!  
der Firma **Baum & Zeuch, Eschwege**, empfehlen in besten Qualitäten die Generalvertreter für Berlin und Vororte **Gustav Bock & Co.**, Berlin, Prützen-Allee 14, Cigarren- und Cigarettenfabrik. Spec. Bock-Cigaretten. (2400L)

### Bettstellen, Matratzen und Betten.

Special-Geschäft für Kinder, Erwachsene u. Dienstboten.

Fertige Betten:

No. 1. Oberbett, Unterbett, 2 Kissen, 100/200, roth-rosa gestreift,	12,00 M.
No. 2. 100/200,	18,00
No. 3. 100/200, grau-roth,	23,00
No. 4. 100/200, glatt roth,	23,50
No. 5. 100/200, roth-rosa,	26,00

Schützen der Betten im Beisein der Käufer.

### Schlafmöbel-Bazar „Baby“.

Invalidenstr. 160, an der Brunnenstr.

Filialen: 20,00-30,00

Tausendstr. 7a, Ecke Nürnbergerstr.	Beusselstrasse 18, an der Thorstrasse.
Belle-Alliancestr. 107, am Blücherplatz.	Reinickendorferstr. 28a, am Wedding.
Gr. Frankfurterstr. 115, Ecke Andreasstr.	Brunnenstrasse 97, Ecke Rügenstr.
Oranienstrasse 31, an der Adalbertstr.	Spandau, Havelstrasse 20.

Teilzahlung gestattet, bei grösseren Eaten Cassapreise.

Lieferant des Post-Spar- und Vorschuss-Vereins.

27,50, 35,00 bis 100,00

### Eugen Joachims Möbelfabrik

Neue Königstrasse 59, nahe Alexanderplatz.

Großer Möbelspeicher. Specialgeschäft für kleine und mittlere Wohnungs-Einrichtungen. Teilzahlung unter den günstigsten Bedingungen gestattet. Bedienen mit ganz geringer Anzahlung. Ganz besonders zu empfehlen ist der große Vorrat verlichen gewesener und gebrauchter Möbel, die wie neu sind und billig abgegeben werden. Brautleute, welche eine dauerhafte und billige Einrichtung kaufen wollen, bitte ich, ohne jeden Kaufzwang mein kolossales Lager vor Einkauf zu besichtigen. Verlangen Sie mein Musterbuch gratis und franco. Durch größere Massenaufkäufe und Ersparung der teuren Ladennote bin ich im Stande, hübsche und geschmackvolle Wohnungs-Einrichtungen für 150, 200, 300 bis 10000 P. zu liefern. Kommode 17, Waschtiselle, Divan mit Sitzauszug 35, Spiegel 6, Rutschschleiderstuhl 35, Bettstelle mit Matratze 21, Stühle 3, alle Arten Küchenschmel, Kuchenschmel und Mahagoni feuchterische Kleiderstühle, Vertikows 38 M., Rutschschleiderstühle mit Sprungfeder-matratze 36, elegante Säulenträume 45, Säulenstühle, Salon-garnituren 105, Büffets aller Art, selbstene Garnituren, sehr wenig ge-brucht, sportbillig. Ganze Speisestimmer und Schlafzimmer. Gelaupte Möbel können beliebige Zeit bei mir kostenlos lagern. (22012)

### Wie Kenner bezeugen

ist es nur mit **Reichels Echt französischer Cognac-Essenz** (Marke für 75 Pf.) - mit keiner anderen - mit 1 Ltr. Weingeist (Pistolen) sich schneid und leicht nach der Methode der Cognac-Essenz

2 1/2 Ltr. wirklich hochfeinen u. wohlbedünntlichen Cognac selbst zu bereiten, welcher vollständig von dem herrlichen Geschmack u. vollen feingestigen Bouquet des in Frankreich ebenso hergestellten ist und alle natürlichen Bestandteile des echten Cognac enthält. Von besten französischen Marken nicht zu unterscheiden.

1 Ltr. stellt sich auf nur 90 Pfg.

Tausende treuer Kunden Jahr aus - Jahr ein!!

Kein Misslingen! [Die Erfolge überraschen!] Man prüfe selbst!

Neueste Sorte! **O. E. Cognac-Essenz** 75 Pf. mit Goldmed. Rezept.

Erhältl. bei **Otto Reichel, Berlin SO., Eisenbahnstr. 4,** Fernsprecher Amt IV 3190 und Amt IV 645 und in den

bekanntesten Niederlagen kenntlich durch meine Plakate. Wo keine Niederlagen, frei Haus durch meine Gespanne. Versand nach auswärts gegen Vereinfachung oder Nachnahme.

**Vorsicht** vor Nachahmungen! Jede Flasche Französl. Cognac-Essenz mit außer dem Namenszuge als Garantie der Echtheit bes.

Lichtbier tragen, Lassen Sie sich nicht durch Nachahmungen täuschen!

Jeder verlange kostenfrei: Die Geheimnisse der Liqueurfabrikation. Täglich begeisterte Anerkennungen. Glänzende Gutachten von Kennern.

### Zahnärztl. Institut

83 I. Wrangelstrasse 83 I.

für Kinder Zahnziehen gratis. Zahnerfab. Plomben Kleinfabrik. Spec.: Völlig schmerzloses Zahnziehen.

## Beachtenswert zum Umzuge!

# Gardinen

in grosser Auswahl und in den schönsten Mustern, das Fenster von **1,30 an.**

## S. Weissenberg

Grosse Frankfurterstrasse 126 (Ecke Koppenstrasse).

# Kaufhaus Max Mannheim

Frankfurter Allee 89.

BERLIN.

Frankfurter Allee 110.

Detail.

Engros.

## Gardinen.

- Engl. Tüll-Gardinen, 2 Seiten Bänderfassung . . . Meter 22 Pf.  
 Engl. Tüll-Gardinen, Zwirn- u. Relief-Qualitäten, in Jugend- und Secessionszeichnung . . . Meter 30, 45, 60 Pf.  
 Engl. Tüll-Gardinen, abgepasst, 3 Seiten Bänderfassung, Fenster 1,10 Mk.  
 Engl. Tüll-Gardinen, abgepasst, in reichhaltiger Ausmusterung Fenster 2,25, 3,00 u. 4,50 Mk.  
 Kongressstoff, gestreift und glatt . . . Meter 40, 60 u. 75 Pf.  
 Spachtel-Stores u. Gardinen in vielen neuen Dessins 7,00, 9,00, 12,00 Mk.  
 Tüll- u. Spachtel-Bettdecken für 1 und 2 Betten 3,50, 4,50, 6,00 Mk.

## Portieren.

- Spachtel-Köper-Rouleaux ein- und zweiteilig Stück 1,50, 2,50, 3,00 Mk.  
 Portieren, abgepasst, in schönen Querstreifen, mit Fransen Stück 88 Pf.  
 Portiere „Lula“, mit reicher Bordüre, 2 Seiten Franse, Stück 2,25 Mk.  
 Portiere „Mignon“, elegante Bordüre, Jugendstil . . . 2,65 Mk.  
 Portiere „Peking“, mit schwerer Blumen-Bordüre . . . 4,50 Mk.  
 Portieren- u. Cantonieren-Garnituren, 2 Shawls und 1 Querbehäng in Wolle und Plüsch . . . 10,50, 16,00 und 22,50 Mk.

## Tischdecken.

- Fantasie-Tischdecken mit Schnur und Quaste . . . 1,35, 1,75, 2,50 Mk.  
 Krepp-Tischdecke mit Bordüre und Franse . . . 2,95 Mk.  
 Gobelin-Tischdecken in schönen Mustern . . . 3,25, 4,25 Mk.  
 Côteline-Tischdecken einfarbig m. Schnur und Quaste . . . 2,25, 3,75, 5,00 Mk.  
 Chenille-Tischdecken . . . 2,50 u. 4,00 Mk.  
 Plüschdecke mit reicher Bordüre u. Wollfranse . . . 5,50 u. 7,00 Mk.  
 Plüschdecke mit Chenillebordüre und Franse ganz besonders wohlfeil . . . 10,50 Mk.  
 Plüschdecke mit reicher Kurbelei . . . 12,50, 15,00 Mk.

## Teppiche.

- Axminster 8/4 Sofa-Teppich . . . 4,50, 5,50, 7,50 Mk.  
 Velour 180/200 Sofa-Teppich . . . 9,75, 11,75, 15,00 Mk.  
 Axminster 155/215 Salon-Teppich . . . 9,75, 12,50 Mk.  
 Velour 160/230 Salon-Teppich . . . 16,50, 22,50 Mk.  
 Axminster 200/300 Saal-Teppich . . . 16,50, 24,00 Mk.  
 Velour 210/300 Saal-Teppich . . . 32,00, 37,50 Mk.

## Möbelstoffe.

- Livadia, in reichhaltiger Ausmusterung, 130 cm breit . . . Meter 1,10 Mk.  
 Austria, moderne Zeichnungen . . . Meter 1,75 Mk.  
 Brokat u. Gobelin, in schwerer Qualität Meter 2,25, 3,00, 4,00 Mk.  
 Moquette in schönsten Farbenstellungen . . . Meter 6,00 Mk.  
 Portieren-Fries in allen Farben . . . Meter 1,65 Mk.  
 Möbel- u. Portieren-Plüsch in grosser Auswahl.  
 Möbel-Kattun u. Köper . . . Meter 30, 35 Pf.  
 Möbel-Krepp in immenser Auswahl . . . Meter 45, 60 Pf.  
 Möbel-Krepp, 130 cm breit, zweiseitig bedruckt . . . Meter 1,25 Mk.

## Läuferstoffe.

- Läuferstoffe in schönen Streifenmustern Meter 25, 30, 45, 60 Pf.  
 Läuferstoffe in Jaquard u. Streifenmustern . Meter 0,60, 0,75, 0,90, 1,00, 1,25 Mk.  
 Läuferstoffe in Tapestry, Brüssel, Velour u. Tournay-Velour Meter 2,25, 2,75, 3,50, 4,00 Mk.  
 Linoleum und Wachstuche in allen Preislagen.  
 Steppdecken in reiner Wolle . . . Stück 3,50, 4,95 Mk.  
 Steppdecken in reiner Wolle, Handarbeit, m. Seide gesteppt 6,50, 7,50 Mk.  
 Steppdecken, Seidenimit. Handarbeit . . . 8,00 Mk.  
 Steppdecken, prima Wollatlas in reichhaltigen Mustern . . . 9,00, 10,50, 12,50 Mk.  
 Schlafdecken, weiss und gestreift . . . Stück 80 Pf., 1,25 Mk.  
 Schlafdecken, Jacquardmuster . . . 1,75, 2,25, 3,50 Mk.  
 Schlaf- u. Reisedecken in Wolle u. Plüsch 3,00, 4,50, 5,75 Mk.  
 Plättdecken, ein grosser Posten . . . Stück 80 Pf., 1,00 Mk.  
 Kinderwagen-Decken in Tuch u. Plüsch 70 Pf., 1,50, 2,50 Mk.  
 Kinderwagen-Felle . . . 2,75, 3,75, 4,50 Mk.

## Bettvorleger.

- Axminster, ein grosser Posten . . . Stück 68 Pf.  
 Axminster, 45/100 cm, grosser Posten . . . Stück 1,25 Mk.  
 Tapestry, Brüssel u. Velour . . . 2,15, 2,75, 3,50 Mk.  
 Angora- u. Chines. Ziegenfelle . . . 1,65 Mk.  
 Wölfe mit Gebiss und Rand-Besatz . . . 7,50 Mk.

Neu aufgenommen: Gardinenstangen, Portierenstangen, Rouleauxstangen, Rosetten etc.

**Berliner Partei-Angelegenheiten.**

**Die Lokalliste für Berlin und Umgegend**

Ist neu herausgegeben und der heutigen Nummer unseres Blattes beigefügt worden. Bei der Wichtigkeit der Lokalfrage erwacht den Parteigenossen die dringende Pflicht, die Lokalliste streng zu beachten. Den Saalabtreibern und Verweigerungen gegenüber, die in Berlin teilweise noch verstreut, in den Vororten dagegen offen betrieben werden, bleibt uns kein anderes Mittel übrig, als die Lokalsperre; und diese dort, wo nötig, durchzuführen, muß das Bestreben aller Parteigenossen sein. Arbeiter, Parteigenossen, besucht daher bei Ausflügen z. B. nur solche Lokalitäten, welche auf der Liste verzeichnet stehen. Vor allen Dingen erwacht aber den Vorständen von Arbeitervereinen die Pflicht, beim Abschluß von Festlichkeiten und Partien auf das strengste die neue Lokalliste zu beachten. Die Vorstände wollen in solchen Fällen auch darauf sehen, daß in den Verträgen mit dem Wirt eine Klausel Platz findet, wonach für den Fall, daß das Lokal für Arbeiter-Versammlungen später verweigert werden sollte, der Vertrag seine Gültigkeit verliert. Verschiedene Vorkommnisse der letzten Zeit lassen eine Bestimmung dieser Art dringend ratsam erscheinen. Ebenso ist es Pflicht der Vorstände und Komitees, dafür nach Möglichkeit zu sorgen, daß bei Mehrbedarf an Bedienungspersonal der Stellen-nachweis der Freien Vereinigung der Gastwirtsgehilfen Berücksichtigung findet. Thut ein jeder seine Pflicht, so kann der Erfolg nicht ausbleiben. Lokale, die keine Säle haben, sind für den Verkehr frei.

Die Lokalkommission.

**Ueber die Arbeiterbewegung in Oestreich** wird unser Parteigenosse Dr. E. Vernerstorfer auf der Rückreise von Llibed am Dienstag in einer vom zweiten Wahlkreis nach dem Bod' einberufenen Volksversammlung einen Vortrag halten. Wir bitten, für zahlreichen Besuch agittieren zu wollen.

Die Vertrauensleute.

**Zur Lokalliste.** Aus Versehen ist das Lokal von Hollwiy Tempelhof dieses Mal noch auf die Lokalliste gekommen. Die Parteigenossen werden darauf aufmerksam gemacht, daß dies Lokal nicht mehr existiert, weil der Inhaber räumen mußte. J. A.: Die Lokalkommission für Tempelhof.

**Der Les- und Diskussionsklub „Süd-Ost“** veranstaltet heute im Gewerkschaftshaus einen Unterhaltungsabend. Vom Programm, welches einen äußerst gemüthlichen Abend verspricht, sei besonders die Recitation hervorgehoben. Siehe Inserat!

**Mühlendek.** Sozialdemokratischer Wahlverein Bezirk Pankow. Heute, Sonntagmorgen 11 Uhr: Mitglie-der-Versammlung im Gasthof „Zur Sonne“. Referent Genosse Stolpe aus Schlesien. Gäste willkommen.

**Versammlungen.**

**Eine Sonderorganisation im sechsten Wahlkreis.**

Das ist das Ergebnis einer am Freitagabend im Berliner Theater stattgehabten hartbesuchten Volksversammlung, die der Vertrauensmann für die Schönhauser Vorstadt einberufen hatte. Der Referent, Vertrauensmann Wunsch, führte aus: Die Aussprache über die beschlossene Neu-Organisation habe ein Resultat gezeitigt, mit dem viele Parteigenossen nicht einverstanden sind. Es sei nun beschlossene Sache, für die Schönhauser Vorstadt eine eigene Organisation auf der bisherigen Grundlage zu errichten, die sich jedoch im übrigen dem Parteigerübe durchaus einfügen will. Es handelt sich eben nur darum, daß die meisten Genossen unter dem neuen System nicht mitmachen wollen. Sogar die meisten Bezirksführer haben erklärt, unter den neuen Bestimmungen nicht mehr mitarbeiten zu können. Wenn von einer Sonderorganisation gesprochen werden könne, so könne nur der Wahlverein auf Grund der jetzigen Neuorganisation als solche bezeichnet werden.

Stets haben die Genossen der übrigen Kreise auf den sechsten Kreis als auf eine Musterorganisation hingewiesen. Es sind auch tatsächlich vorzügliche und vorbildliche Erfolge erzielt worden. Wenn in einer Kritik im „Vorwärts“ gesagt werde, man habe sein Wort verpönt, keine Sonderorganisation zu gründen, so konnte zur Zeit dieses Versprechens gegeben werden, da damals noch kein Mensch an die Gründung einer Sonderorganisation gedacht habe. Erst durch die Behandlung, die man den Genossen der Schönhauser Vorstadt fortgesetzt habe angezeihen lassen, seien dieselben dazu gedrängt worden. Redner empfiehlt nachstehende Resolution:

Die heutige Volksversammlung erklärt, daß es nach den in der Generalversammlung des 6. Wahlkreises gefassten Beschlüssen, die gegen das Parteiprogramm und die Parteitagbeschlüsse verstoßen, nicht möglich ist, im Interesse der Partei gedeihlich zu arbeiten, da

durch diese Beschlüsse sowohl den Frauen, als auch den Genossen denen es ihre wirtschaftliche Stellung unmöglich macht, dem Wahlverein anzugehören, das Recht der Mitbestimmung in vielen Fällen genommen wird. Die Versammlung erklärt ferner am bisherigen Vertrauensmänner-System festzuhalten. Dem Vertrauensmann wird anheim gegeben, die einleitenden Schritte zu veranlassen.

Die Bezirksführer der Schönhauser Vorstadt.

In der Diskussion wendet sich Freyhaller gegen die Ausführungen des Referenten. Dieselben hätten ihn geradezu verblüfft. Wenn bisher und noch bis vor wenigen Tagen hier und da die Meinung sei, daß die Gründung einer Sonderorganisation geplant sei, so habe er sich berechtigt geglaubt, das mit aller Entschiedenheit zurückzuweisen. Auch er (Redner) ist nicht von der Reorganisation in allen ihren Teilen erbaut. Aber wir sind doch nicht bloß Sozialisten, wir sind zugleich Socialdemokraten, und als solche haben wir uns den Beschlüssen der Mehrheit zu fügen. Die Gründung dieser Sonderorganisation ist ein Schlag ins Gesicht der Demokratie. Gewiß sind auch die Genossen anderer Kreise nicht erbaut von der Reorganisation; aber von der Errichtung einer Sonderorganisation werden sie noch weniger erbaut sein. Es mag thoistisch ehrlich gemeint sein, wenn man sagt, man will getrennt marschieren und vereint schlagen. Aber in sehr kurzer Zeit wird sich zwischen den beiden Organisationen des Kreises mit Notwendigkeit eine scharfe Abwägung herausstellen, da überall Reibungsflächen vorhanden sind. Auch der Vergleich mit dem 4. Berliner Wahlkreis trifft nicht zu. Da liegen die Verhältnisse ganz anders. Wie stellen sich denn die Genossen hier das Zusammenarbeiten mit den übrigen Genossen vor? Unsere ganze Partei-Organisation ist doch auf der Kreiserteilung aufgebaut. Wie wollen Sie mit der Organisation zusammen arbeiten, der Sie Konkurrenz bereiten wollen? Sie schaffen ein zweites Solingen. Die weiteren, durchaus sachlichen und ruhigen Ausführungen des Redners, in welchen derselbe zum einmütigen und einigen Zusammengehen auffordert, wurden fortgesetzt durch lebhafte Zwischenrufe ununterbrochen. Wenn Sie diese Sonderorganisation zur That werden lassen, — fährt der Redner fort — dann sind Sie die ersten, die die bisherige Schlagfertigkeit des sechsten Wahlkreises in Frage stellen!

Genosse Tauschel spricht im selben Sinne. Marx führt aus, daß er als Mitglied der Revisionskommission stets betont habe, es müsse mehr Rücksicht auf die Stimmung der Parteigenossen genommen werden. Diese seien es und nicht die Bezirksführer und sonstigen führenden Genossen, welche unzufrieden seien. Das neue Statut sei ein Hemmschuh für die Agitation und Organisation.

Genosse Gutmann wendet sich ebenfalls gegen die Gründung einer Sonderorganisation. Die ganze Bewegung mache den Eindruck des Lokalpatriotismus und der Vereinsmeierei. Genosse Rünger als Mitglied der Schönhauser Vorstadt kann sich mit dem Vorgehen der Genossen nicht einverstanden erklären, obwohl auch er die Objektivität der Generalversammlung bezweifeln müsse. Man habe bis zum letzten Augenblick verschwiegen resp. bestritten, daß man eine Sonderorganisation erstrebe, trotzdem bei den Leitern der Bewegung diese Absicht schon längere Zeit festgestanden haben müsse. Namentlich habe der Vertrauensmann Wunsch seine Pflicht nicht getan, als zum erstenmal der Antrag auf Gründung einer Sonderorganisation gestellt worden sei.

Genosse Pfeiffer glaubt den Eindruck gewonnen zu haben, daß es sich bei der Neuorganisation bloß darum handelt, für einzelne Personen besoldete Posten zu schaffen. Es seien ja auch schon Namen genannt worden. Es sprechen weiter die Genossen Höhnisch und Gippe im Sinne des Referats. Vom Abgeordneten des Kreises, Genossen Ledebour, ist folgendes Telegramm aus Llibed eingelaufen:

„Protestiere gegen Gründung einer Sonderorganisation für Schönhauser Vorstadt, ohne daß mir als Vertreter des Kreises Gelegenheit gegeben wird, an der Versammlung teilzunehmen.“

Grunow bezeichnet dieses Telegramm als „Machination derjenigen Personen, die das Heft in Händen haben“ und erucht, darüber zur Tagesordnung überzugehen.

Genosse Kluge erhebt ebenfalls lebhafte Vorwürfe gegen die Leitung des Wahlkreises, aber vielleicht lassen sich die vorgekommenen Fehler doch noch beseitigen, ohne daß gleich zu dem außerordentlichen Mittel der Gründung einer Sonderorganisation geschritten wird. Es muß die Majorität in anderer und einwandfreier Weise ermittelt werden. Sondern wir noch im letzten Augenblick einen Weg der Verständigung, so handeln wir im Sinne unserer großen Toten: Karl Marx und Wilhelm Liebknecht! Fahr o w, Vorsitzender des Wahlkreises, weist die gegen die Geschäftsführung und die Generalversammlung erhobenen Vorwürfe energisch zurück. Dieselben beruhen zum größten Teil auf Unwahrheit und Entstellung. Derselbe wendet sich auch sehr scharf dagegen, daß durch die Reorganisation besoldete Posten geschaffen werden sollen. Gra u n bezeichnet die Reorganisation als „Gegner“, die nicht mehr mit den Genossen der Schönhauser Vorstadt zusammen arbeiten wollen. Es sprechen

ledern noch Kluge für und Steiniger gegen die Sonderorganisation. Letzterer erklärt, es sei von führenden Genossen der Sonderbewegung gesagt worden: Wir befinden uns jetzt im Kampf und da ist jedes Mittel recht. Kluge ist der Meinung, daß die Beschlüsse der Majorität nicht zu recht bestehen, darauf hänge sich ja das Vorgehen der Schönhauser Vorstadt. Jedenfalls wird die fernere Stellung derselben davon abhängen, wie sich in Zukunft das Vertrauensmännerthum gestalten wird. Es gelangt dann folgende Resolution zur Abstimmung:

„Die heutige Volksversammlung kann sich mit den Ausführungen des Referenten nicht einverstanden erklären, sie sieht in der eingebrachten Resolution einen Disziplinbruch und geht über dieselbe zur Tagesordnung über.“

Sauerwogter, S. Nieß, Kaiser, Johrow, Behrend, Gutmann, Rasche, Steiniger.

Diese Resolution wird mit erheblicher Majorität abgelehnt, dagegen die von Wunsch empfohlene mit derselben Majorität angenommen.

Personlich erklärt sich Genosse Dorgmann auf eine Ausführung Steinigers dagegen, gesagt zu haben, es sollen besoldete Posten geschaffen werden. Er habe nur gesagt, daß die leitenden Personen liberalisiert werden und folgedessen besoldet werden müßten. Das aber sollte gerade durch die Entwürfe der Schönhauser Vorstadt verhindert werden.

Aus dem Bericht könnte der Uneingeweihte den Eindruck gewinnen, als bestände in Bezug auf die Neuorganisation, wie sie die Parteigenossen mit großer Mehrheit im sechsten Wahlkreis beschlossen haben, und dem, wie die Organisation bisher geleitet wurde, ein großer Unterschied. Das ist durchaus nicht der Fall. Im wesentlichen will die Neuorganisation nach wie vor die Vertrauensmänner in öffentlicher Versammlung wählen, nur im Gegensatz zu dem bisherigen Zustand die übrigen Posten innerhalb des Wahlkreises bestimmen. Wir möchten hierbei betonen, daß diese Organisationsform nach dem Parteistatut zulässig ist, sogar dem nichts entgegensteht, wenn die Vertrauensleute gleichfalls im Wahlverein gewählt werden. Eine ähnliche Einrichtung haben z. B. die Hamburger Parteigenossen seit Jahren, da sie nie mit dem § 8 des preußischen Vereinsgesetzes beschwert waren. Das Vorgehen der Parteigenossen, eine Sonderorganisation zu gründen, muß deshalb auf das entschiedenste mißbilligt werden und wir bedauern es, daß sich nicht mehr einflußreiche Parteigenossen des Kreises gegen diese Bestrebungen, denen jede Berechtigung verweigert werden muß, gewandt haben, schon um den läßlichen Eindruck zu vermeiden, den solche Vorgänge nach außen hervorrufen.

Am so sonderbarer ist das Verhalten der Parteigenossen, da sie wissen, daß mehrere der Vorsitzenden der Neuorganisation auf dem Parteitag sind und somit hier ihre Sache nicht vertreten können.

Wir hoffen, daß sich noch nachträglich die Parteigenossen der Schönhauser Vorstadt bewusst werden und von ihrem gefahrdrohlichen Schritt zurücktreten. Die Redaktion.

**Centralverband der Stenocauten, Gipsler u. verw. Berufsgeossen.**  
Sachliche: Som 1. Oktober Dunderstrasse 83 bei G. Grobler.

**Central-Krankenkasse der Zimmerer Ortsverwaltung Schöneberg.**  
Den Mitgliedern zur Kenntnis, meine Wohnung ist jetzt Hohenriedbergstr. 26, Curged. 4 Tr. 5500 G. Sommer, Kassierer.

Zum Ausverkauf gelangt von heute ab ein großer Posten  
**Teppiche, Gardinen,**  
**Portieren u. Tischdecken**  
zu sabelhaft billigen Preisen.  
Es veräume niemand, diese für den Einkauf so selten günstige Gelegenheit wahrzunehmen.  
Lands-  
**A. Rosenberg, bergstr. 82.**

**Herren-Vortrag**  
Mittw., den 2. Okt., abends 1/9 Uhr, in der Kahlener Kaserne, Köpenickerstr. 114, über: „Sogenannte unheilbare Männerleiden“. Nur Herren! Eintritt frei!

**Damen-Vortrag** Freitag, d. 4. Okt., abends 8 Uhr, in Erdmanns Hof, Köpenickerstr. 27, über: Moderne Frauenleiden.  
**Carl Bruckhoff, Friedrichstr. 19.** Nur Damen. Eintritt frei. [8118]

**Dr. med. Schaper**  
homöop. Arzt u. Spez.-Arzt f. **Haut- u. Harnleiden, Frauenkrankheiten.**  
Königsgrünstr. 27, Sp. 9-1: 4-7.

**Honig!**  
Oibend. Bienehonig, beste Qualität, versendet 9 Pfd. netto zu 6,75 M., 6 Pfd. netto zu 4,20 M. fr. Nachh. Gar. Rückh.  
**E. Reil, Nordloh, Bahnhof Augustbahn, Oldenburg.** [22122]

**Kautabaf-Fabrik-Lager von Hugo Karl Hagenbruch**  
Nühlhausen in Thür., bei Aug. Kleiner, Berlin SW., Groupbeerstr. 39, Fernspr. Via 10560. Vertreter für Berlin und Vororte. \*

BERLIN C.  
Spandauerstrasse 26-30

**N. JSRAEL**

BERLIN C.  
Königstrasse 11-14

Eröffnung  
des  
**Neubaues**  
am  
30. September



HAUPTINGANG DES KAUFHAUSES

Grosse  
**Ausstellung**  
in den  
Gesamträumen

## II. Wahlkreis.

Dienstag, den 1. Oktober, abends 8 Uhr, in der „Berliner Volkbrauerei“ (Tempelhofer Berg):

### Volks-Versammlung

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen Engelbert Pernerstorfer-Wien, Mitglied des österr. Reichstages, über: Die Arbeiterbewegung in Oesterreich. 2. Diskussion.  
Um recht zahlreichen Besuch ersuchen

Die Vertrauensleute. 238/13

**Achtung!** **Achtung!**  
**Socialdemokratischer Verein**  
im fünften Berliner Reichstags-Wahlkreise.  
Am Donnerstag, den 3. Oktober ex., abends 8 1/2 Uhr,

### Ausserordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Die Reorganisation und das neue Statut des Vereins. Referent Gen. Leopold Liepmann. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Unbedingt und pünktliches Erscheinen der Mitglieder ist notwendig. Nur Mitgliedsbuch legitimiert.

Der Vorstand. 245/13

### Achtung! 6. Wahlkreis. Achtung!

Montag, den 30. September 1901, abends 8 Uhr, in „Ciskeller“, Chausseestr. 88 (Sommer-Eingang):

### Volks-Versammlung

Tages-Ordnung:  
„Die Socialdemokratie Oesterreichs.“ Referent: Dr. Victor Adler-Wien.  
Zahlreichen Besuch erwartet

Der Vertrauensmann. 219/20

### Centralverband der Maurer etc.

Zahlstelle Berlin I (Putzer).  
Mittwoch, den 2. Oktober 1901, abends 7 Uhr, in den „Armin-Hallen“, Kommandantenstr. 20:

### Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Herrn Dr. Sommerfeld über „Bauarbeiterfrage und Gewerke-Dogmen“. 2. Verschiedenes. 3. Verhandlungsangelegenheiten.  
Für die örtliche Verwaltung: Franz Schultze.

Der Vorstand. 136/2

### Lackierer.

Dienstag, 1. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 15:

### General-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag unseres Verbandsvorsitzenden Kollegen Tobler aus Hamburg. 2. Abrechnung vom 3. Quartal. 3. Verschiedenes.

Der Vorstand. 104/8

### Verband deutscher Mühlenarbeiter

(Zahlstelle Berlin).  
Sonntag, den 6. Oktober, nachmittags 3 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstraße Nr. 27c:

### Versammlung

Tages-Ordnung:  
Vortrag des Hauptvorsitzenden Kollegen Käppler-Mittenberg über: „Die Wundersöhle und die Lage der Mühlen-Industrie.“  
Nachdem: **Geselliges Beisammensein und Tanz.**  
Um zahlreiches Erscheinen der Kollegen mit ihren Damen ersucht  
Die Lokalverwaltung.

### Verein deutscher Schuhmacher.

Montag, den 30. September 1901, abends 8 1/2 Uhr, in den „Johannistafel“, Johanniststr. 20:

### Versammlung der Schößschuhmacher.

Tages-Ordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. (170/9)  
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwünscht. Die Ortsverwaltung.

### Verband der Tapezierer.

(Zahlstelle Berlin).  
Sonnabend, 5. Oktober, in den Räumen des Gewerkschaftshauses, Engelstr. 15:

### 5. Stiftungs-Fest.

### Großes Konzert

unter gütiger Mitwirkung von Fr. Inge Schröder (Sopran) sowie des Berliner Männerquartetts „Harmonie“.  
Anfang präzise 9 Uhr. Entree inkl. Tanz 50 Pf.  
Das Komitee. 178/17

### Rixdorf! Gr. Matinee. Rixdorf!

Heute! **Heute!**  
Sonntag, den 29. September, in Lankners Festsaal, Bergstr. 151/52  
zum Besten der Glas- und Tabakarbeiter,

arrangiert vom Rixdorfer Gewerkschaftskartell, unter Mitwirkung des Gesangvereins „Rixdorfer Männerchor“ (V. d. R. S.), der Gesangs-Duettisten Neubert und Hoffmann sowie des „Rixdorfer Konzert-Orchesters“ (Mitgl. der Beteiligung der Glas-Verfassungen).

Anfang 11 1/2 Uhr vormittags. Programm 20 Pf. Der Ausschuss. 76/6

Bestebers, Stand von 45 Pf. an, acht stehende Wandarmen, Stand 1.90, Fabriklager Wandsberger Str. 7. I. 843K\*

Wandarmen Bernhard Schwarz

### Wer-Stoff-hat

verliege Montag 20 Pf. Goldenes Medaillon die Befragten.

erste Januar, 22. April, in allen Dr. Kautzke'schen Buchhandlungen, 1.90. Aus noch außerhalb Ludwig Engel, Bergstr. 20. Gegr. 1892.

Wer-Stoff-hat

### An die Mitglieder des Vereins der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer.

Heute, Sonntag, 29. September, vorm. präc. 10 Uhr:

### Ausserordentl. Mitglieder-Versammlung

im Cirkus Schumann, Karlstraße.

Tages-Ordnung:

### 1. Berichterstattung der Tarif-Vertreter über den Verlauf der Tarifverhandlungen.

2. Diskussion.

Verie Kollegen! In Erwägung, daß die Bedeutung dieser Versammlung von jedem Mitgliede erkannt wird, nahm der Vorstand Veranlassung, den größten Saal Berlins zur Abhaltung dieser Versammlung zu mieten, um somit jedem Mitgliede Gelegenheit zu geben, an dieser hochwichtigen Versammlung teilzunehmen zu können. Der Vorstand erwartet daher nicht nur, daß alle Mitglieder zur Stelle sind, sondern ersucht auch um äußerst pünktliches Erscheinen, damit die Verhandlungen durch Nachzügler nicht gehindert werden.

Die Vertrauensleute nehmen in der Manege Platz. Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand: Albert Massini, Vorsitzender. 135/11\*

### Centralverband der Maurer etc.

(Zahlstelle Berlin II).  
Am Dienstag, den 1. Oktober, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer Nr. 15:

### Ausserordentliche Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen Waldek Hanasse über: „Socialdemokratie und Militarismus“. 2. Regelung einiger Vereinsangelegenheiten.  
Um regen Besuch bitten

Die Verbandsleitung. 144/8

### Elektrotechnikum

SW., Alte Jakobstr. No. 124, III.  
In höherer Lehranstalt u. prakt. Fachschule beginnen jetzt neue **Abendkurse in Elektrotechnik und Maschinenbau-Ausbildung** v. Elektro- u. Maschinen-Ingenieuren, Technizern, Verticifizern und Montieuren.  
Eröffnungskursus Dienstag, den 1. und 2. Oktober.  
Vorkenntnis nicht erforderlich. — Unbegabtheit kein Hindernis. — Lehrbrief, Diplom, Stellung. — Man beschleunige Anmeldung im Ingenieur-Bureau, Alte Jakobstr. 124 III. Aufst. (21912)\*  
Prospekte kostenlos.

### J. Brünn,

(Bahnhof Börse) Hackescher Markt 4

Nach beendeter Engländer-Saison gelangen jetzt im Einzelverkauf große Lagerbestände meiner

### Teppiche! Gardinen! Portieren! Steppdecken!

zu sehr billigen Preisen zum

### Ausverkauf!!

Einzelne fehlerhafte Exemplare für die Hälfte des Wertes.

### Gardinenfabrik

Lager von **Bruno Güther** Berlin

80 Grüner Weg 80, part. Eingang vom Flur, kein Laden. Verkauf in meinem seit 32 Jahren bestehenden

### Special-Gardinengeschäft

800 bis 1000 Reste in Zwirn, Nall und Tüll und englische Gardinen, für 1 bis 4 Fenster passend 2298L\*

### spottbillig

um damit zu räumen.

### Gegen Wanzen

hilft  
unfehlbar Chemiker Sanderhaufs Wanzen-Bermittlungs-Gift „Faredol“ (geleert, gelb). Erfolg garantiert. Fl. 0,50, 1,00, 1,50, 3,00 u. 5,00 Pf. Behälter 0,25—1,00 Pf., nur allein bei Paul Sanderhauf & Co., Gr. Frankfurterstr. 89. Ebenfalls die überlichen Mittel gegen Motten, Schwaben, Flöhe, Ameisen à 0,20—1,00 Pf.

Um unsere echten Mittel zu erhalten, bitte man sich vor unerschwerlichen Anpreisungen und achte genau auf unsere Firma und Hausnummer.

### Vereinszimmer,

große, sind Neue Friedrichstr. 20 zu vergeben. 7296\*

### Central-Verein der deutschen Böttcher.

(Zahlstelle Berlin.)  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege

### Rudolf Just

am 26. September an der Proletarierkrankheit gestorben ist.  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 29. September, nachmittags 3 Uhr, vom Krankenhaus Rosbit, Birkstr., auf dem Neuen Jähns-Kirchhof in Nieder-Schönhausen statt.  
Um rege Teilnahme bitten

### Der Vorstand.

### Verband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands

(Ordnungsverwaltung Berlin)

### Todes-Anzeige.

Am 26. d. M. verstarb das Mitglied **Karl Strehmel** im 48. Lebensjahre.  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 29. d. M., nachm. 5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes der Heiligen Kreuz-Gemeinde in Mariendorf auf dem Friedhof in Mariendorf statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Die Verwaltung. 138/17

### Dankfagung.

Sage hiermit allen Verwandten und Bekannten für die zahlreiche Beteiligung bei der Beerdigung meines lieben Mannes, sowie für die spendenden meinen tiefgefühlten Dank. Insbesondere den Genossen des 643. und 644. Bezirks des Wahlvereins und dem 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis. 24282

Ww. Agnes Meyer nebst Tochter.

### Woh-Tabak, Cigarren-Fabrikation

W. Hermann Müller, 22, Alexanderstraße 22.

### Roh-Tabak.

Größte Auswahl. — Billigste Preise. F. Wienert Nachf. L. Lehmann 23, Rosenstraße 23.

### Roh-Tabak

19302\* Max Jacoby, Streifenstr. 52

### Buchen- u. Eichenholz

ist als Dienstleistung besser wie Rohholz. Zu den billigsten Preisen liefert dieselbe schnell und gewissenhaft.

W. Jönckes, Barwalderstr. 64. 74082\*

Unserm Genossen **Sally Wolf** zu seinem heutigen Begegnen ein dreimal dommerndes Hoch. 7545  
Die Genossen vom 461. und 462. Bezirk.

### Socialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berl. Reichstags-Wahlkreis.

Am Mittwoch, den 25. d. M., verstarb unser Mitglied

### Emil Haberland.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 29. d. M., nachm. 3 1/2 Uhr, auf dem Friedhof der Gemeinde „Zum heiligen Kreuz“ in Mariendorf statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand. 238/12

### Achtung!

Gesangverein **Kreuzberger Harmonie**, Treffpunkt der Sänger 3 1/2 Uhr auf dem St. Kreuz-Kirchhof. (Siehe obige Annonce.) 7545

### Karoline Rheden.

Die Beerdigung findet heute Sonntag, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des alten Thomaskirchhofes auf dem Friedhof. 24278  
Dies zeigen tiefbetruht an allen Verwandten und Bekannten  
Die trauernden Hinterbliebenen **Wilhelm Rheden** nebst Kindern.

### Berein der Tischler Berlins und Umgegend.

**Todes-Anzeige.**  
Am 25. d. M., nachmittags 4 1/2 Uhr, starb nach schwerem Leiden unser Kollege, der Tischler

### Adolf Bonk.

Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet Sonntag, den 29. d. M., nachmittags 2 Uhr, auf dem Begräbnisplatz der Vaganten- und Andros-Gemeinde in Wilhelmshagen statt.  
Zahlreiche Beteiligung erwünscht  
190/17 Der Vorstand.

### Berein der Frauen u. Mädchen der Arbeiterklasse.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß Frau

### Götsch

am 26. d. M. im Krankenhaus am Urban gestorben ist.  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 29. d. M., nachmittags 4 1/2 Uhr, auf dem Heiligen Kreuz-Kirchhof, Mariendorf statt.  
Um rege Beteiligung bitten

### Der Vorstand.

### Todes-Anzeige.

Allen Bekannten und Verwandten die traurige Nachricht, daß unser lieber Vater, Schwiegervater und Großvater, der Dreher

### Joseph Klose,

nach langem, schwerem Leiden am Freitag, vormittags 10 Uhr, im Alter von 60 Jahren sanft entschlafen ist.

Die Beerdigung findet heute nachmittags 4 Uhr vom Krankenhaus, Reichensbergerstraße 17, auf dem Michaeliskirchhof, Nirdorf, Mariendorfer Weg statt.

### Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Berwaltungsstelle Berlin.

### Todes-Anzeige.

Am Freitag, den 27. d. Mts., nachm. 3 1/2 Uhr, starb unser Mitglied, der Schneidendeher

### Joseph Klose

im Alter von 60 Jahren. (119/6)

Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet Sonntag, den 29. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, vom Krankenhaus, Reichensbergerstr. 17, auf dem Michaeliskirchhof, Nirdorf, Mariendorfer Weg.

Um rege Beteiligung ersucht  
Die Ortsverwaltung.  
Berlin, den 28. September 1901.

### Achtung!

### Verein der Rohrer Berlins u. Umgegend.

Sonntag, den 29. d. M., nachmittags 3 Uhr, findet die Beerdigung des Kollegen Herrn **Kurtz** von der Leichenhalle des St. Johanniskirchhofes in Pögnitz auf dem Friedhof.

Um rege Beteiligung sämtlicher Kollegen ersucht  
Der Vorstand. 289/12

### Dankfagung.

Für die liebevolle Teilnahme beim Hinscheiden meines lieben Vaters, unterdeuten Vaters, sowie für alle Bekannten und Verwandten, besonders den Kollegen, dem Vorstand der Möbelvereiner, dem Wahlverein und Gesangsverein meinen herzlichsten Dank.  
Ww. Martha Lauschke nebst Kind.

### Rohtabak.

Größte Auswahl. — Billigste Preise. Güter Brand! Sorgfältige Qualität. Sämtliche 19324\*

### Fabrikations-Utensilien.

Neue Formen, sehr große Auswahl zu Original-Fabrikpreisen.

### Heinrich Franck,

185, Brunnenstr. 185.

### Bruch- u. Salonbrifetts

sowie sämtliche anderen Brennmaterialien sind billig zu haben bei **Carl Schultz**, 845b, Irbaustr. 171.

# Waarenhaus Hermann Tietz.

## Ausserordentliche Ausnahme-Preise

für den

## Wohnungs- Wechsel!

Noch einige Beispiele:

### Betten und Bettstellen.

Bettfedern, tadellos gereinigte Waare . . . . .	Pfund 75 Pf., 1.00, 1.40 Mk.	Kinder-Bettstellen, bronziert . . . . .	9.75, 11.50, 18.00 Mk.
Weisse Schleiessfedern . . . . .	Pfund 1.75, 2.50, 4.00 Mk.	Dienstboten-Bettstellen . . . . .	4.50, 5.50, 6.75 Mk.
Daunen, grau, schöne, füllende Waare . . . . .	Pfund 2.85 Mk.	Polster-Bettstellen . . . . .	6.40, 7.50, 9.00 Mk.
Daunen, Ia. weiss . . . . .	Pfund 4.50, 5.50 Mk.	Elegante Bettstellen . . . . .	30.50, 38.50, 46.50 Mk.
Matratzen für Kinderbetten 3.25, 5.75, 6.75 Mk.		Matratzen für grosse Betten 3.75, 5.—, 7.50 Mk.	

Ausserordentlich preiswerth!

### 1 Posten

Jacquard-Schlafdecken, schwere Qual., 140/190 cm, statt 3.25 Mk. . . . . **2.55** Mk.  
Baumw. Flanell - Bettfächer . . . . . **1.25, 1.50** Mk.

### Bettwäsche.

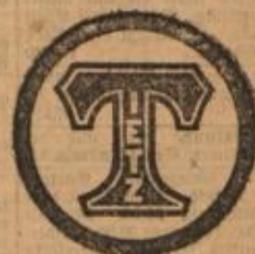
Deckbettbezüge, Louisianatuch . . . . .	2.70, 3.65 Mk.	Köper-Inlet, glatt u. gestreift	84 cm 50, 60, 75 Pf., 1.00 Mk.	130 cm 80, 95 Pf., 1.20, 1.65 Mk.
Kissenbezüge, Louisianatuch . . . . .	90 Pf. 1.05 Mk.	Louisianatuch . . . . .	84 cm 38, 48 Pf., 63, 80 Pf.	130 cm 84, 95 Pf., 1.00, 1.30 Mk.
Deckbettbezüge, # Züchen . . . . .	2.65 Mk.	Damast . . . . .	84 cm 65, 85 Pf., 1.00, 1.30 Mk.	130 cm 85, 95 Pf., 1.10, 1.40 Mk.
Kissenbezüge, # Züchen . . . . .	85 Pf.	Lakendowlas . . . . .	150 cm 65 Pf., 90 Pf.	165 cm 75 Pf., 1.00 Mk.
Laken, ohne Naht, Dowlas . . . . .	1.45 Mk.			

Auf Wunsch

bleiben die gekauften Waaren bis nach  
erfolgtem Umzug bei uns liegen.

## ROULEAUX =

Cöper, crème . . . . .	84 cm 40 Pf., 130 cm 75 Pf.
Stoff, gestreift, weiss und crème . . . . .	84 cm 57 Pf., 130 cm 90 Pf.
Damast, crème, 84 cm 65 Pf., 100 cm 80 Pf., 130 cm 1.05 Mk.	
Damast, aligold, 84 cm 73 Pf., 100 cm 88 Pf., 130 cm 1.15 Mk.	



# Peek & Cloppenburg

Gertraudenstr. 26/27.

Gertraudenstr. 26/27.

## Neues Geschäftshaus für Herren- und Knaben-Confection

Fertig und nach Maass. • Verkauf nur gegen Baar zu sehr niedrigen Preisen.

### Fertige Herren-Bekleidung

in solider Ausführung, aus nur guten Stoffen  
gearbeitet und tadellosem Sitz.

Sacco-Anzüge	18,— 21,— 24,— 27,— 30,— 34,— 38,— 43,— 48,—
Rock-Anzüge	27,— 30,— 33,— 37,— 42,— 46,— 52,— 56,—
Gehrock-Anzüge	33,— 37,— 41,— 46,— 50,— 56,— 61,— 64,—

### Winter-Paletots

aus dauerhaften Stoffen nach neuester Mode gefertigt, 16,— 19,— 22<sup>1</sup>/<sub>2</sub>—  
25,— 29,— 35,— 40,— 45,— 50,— 56,— 62,—

Joppen aus kräftigem, dauerhaftem Loden mit warmem Futter 6,75 9,75 12,75  
14,— 16,50 18,— 20,— 23,—

Kleidung für Knaben und Schüler zweckmässig, gut und billig.

### Die Maassabtheilung

hat ausschliesslich diesem Zwecke dienende grosse Räume und unterhält  
stets ein grosses Lager von deutschen und englischen Stoffen in  
den modernsten Farben-Dessins und solidesten Qualitäten.

### Zweiggeschäfte

in

Amsterdam,  
Rotterdam,  
Haag,

Utrecht,  
Düsseldorf,  
Groningen,

Haarlem,  
Arnheim,  
Nymwegen,

Leuwarden,  
Leiden,  
Breda.

